



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1959

Samstag, den 13. Juni 1959

Nr. 24

INHALT	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident		
Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Italienischen Generalkonsul in Frankfurt/Main, Herrn Guidobaldo Stampa	617	622
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für kulturbautechnische Angestellte der Wasserwirtschaftsverwaltung vom 21. Jan. 1958	617	
Ungültigkeitserklärung von Unterbringungsscheinen	617	
Der Hessische Minister des Innern		
Abgabe von amtlichen Druckschriften und amtlichen Karten an sowjetzonale Stellen	618	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Bobstadt im Landkreis Bergstraße	618	
Verordnung über Grundstückseinrichtungsgegenstände vom 27. 1. 1942; hier: Geschäftsordnung PA III — Fassung 1. 1. 1959	618	
DIN 4100 — Vorschriften für geschweißte Stahlhochbauten; hier: Kleiner Nachweis der Unternehmer für das Schweißen einfacher tragender Stahlhochbautelle	619	
Gebührenordnung für die Pflichtprüfung gemeindlicher Betriebe in Hessen	620	
Einführung technischer Baubestimmungen; hier: DIN 1999 Bl. 1 — Benzinabscheider, Baugrundsätze — Ausgabe Sept. 1956 — DIN 1999 Bl. 2 — Benzinabscheider, Richtlinien für Größe, Einbau und Betrieb — Ausgabe September 1958 —	621	
Einführung technischer Baubestimmungen; hier: DIN 4113 — Aluminium im Hochbau, Richtlinien für Berechnung und Ausführung von Aluminiumbauteilen	621	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Entschädigung für die Benutzung eigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen; hier: Buchung und Anforderung der Mitnahmeentschädigungen auf Grund der Runderlasse vom 19. 10. 1953 und 30. 7. 1956	622	
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung		
Vereinigung von Evangelischen Kirchengemeinden	622	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		
Ergänzung zur Generalvollmacht vom 11. 2. 1959	622	
Eintragung der Neubaustrecke im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3149 zwischen Borken und Dillich, Landkreis Fritzlar-Homburg, Regierungsbezirk Kassel, in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung und Abstufung bzw. Einziehung der bisherigen Teilstrecke		622
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen		
Tropentauglichkeitszeugnis für Auswanderer	623	
Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnisscheinen	623	
Verlust einer Bestallungsurkunde als Apotheker	623	
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	623	
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		
Flurbereinigung Alsberg, Krs. Gelnhausen	626	
Flurbereinigung Ffm.-Unterliederbach	626	
Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Worfelden, Krs. Gr.-Gerau	627	
Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Rendel, Krs. Friedberg	627	
Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Ranstadt, Krs. Büdingen	628	
Führen der Jagdbezirkslisten sowie der Abschuß- und Streckenlisten	629	
Personalnachrichten		
C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	629	
F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung	630	
H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	634	
Regierungspräsidenten		
DARMSTADT		
Auflösung der Zweiten Viehversicherungsanstalt für Erbach/Odw. und Umgebung	634	
Buchbesprechungen	635	
Öffentlicher Anzeiger	636	

525

Der Hessische Ministerpräsident

Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Italienischen Generalkonsul in Frankfurt/Main, Herrn Guidobaldo Stampa.

Die Bundesregierung hat dem zum Italienischen Generalkonsul in Frankfurt/Main ernannten Herrn Guidobaldo Stampa am 26. Mai 1959 die vorläufige Zulassung erteilt. Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz.

Wiesbaden, 2. 6. 1959

Der Hessische Ministerpräsident Staatskanzlei
II/3 Az.: 2e 10/03

St.Anz. 24/1959 S. 617

526

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für kulturbautechnische Angestellte der Wasserwirtschaftsverwaltung vom 21. Januar 1958

In der im St.Anz. 5/1958 veröffentlichten Ausbildungs- und Prüfungsordnung muß auf Seite 135 unter § 11 „Ausbildung“, Absatz (1) der letzte Satz richtig lauten:

„Die Verwendung als Bote und Meßgehilfe ist unzulässig.“

St.Anz. 24/1959 S. 617

527

Ungültigkeitserklärung von Unterbringungsscheinen

Der Unterbringungsschein des nachstehend benannten bisherigen Unterbringungsteilnehmers wird für ungültig erklärt,

Willi Zwingel, geb. am 10. 1. 1909, Meister der Feuerchutzpolizei z. Wv., Unterbringungsschein 16 — I Nr. Z/0043 vom 11. 11. 1952.

Wiesbaden, 1. 6. 1959

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
II/12 — LS 1741

*

Der Unterbringungsschein des nachstehend benannten, bisherigen Unterbringungsteilnehmers wird für ungültig erklärt,

Dr. Walter Staudacher, geb. am 3. 10. 1900, Legationsrat z. Wv., Unterbringungsschein 16 — I Nr. S/0318. Wiesbaden, 1. 6. 1959

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
II/12 — LS 1741

St.Anz. 24/1959 S. 617

528

Der Hessische Minister des Innern

Abgabe von amtlichen Druckschriften und amtlichen Karten an sowjetzonale Stellen

Bezug: Runderlaß vom 31. 3. 1959 — I a 1 — 70 — (StAnz. S. 474)

In dem o. a. Runderlaß muß es in der vierten Zeile statt „Deutsches Institut für Landeskunde“ richtig heißen: „Deutsches Institut für Länderkunde.“

Wiesbaden, 29. 5. 1959

Der Hessische Minister des Innern
I a 1 — 70 —

St.Anz. 24/1959 S. 618

529

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Bobstadt im Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt.

Der Gemeinde Bobstadt im Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung: „Auf goldenem Grund über zwei gekreuzten blauen Schlüsseln ein rotes aufgerichtetes Beileisen.“

Wiesbaden, 29. 5. 1959

Der Hessische Minister des Innern
— IV b (2) — 3 k 06 — 16/59

St.Anz. 24/1959 S. 618

530

An die
Herrn Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/M.
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt/Main

Verordnung über Grundstückseinrichtungsgegenstände vom 27. 1. 1942 (RGBl. I. S. 53).

hier: Geschäftsordnung PA III — Fassung 1. 1. 1959

Bezug: Mein Erlaß vom 9. Sept. 1954 Az. Va-61f20/01
(1) Tgb. Nr. 1045/54 (St.Anz. S. 922).

In meinem Erlaß vom 9. September 1954 habe ich in Ziff. 2.3 auf die Bildung eines Prüfausschusses für die Gruppe III — Feuerschutz — mittel für brennbare Stoffe (außer Holz) hingewiesen. Nachdem der Prüfausschuß III gebildet ist und die Geschäftsordnung für seine Tätigkeit vorliegt (Fassung 1. Januar 1959), hat der Geschäftsführende Ausschuß des Ländersachverständigenausschusses für neue Baustoffe und Bararten beschlossen, die Prüfpflicht für die Gruppe III einzuführen.

Der Empfehlung des Geschäftsführenden Ausschusses folgend wird hiermit der Beginn der Prüfpflicht für „Feuerschutzmittel für brennbare Stoffe (außer Holz)“ auf den 1. Januar 1960 festgesetzt. Anträge auf Erteilung eines Prüfbescheides für die v. g. Feuerschutzmittel sind an den

Prüfausschuß für Feuerschutzmittel für brennbare Stoffe
(außer Holz)
Stuttgart-Bad Cannstatt
Mercedesstr. 35

zu richten.

Als Anlage gebe ich die Geschäftsordnung des Prüfausschusses für Feuerschutzmittel für brennbare Stoffe (außer Holz) beim Ländersachverständigenausschuß (Fassung 1. Jan. 1959) bekannt.

Wiesbaden, 6. 5. 1959

Der Hessische Minister des Innern
Vb/1 — 64a 20/03 — 1/59

St.Anz. 24/1959 S. 618

Anlage (Abschrift)

Geschäftsordnung des Prüfausschusses für Feuerschutzmittel für brennbare Stoffe — außer Holz — beim Ländersachverständigenausschuß für neue Baustoffe und Bauarten.

— Fassung 1. Januar 1959 —

1. Aufgabe des Prüfausschusses

1.1 Der Prüfausschuß hat die Aufgabe, Feuerschutzmittel für brennbare Stoffe — außer Holz — sowie schwerentflammbare Stoffe — außer holzartigen Stoffen — nach den hierüber gemeinsam ergangenen Anordnungen der obersten Bauaufsichts-(Baupolizei-) Behörden der Länder auf ihre Tauglichkeit zu prüfen.

1.2 Die für die Prüfung im allgemeinen und im besonderen zu beachtenden Grundsätze hat der Prüfausschuß aufzustellen. Sie bedürfen der Zustimmung der obersten Bauaufsichts (Baupolizei-) Behörden der Länder der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Berlin. Der Prüfausschuß hat zu prüfen, ob bei Beachtung bestimmter Normen oder unter anderen Voraussetzungen auf die Prüfpflicht bei einzelnen Gegenständen verzichtet werden kann. Er hat diesen obersten Bauaufsichts- (Baupolizei-) Behörden der Länder über den Geschäftsführenden Ausschuß des Länder-Sachverständigenausschusses mitzuteilen.

1.3 Im übrigen ist es Aufgabe des Prüfausschusses, Erfahrungen über die Verwendung der Feuerschutzmittel für brennbare Stoffe — außer Holz — sowie von schwerentflammbaren Stoffen — außer holzartigen Stoffen — zu sammeln und diese wissenschaftlich und praktisch auszuwerten.

1.4 Die Tätigkeit des Prüfausschusses ist gemeinnützig.

2. Zusammensetzung des Prüfausschusses

2.1 Mitglieder des Prüfausschusses sind:

2 Vertreter der obersten Bauaufsichts- (Baupolizei-) Behörden der Länder,

1 Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau,

1 Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft, und Sachverständige aus Kreisen der Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung.

2.2 Weitere Sachverständige kann der Prüfausschuß nach seinem Ermessen zuziehen.

2.3 Die obersten Bauaufsichts- (Baupolizei-) Behörden der Länder der Bundesrepublik Deutschland und des Landes-Berlin und die Geschäftsstelle des Länder-Sachverständigenausschusses sind von den Sitzungen des Prüfausschusses rechtzeitig zu benachrichtigen; ihre Vertreter können an allen Sitzungen teilnehmen.

2.4 Die Tätigkeit der Mitglieder des Prüfausschusses ist ehrenamtlich.

3. Berufung der Mitglieder und des Vorsitzers

3.1 Der Geschäftsführende Ausschuß des Länder-Sachverständigenausschusses beruft die in 2.1 genannten Mitglieder für die Dauer von 3 Jahren.

3.2 Der Vorsitz des Prüfausschusses und sein Vertreter werden vom Geschäftsführenden Ausschuß berufen. Der Prüfausschuß ist berechtigt, Vorschläge zu machen.

4. Prüfantrag

4.1 Der Antrag auf Prüfung ist an den Prüfausschuß zu richten. Dem Antrag sind alle für die Beurteilung des Antrages erforderlichen Unterlagen in je dreifacher Ausfertigung beizufügen.

Der Antrag muß folgende Angaben enthalten:

Antragsteller (Name oder Firma und Ort),

Hersteller (Name oder Firma und Ort),

Bezeichnung des Mittels,

chemische Zusammensetzung,

Anwendungsbereich.

4.2 Auf Verlangen des Prüfausschusses hat der Antragsteller eine Probe des zu prüfenden Feuerschutzmittels unentgeltlich zum Verbleib zu übersenden.

4.3 Der Vorsitz kann Prüfanträge zur Ergänzung oder Klarstellung an den Antragsteller zurückgeben und offenkundig ungeeignete Prüfanträge ablehnen.

4.4 Der Vorsitz legt die für eine Prüfung in Betracht kommenden Anträge dem Prüfausschuß zur Beratung und Entscheidung vor.

5. Praktische Prüfungen

5.1 Ist eine praktische Prüfung notwendig, so ist diese in einer von den obersten Bauaufsichts- (Baupolizei-) Behörden gemeinsam anerkannten Prüfanstalt durchzuführen.*)

5.2 Die Prüfanordnung und die Prüfgrundsätze werden der Prüfanstalt vom Prüfausschuß bekanntgegeben.

5.3 Das Ergebnis der praktischen Prüfungen wird in einem Gutachten niedergelegt und ist dem Prüfausschuß zuzuleiten.

5.4 Der Prüfausschuß kann die Durchführung von zusätzlichen praktischen Prüfungen auch außerhalb der anerkannten Prüfanstalten verlangen. Die Art der Durchführung wird vom Prüfausschuß bestimmt.

6. Prüfbescheid

6.1 Der Prüfbescheid ist nach einem vom Geschäftsführenden Ausschuß zu genehmigenden Muster auszustellen.

6.2 Der Prüfausschuß beschließt über die Erteilung des Prüfbescheides. Er ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

6.3 Die Prüfbescheide sind unter fortlaufender Nummer in eine Liste einzutragen. Die Nummer ist auf dem Prüfbescheid anzugeben.

6.4 In den Prüfbescheid sind etwa notwendige Bestimmungen für die Herstellung und Verwendung des geprüften Feuerschutzmittels aufzunehmen.

6.5 Die Gültigkeitsdauer des Prüfbescheides ist auf eine bestimmte Zeit, längstens auf 5 Jahre, festzulegen. Der Prüfausschuß kann die Gültigkeitsdauer des Prüfbescheides verlängern.

6.6 Eine Zusammenstellung der gültigen Prüfbescheide wird alljährlich zum Frühjahr in Form eines Feuerschutzmittel-Verzeichnisses für brennbare Stoffe — außer Holz — sowie von schwerentflammbaren Stoffen — außer holzartigen Stoffen — vom Prüfausschuß herausgegeben. Dieses Feuerschutzmittel-Verzeichnis ist den obersten Bauaufsichts- (Baupolizei-) Behörden der Länder der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Berlin, dem Bundesministerium für Wohnungsbau, dem Bundesministerium für Wirtschaft, der Geschäftsstelle des Länder-Sachverständigenausschusses für neue Baustoffe und Bauarten und den Mitgliedern des Prüfausschusses zuzustellen.

6.7 Wird ein Prüfbescheid nicht erteilt oder widerrufen, so sind der Antragsteller und die oberste Bauaufsichts- (Baupolizei-) Behörde des Heimatlandes des Antragstellers unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

7. Gebühren und Kosten

7.1 Für die Bearbeitung des Antrages auf Erteilung eines Prüfbescheides und die Zuteilung eines Prüfzeichens ist eine Gebühr an den Prüfausschuß zu entrichten. Außerdem sind die besonderen baren Auslagen zu erstatten, und zwar auch dann, wenn der Antrag ganz oder zum Teil abgelehnt wird. Die Gebührenordnung des Landes, in dem der Prüfausschuß seinen Sitz hat, findet entsprechende Anwendung.

Die der Prüfanstalt entstehenden Kosten für die praktische Prüfung hat der Antragsteller unmittelbar an diese Anstalt zu erstatten.

7.2 Vor Einleitung des Prüfverfahrens ist dem Antragsteller die Höhe der voraussichtlichen Gebühren und der besonderen baren Auslagen mitzuteilen.

7.3 Ergibt sich während des Verfahrens, daß eine höhere Gebühr zu erheben sein wird oder höhere bare Auslagen entstehen, so können weitere Vorschüsse gefordert werden.

*) 1. Bundesanstalt für Materialprüfung, Abt. Baustoffe und Baukonstruktionen (Feuer- und Brandschutz), Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 87.
 2. Staatliches Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen, Abt. Organische Chemie, Dortmund-Aplerbeck, Marsbruchstraße 186.
 3. Forschungs- und Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen an der Technischen Hochschule Stuttgart, Ott-Graf-Institut, Abteilung für Holz, Glas und Kunststoffe, Stuttgart-O., Cannstatter Straße 212.

531

An die Herren Regierungspräsidenten Darmstadt, Kassel, Wiesbaden
 An den Magistrat der Stadt Frankfurt/Main — Bauaufsichtsbehörde — Frankfurt/Main

DIN 4100 — Vorschriften für geschweißte Stahlhochbauten —

hier: Kleiner Nachweis der Unternehmer für das Schweißen einfacher tragender Stahlhochbauteile.

Bezug: Mein Erlaß vom 8. Juni 1956 — Az. Va/2 — 64a28/19 — 2/56 (St.Anz. S. 639).

1. Den Kleinen Nachweis für das Schweißen einfacher tragender Stahlhochbauteile gemäß meinem Erlaß vom 18. 7. 1958 — Az. Vb — 64a28/19—2/58 betr. DIN 4100 — Vorschriften für geschweißte Stahlhochbauten (St.Anz. S. 956) haben nachstehende Betriebe erbracht:

Lfd. Nr.	Betrieb:	Ort und Straße	Geltungsdauer des Kleinen Nachweises
Im Regierungsbezirk Darmstadt			
17	Fa. Ernst Sparke Stahl- u. Metallbau	Nidda/Oberhessen, Mühlstr. 63	1. 3. 1962
18	Ferdinand Faber Schmiede- u. Schlosserei	Hungen/Oberhessen, Bitzenstr. 3	1. 3. 1962
Im Regierungsbezirk Kassel			
1	Schäfer & Neuert,	Sontra/ Krs. Rotenburg/F.	19. 3. 1962
2	R. Hildmann, Schmiedemeister	Rommerade/Krs. Witzenhausen Hirschberger Straße 97a	19. 3. 1962
3	Fritz Thiem, Schmiedemeister	Blickershausen/ Krs. Witzenhausen	19. 3. 1962
4	Friedrich Peters	Simmershausen/ Krs. Kassel, Veckerhagener Str. 1	19. 3. 1962
5	Heinrich Klümpen	Kassel-Bettenhausen, Singerstr. 36	19. 3. 1962
6	Fritz Finis	Obermeister/ Krs. Hofgeismar Holländische Str. Nr. 24	19. 3. 1962
7	Georg Wicke, Schlossermeister	Burghasungen/ Krs. Wolfshagen	19. 3. 1962
8	F. W. Rest KG.	Wolfhagen	19. 3. 1962
9	Paul Ahlgrimm	Kirchhain/ Krs. Marburg/L. Erlenstr. 8	19. 3. 1962
10	Karl Hormel - Inh. Walter Blechschmidt - Schlosserei	Kirchhain/ Krs. Marburg/L.	19. 3. 1962
11	Heinrich Balsam Schlosserei	Marburg/L., Ketzertbach 52	20. 3. 1962
12	Justus Bökler	Marburg/L., Wilhelmstr. 18	20. 3. 1962
13	Christoph Laubscheer & Sohn	Marburg/L., Hofstadt 19—20	20. 3. 1962
14	Hama-Stahlbau - Arthur Hannich -	Marburg/L., Bahnhofstr. 22	20. 3. 1962
15	Heinrich Schäfer	Marburg/L., Ockershäuser Allee 51	20. 3. 1962
16	Peter Kaletsch,	Kirchhain/ Krs. Marburg/L.	20. 3. 1962

Lfd. Nr.	Betrieb:	Ort und Straße:	Geltungsdauer des Kleinen Nachweises
17	Karl Böttger	Wolfhagen, Bahnhofstr. 6	20. 3. 1962
18	Otto Neid Schlosserei	Fürstenwald/ Krs. Hofgeismar	20. 3. 1962
19	H. Zilch & Sohn	Kassel-Harleshausen, Hirtenweg 26-28	20. 3. 1962
20	H. Hildebrand	Kassel, Mombachstr. 47	20. 3. 1962
21	Walter Maurer	Kassel, Weserstr. 30	20. 3. 1962
22	Hermann u. Heinrich Thonfeld	Kassel, Sternstr. 2	20. 3. 1962
23	Wilhelm Brübach - Inh. H. Rewald -	Kassel, Mühlengasse 11	20. 3. 1962
24	Heinrich Bottke	Kassel, Mauerstr. 9	20. 3. 1962
25	Hans Becker	Kassel-Oberzwehren, Simmedenweg 43	20. 3. 1962
26	Justus Gibhardt	Kassel-Oberzwehren, Oberzwehrener Str. Nr. 15	20. 3. 1962
27	Aug. Gerland & Sohn	Kassel, Wilh.-Allee 172	20. 3. 1962
28	Heinrich Vogt	Kassel, Untere Königstr. Nr. 80—82	20. 3. 1962
29	Ing. Valentin Stiegel	Kassel, Königstor 37	20. 3. 1962
30	Ernst Morgenroth Bauschlosserei	Sontra/ Krs. Rotenburg/ Fulda	20. 3. 1962
31	Ernst Ries & Sohn	Heringen/Werra	20. 3. 1962
32	Reinhard Martin	Frielendorf/ Krs. Ziegenhain	20. 3. 1962
33	Heinrich Roß	Neukirchen/ Krs. Ziegenhain	20. 3. 1962

2. Auf Grund von Nachprüfungen nach Ziff. 3. 2 meines Erlasses vom 18. 7. 1958 wird die Geltungsdauer des Nachweises für den unter nachstehender Nummer im Verzeichnis geführten Betrieb verlängert:

Im Regierungsbezirk Wiesbaden

24	Rudolf Kunz, Eisenkonstruktionen	Wiesbaden-Biebrich, Adolfstr. 14	22. 11. 1961
----	----------------------------------	----------------------------------	--------------

Ich bitte, das mit dem Bezugserlaß übersandte Verzeichnis zu ergänzen und die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 8. 5. 1959

Der Hessische Minister des Innern

Vb/1 — 64a 28/19 — 2/59

St.Anz. 24/1959 S. 619

532

Gebührenordnung für die Pflichtprüfung gemeindlicher Betriebe in Hessen

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr als oberster Landesbehörde im Sinne des Preisgesetzes wird für die Entrichtung der Gebühren für Pflichtprüfungen gemeindlicher Betriebe durch öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer und Prüfungsgesellschaften folgende Anweisung erlassen:

§ 1

Für die Inanspruchnahme der Arbeitskraft des Wirtschaftsprüfers zu Pflichtprüfungen der Buchführung, des Jahresabschlusses und der wirtschaftlichen Verhältnisse, zu sonstigen Abschlußprüfungen, Ordnungsprüfungen usw., deren genauer Zeitpunkt innerhalb der gesetzlichen Zeitgrenzen vom Wirtschaftsprüfer bestimmt werden kann, sind diesem zu gewähren:

- eine Zeitgebühr,
- Tage- und Übernachtungsgeld,
- Fahr- und Nebenkosten.

§ 2

(1) Als Inanspruchnahme i. S. des § 1 gilt die gesamte Leistung einer Arbeitskraft, bestehend aus der eigentlichen Arbeitszeit an Ort und Stelle, aus dem Zeitaufwand für Besprechungen und Reisen sowie aus der Zeit für die Berichterstattung, für letztere nach Maßgabe der mit der Gemeinde (GV) nach § 3 zu treffenden Vereinbarung.

(2) Verwendet der Wirtschaftsprüfer zu seiner Unterstützung Prüfungsgehilfen, die nach ihrer Vorbildung, Ausbildung und Tätigkeit geeignet sind, die Wirtschaftsprüfungen im ganzen oder teilweise selbständig durchzuführen, oder Prüfungsassistenten, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, jedoch unter der Leitung des Wirtschaftsprüfers oder eines Prüfungsgehilfen mitprüfen, so sind ihm auch für jede dieser Hilfskräfte die Leistungen nach Abs. 1 zu gewähren. Über die Hinzuziehung von Prüfungsgehilfen und Prüfungsassistenten ist eine Vereinbarung zwischen der Gemeinde (GV) und dem Wirtschaftsprüfer (Prüfungsgesellschaft) zu treffen.

§ 3

(1) Die Zeitgebühr wird gewährt für die Arbeitsleistung jedes Prüfers am Prüfungsort je Tagewerk (zu durchschnittlich 7,5 Stunden) und für die Berichtabfassung, einerlei, ob diese am Prüfungsort oder am Wohnsitz des Prüfers erfolgt (Absatz 3). Für die Berechnung der Tagewerke sind die für die Prüfung am Prüfungsort und für die Berichtabfassung von jeder Arbeitskraft (§ 2) geleisteten Arbeitsstunden insgesamt zu ermitteln und durch die durchschnittliche Stundenzahl nach Satz 1 zu teilen.

(2) Die Zeitgebühr beträgt

a) in Gemeinden über 50 000 Einwohner	96,— DM
b) in Gemeinden über 20 000—50 000 Einwohner	88,— DM
c) in Gemeinden über 5000—20 000 Einwohner	80,— DM
d) in Gemeinden bis 5000 Einwohner	72,— DM

(3) Die Prüfungszeit an Ort und Stelle darf einen Zeitraum nicht übersteigen, der für die Durchführung einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Prüfung ausreicht. Über die Tagewerke, die für die Abfassung des Prüfungsberichts erforderlich sind, trifft die Gemeinde (GV) im Verlaufe der Prüfung mit dem Prüfer eine Vereinbarung.

§ 4

Tage- und Übernachtungsgelder

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, bei Prüfungen außerhalb seines beruflichen Wohnsitzes für jeden notwendigen Reisetag und jede Übernachtung für jede in Anspruch genommene Arbeitskraft Tage- und Übernachtungsgeld nach staatlichen Grundsätzen in Rechnung zu stellen. Hierbei ist die Reisekostenstufe II des Gesetzes über Reisekostenvergütung der Beamten vom 15. 12. 1933 (RGBl. I S. 1067) in der jeweils geltenden Fassung zugrunde zu legen. Das Tage- und Übernachtungsgeld eines Prüfungsassistenten bemißt sich nach der Reisekostenstufe III.

(2) Die Tage- und Übernachtungsgelder werden auch bei Prüfungen berechnet, die länger als 14 Tage dauern.

(3) Mit den Tage- und Übernachtungsgeldern sind die Mehrausgaben der Reise abgegolten. Hierzu gehören insbesondere die Kosten der Verpflegung, der Unterkunft und der Benutzung öffentlicher, regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel am Prüfungsort.

§ 5

Fahr- und Nebenkosten

Für Prüfer, Prüfungsgehilfen und Prüfungsassistenten werden die tatsächlich entstandenen Fahrkosten I. Klasse und die Nebenkosten (für Zu- und Abgang, Gepäck und dergl.) berechnet.

§ 6

Nacharbeiten

Arbeiten, die über den Umfang der üblichen Rückfragen hinausgehen und nicht zur notwendigen Vervollständigung des Prüfungsberichts dienen, werden von der Gemeinde (GV) als neuer Auftrag vergeben.

§ 7

Berichtsaufbereitungen

Werden mehr als 5 Berichtsaufbereitungen rechtzeitig angefordert, so werden bis zu 20 Mehraufbereitungen 0,50 DM je Berichtseite DIN A 4 ohne Rücksicht auf die Zahl der Mehraufbereitungen berechnet. (Für einen Bericht von 20 Seiten DIN A 4, der in 15 Ausfertigungen angefordert wird, werden also 10,— DM Zuschlag berechnet.)

§ 8

Gebührenvorschüsse

Über die Gewährung von Gebührenvorschüssen entscheidet die Gemeinde (GV) nach Lage des Einzelfalles.

§ 9

Die Abwälzung der Umsatzsteuer auf die Gemeinden (GV) ist unzulässig.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Gebührenregelung gilt für alle nach dem 1. Okt. 1958 erteilten Prüfungsaufträge. Der Erlaß vom 8. 2. 1952 (St.Anz. S. 261) und die hierzu ergangenen Änderungserlasse vom 8. 10. 1952 (St.Anz. S. 786), 13. 3. 1954 (St.Anz. S. 334), 24. 4. 1957 (St.Anz. S. 430) und 5. 7. 1957 (St.Anz. S. 688) werden hiermit aufgehoben

§ 11

Preisrechtliche Ausnahmegenehmigung

Die in § 3 festgelegten Beträge sind nicht als Festpreise, sondern als Höchstpreise anzusehen. Die vorstehende Regelung gilt gleichzeitig als preisrechtliche Ausnahmegenehmigung gem. § 3 der Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. 11. 1936 (RGBl. I S. 955) in Verbindung mit § 7 Ziff. 8 der Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform vom 25. Juni 1948 (VfWMBL. II S. 91) und § 2 des Preisgesetzes vom 10. April 1948 (WiGBL. S. 27) / 29. 3. 1951 (BGBl. I S. 223).

Wiesbaden, 25. 5. 1959 **Der Hessische Minister des Innern**
IV c (4) 3 m 06/03
St.Anz. 24/1959 S. 620

583

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den Magistrat der Stadt Frankfurt (Main)
Bauaufsichtsbehörde
Frankfurt (Main)

Einführung technischer Baubestimmungen;

hier: DIN 1999 Bl. 1 — Benzinabscheider, Baugrundsätze — Ausgabe Sept. 1956 —
DIN 1999 Bl. 2 — Benzinabscheider, Richtlinien für Größe, Einbau und Betrieb — Ausgabe Sept. 1958 —

Bezug: Mein Erlaß vom 20. 4. 1955 — Az.: Va — 64a 28/37 — 1/55 — (St.Anz. S. 526)

Mit Erlaß vom 20. 4. 1955 wurden im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Forsten die Normblätter

DIN 1999 Bl. 1 — Benzinabscheider, Baurichtlinien (Ausgabe August 1952) und

DIN 1999 Bl. 2 — Benzinabscheider, Einbau, Größe und Betrieb, Richtlinien (Ausgabe August 1952)

als Richtlinien für die Bauaufsicht eingeführt.

Die Normblätter DIN 1999 Bl. 1 und Bl. 2 wurden im Fachnormenausschuß Wasserwesen des Deutschen Normenausschusses unter Mitwirkung aller beteiligten Kreise überarbeitet.

Die Normblätter DIN 1999 Bl. 1 — Benzinabscheider, Baugrundsätze (Ausgabe September 1956) und DIN 1999 Bl. 2 — Benzinabscheider, Richtlinien für Größe, Einbau und Betrieb (Ausgabe September 1958) ersetzen die Ausgaben August 1952.

Beim Normblatt DIN 1999 Bl. 1 (Ausgabe September 1956) wurde gegenüber der Ausgabe 1952 der Titel geändert und der Wortlaut mit DIN 1999 Bl. 3 (mit Erlaß vom 15. 8. 1956 — St.Anz. S. 917 — als Hinweis eingeführt) abgestimmt und redaktionell überarbeitet.

Der Erlaß vom 20. 4. 1955 bleibt mit Ausnahme nachstehender Änderungen im übrigen bestehen:

In Abschnitt 1, Abs. 3, Zeile 1, ist „— 1.3“ zu streichen und durch „und 1.2“ zu ersetzen.

Abs. 1.1: erhält folgende Fassung:

„1.1 Die §§ 52 und 53 HBO und § 20 DVOHBO.“

Nr. 1.4: ist zu streichen.

Abschnitt 2 des Erlasses vom 20. 4. 1955 gilt sinngemäß auch für Bl. 2.

Ich bitte, das mit Erlaß vom 16. Dezember 1957 Az.: V/1a — 64a 28—1/57 — (St.Anz. S. 1341) übersandte Verzeichnis der Technischen Baubestimmungen im Abschnitt V, lfd. Nr. 17 und 18, zu berichtigen und die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Die Normblätter DIN 1999 Bl. 1 (Ausgabe September 1956) und Bl. 2 (Ausgabe September 1958) können vom Beuth-Vertrieb GmbH., Berlin W 15, Uhlandstr. 175, und Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahaus), bezogen werden.

Wiesbaden, 19. 5. 1959 **Der Hessische Minister des Innern**
Vb/1 — 64a 28/37 — 1/59 —
St.Anz. 24/1959 S. 621

534

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/M.
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt/Main

Einführung technischer Baubestimmungen;

hier: DIN 4113 — Aluminium im Hochbau, Richtlinien für Berechnung und Ausführung von Aluminiumbauteilen

Bezug: Mein Einführungserlaß vom 27. 1. 1959

Nach meinem Einführungserlaß vom 27. 1. 1959 sind die zulässigen Spannungen für Schweißverbindungen gemäß Abschnitt 2, Absatz 2, aus der beim Versuch gemessenen Bruchlast bzw. aus dem Bruchmoment unter der Annahme einer 1,7fachen Sicherheit für den Lastfall H (Hauptlasten allein) und einer 1,5fachen Sicherheit für den Lastfall HZ (Hauptlasten und Ersatzlasten) festzulegen. Hierbei bezieht sich die 1,7fache bzw. 1,5fache Sicherheit — wie auch im Stahlbau üblich — auf die Überschreitung der Streckgrenze.

Um jedoch zu vermeiden, daß diese 1,5- bzw. 1,7fache Sicherheit irrtümlich auch als Sicherheit gegenüber der Bruchfestigkeit der Verbindung (d. h. gegen Trennungsbruch) aufgefaßt wird, ist in Abschnitt 2, Absatz 2, meines Einführungserlasses der Satz über die zulässigen Spannungen der Schweißverbindungen wie folgt zu ergänzen:

„Die zulässigen Spannungen der Schweißverbindung sind aus der beim Versuch gemessenen Bruchlast bzw. dem Bruchmoment unter der Annahme einer 1,7fachen Sicherheit gegen Überschreiten der Streckgrenze für den Lastfall H (Hauptlasten allein) und einer 1,5fachen Sicherheit für den Lastfall HZ (Hauptlasten und Ersatzlasten) sowie einer 2,5fachen bzw. 2,2fachen Bruchfestigkeit (d. h. Sicherheit gegen Trennungsbruch) der Schweißverbindung festzulegen.“

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden von der Ergänzung des Einführungserlasses zu DIN 4113 entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 14. 5. 1959 **Der Hessische Minister des Innern**
Vb — 64 a 28/41 — 10/59
St.Anz. 24/1959 S. 621

535

Der Hessische Minister der Finanzen

Entschädigung für die Benutzung eigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen;

hier: Buchung und Anforderung der Mitnahmeentschädigungen auf Grund der Runderlasse vom 19. 10. 1953 und 30. 7. 1956 (St.Anz. S. 1036/53 und S. 817/56)

Die Mitnahmeentschädigungen auf Grund der bezeichneten Erlasse sind einheitlich bei Titel 215 Unterteil a) zu buchen, von den mitgenommenen Verwaltungsangehörigen in ihren Reisekostenrechnungen anzufordern und von diesen an den Kraftfahrzeugbesitzer abzuführen.

Der vorletzte Absatz des Erlasses vom 30. 7. 1956 „Die mitgenommenen Verwaltungsangehörigen usw.“ wird ge-

strichen und durch folgende Fassung ersetzt:

„Die Mitnahmeentschädigung ist in die Reisekostenrechnung des mitgenommenen Verwaltungsangehörigen aufzunehmen und von diesem an den Kraftfahrzeugbesitzer abzuführen.“

Die vorstehende Änderung gilt vom ersten Tage des Monats an, der auf den Tag folgt, an dem sie im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekanntgegeben worden ist.

Wiesbaden, 9. 5. 1959

Der Hessische Minister der Finanzen
H 1000/59 — IIIa/7

St.Anz. 24/1959 S. 622

536

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Vereinigung von Evangelischen Kirchengemeinden

Der Bischof der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck hat folgendes festgesetzt:

Mit Wirkung vom 15. Mai 1959 werden die Evangelisch-lutherische und die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde in Frankenberg zu einer Kirchengemeinde mit dem Namen „Evangelische Kirchengemeinde Frankenberg“ im Kirchenkreis Frankenberg vereinigt.

Die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Schreufa scheidet aus dem evangelisch-reformierten Kirchspiel Frankenberg aus und wird mit der zum evangelisch-lutherischen Kirchspiel Frankenberg gehörigen Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Schreufa zu einer Kirchengemeinde mit dem Namen „Evangelische Kirchengemeinde Schreufa“ im Kirchspiel Frankenberg vereinigt.

Die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Willersdorf scheidet aus dem evangelisch-reformierten Kirchspiel Frankenberg aus und wird mit der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Willersdorf zu einer Kirchengemeinde mit dem Namen „Evangelische Kirchengemeinde Willersdorf“ im Kirchspiel Bottendorf, Kirchenkreis Frankenberg, vereinigt.

Die evangelisch-reformierten Einwohner von Röddenau scheidet aus der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde

Frankenberg aus und werden mit der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Röddenau zu einer Kirchengemeinde mit dem Namen „Evangelische Kirchengemeinde Röddenau“ im Kirchenkreis Frankenberg vereinigt.

Die evangelisch reformierten Einwohner von Haine scheidet aus der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Frankenberg aus und werden mit der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Haine zu einer Kirchengemeinde mit dem Namen „Evangelische Kirchengemeinde Haine“ im Kirchspiel Röddenau, Kirchenkreis Frankenberg, vereinigt.

Die evangelisch-reformierten Einwohner von Haubern scheidet aus der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Willersdorf aus und werden in die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Geismar, Kirchenkreis Frankenberg, eingepfarrt.

Die I. und die II. evangelisch-lutherische Pfarrstelle in Frankenberg werden in I. und II. evangelische Pfarrstelle und die I. und II. evangelisch-reformierte Pfarrstelle in Frankenberg in III. und IV. evangelische Pfarrstelle umbenannt.“

Wiesbaden, 27. 5. 1959

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5-881/11-59

St.Anz. 24/1959 S. 622

537

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Ergänzung zur Generalvollmacht vom 11. 2. 1959

In der Anschrift zum vorbezeichneten Erlaß — St.Anz. 22/1959 S. 575 — muß es richtig heißen:

„Leiter des Hessischen Landesamtes für Straßenbau“ nicht Landesbauamtes für Straßenbau.

538

Eintragung der Neubaustrecke im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3149 zwischen Borken und Dillich, Landkreis Fritzlar-Homberg, Regierungsbezirk Kassel, in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung und Abstufung bzw. Einzählung der bisherigen Teilstrecke.

1. Die im Landkreis Fritzlar-Homberg, Regierungsbezirk Kassel, zwischen den Orten Borken und Dillich neu gebaute Strecke ist mit Wirkung vom 1. 4. 1959 als Landstraße I. Ordnung Nr. 3149 in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung einzutragen.

Die Strecke beginnt bei km 5,100 (= km 11,226 der L. II O. Nr. 71) und endet bei km 10,876 neu (= km 10,802 alt) = 5776 m.

2. Die Teilstrecke der Landstraße II. Ordnung Nr. 71 von km 11,226 bis km 11,847 = 621 m ist mit Ablauf des 31. 3. 1960 im Verzeichnis der Landstraßen II. Ordnung zu löschen und mit Wirkung vom 1. 4. 1960 als Landstraße I. Ordnung Nr. 3149 (km 5,100 bis km 4,479) in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung einzutragen.

3. Die Teilstrecke der Landstraße II. Ordnung Nr. 73 von km 3,805 bis km 3,862 = 57 m ist mit Ablauf des 31. 3. 1960 im Verzeichnis der Landstraßen II. Ordnung zu löschen und mit Wirkung vom 1. 4. 1960 als Landstraße I. Ordnung Nr. 3149 (km 4,479 bis km 4,422) in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung einzutragen.

Die Straßenbaulast zu 2 und 3 geht mit dem 1. 4. 1960 auf das Land Hessen über.

4. Die bisherige Teilstrecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 3149 von km 5,477 bis km 10,802 = 5325 m ist mit Ablauf des 31. 3. 1960 im Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung zu löschen. (§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1934 — BGBl. I, Seite 1237) und ist mit Wirkung vom 1. 4. 1960

- von km 5,477 bis km 6,500 = 1023 m der Gemeinde Borken.
- von km 8,130 bis km 9,177 = 1047 m der Gemeinde Nassenerfurth,
- von km 9,177 bis km 10,017 = 840 m der Gemeinde Haarbhausen,
- von km 10,017 bis km 10,802 = 785 m der Gemeinde Dillich zu überlassen.
- Die bisherige Teilstrecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 3149 von km 6,500 bis km 3,130 = 1630 m wird mit Ablauf des 31. 3. 1960 eingezogen.

Die Baulast für die Strecken 4a bis 4d geht mit dem 1. 4. 1960 auf die genannten Gemeinden über.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 20. 5. 1959

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
W III d — Az.: 63a.30

St.Anz. 24/1959 S. 622

539

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Tropentauglichkeitszeugnis für Auswanderer.

Nachstehend gebe ich einen Erlaß des Bundesministers des Innern vom 5. 3. 1959 (IV A 2 — 4204 — 02 — 2222 1/59) bekannt:

„Dem Bundesamt für Auswanderung habe ich die aus anliegender Liste ersichtlichen Kliniken und Institute als zur Durchführung von Tropentauglichkeitsuntersuchungen besonders geeignet benannt. Die Liste mußte auf Wunsch der mit der Bearbeitung der Anträge von Auswanderern befaßten Stellen einerseits auf eine leicht überschaubare Anzahl von Kliniken und Instituten beschränkt werden, aber auch die Interessen der zu untersuchenden Auswanderer berücksichtigen. Die Aufstellung der Liste schließt nicht aus, daß Untersuchungen auf Tropentauglichkeit auch bei anderen Stellen ausgeführt werden.“

Liste einiger Kliniken und Fachinstitute, die zur Ausführung von Untersuchungen auf Tropentauglichkeit besonders geeignet sind.

Land	Ort	Klinik oder Institut
Baden-Württemberg	Stuttgart	Karl-Olga-Krankenhaus
	Tübingen	Paul-Lechler-Krankenhaus (früher Tropengeneungsheim)
	Tübingen	Tropenmedizinisches Institut der Universität Tübingen
	Heidelberg	Medizinische Universitätsklinik
	Freiburg	Medizinische Universitätsklinik
	Berlin	Bundesgesundheitsamt Robert-Koch-Institut Prof. Dr. Kuhnert
Bayern	München	Institut für Infektions- und Tropenmedizin, Maria-Hilf-Platz
	Würzburg	Medizinische Universitätsklinik
	Erlangen	Medizinische Universitätsklinik
Hamburg	Hamburg	Bernhard-Nocht-Institut (Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten)
Hessen	Marburg	Medizinische Universitätspoliklinik
	Frankfurt a. M.	Medizinische Poliklinik Ludwig-Rehn-Straße 14
	Wiesbaden	Innere Klinik der Städt. Krankenanstalten, Schwalbacher Straße 62
Niedersachsen	Göttingen	Medizinische Universitäts-Poliklinik
	Hannover	Städt. Krankenhaus Nordstadt
Nordrhein-Westfalen	Bonn	Medizinische Klinik der Universität
	Köln	Medizinische Klinik der Städt. Krankenanstalten in Köln-Mülheim
	Münster	Medizinische Klinik der Universität
	Düsseldorf	Hygiene-Institut der Medizinischen Akademie
	Mainz	Med. Poliklinik der Universität
Rheinland-Pfalz	Kiel	Hygiene-Institut der Universität
Schleswig-Holstein	Homburg/Saar	Medizinische Universitätsklinik
Saarland	Saarbrücken	Staatl. Gesundheitsamt Saarbrücken

Folgende weitere Einrichtungen in Hessen kommen im Sinne des letzten Satzes des Erlasses des Bundesministers

des Innern für die Ausstellung von Tropentauglichkeitszeugnissen für Auswanderer ebenfalls in Betracht:

Hessen	Fulda	Stadtkrankenhaus
	Gießen	Medizinische Poliklinik der Justus-Liebig-Universität
	Hanau	Stadtkrankenhaus
	Wetzlar	Stadtkrankenhaus

Wiesbaden, 22. 5. 1959

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
VI c 1 — 18 o 44 St. Anz. 24/1959 S. 623

540

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnisscheinen

Nachstehend bezeichnete Sprengstofflaubnisscheine werden hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Jahr der Ausstellung des Scheines	Aussteller
Weber, Walter Herborn Dillkreis	B 311/58 1958	GAA Limburg
Scheiter, Theo Niederkleen Krs. Wetzlar	B 189/58 1958	GAA Limburg
Unterleider, Valentin Groß-Zimmern, Kr. Dieburg Erzbergerstr. 6	B 10/58 1958	GAA Offenbach a. M.
Unterleider, Hans Groß-Zimmern, Kr. Dieburg Erzbergerstr. 6	B 11/58 1958	GAA Offenbach a. M.

Wiesbaden, 26. 5. 1959

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
III — Az.: 53c 04.05.2 — Tgb.Nr. 9050/59, 9137/59.
St. Anz. 24/1959 S. 623

541

Verlust einer Bestellsurkunde als Apotheker.

Der Apotheker Günther Wetzel, geb. am 16. März 1914 in Züllichau/Prov. Brandenburg, jetzt wohnhaft in Rhoden/Krs. Waldeck, hat glaubhaft nachgewiesen, daß ihm seine vom Thüringischen Minister für Volksbildung erteilte Bestellsurkunde in Verlust geraten ist.

Diese Urkunde wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte die für ungültig erklärte Urkunde oder davon gefertigte Abschriften oder Ablichtungen vorgelegt werden, so bitte ich, diese Urkunden einzuziehen und mir zu übersenden.

Am 30. April 1959 habe ich dem Apotheker Günther Wetzel eine Ersatzurkunde unter der Nr. 19/59 ausgestellt.

Pharmazeutische Prüfung: 20 März 1940
Prüfungsausschuß: Jena
Urteil: Gut
Bestellungsdatum: 16. September 1940

Wiesbaden, 2. 6. 1959

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
Az.: VI h — 18b 16 03 St. Anz. 24/1959 S. 623

542

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat April 1959 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

1. Nr. 201/53 — Neunter Tarifvertrag vom 25. 2. 1959 zur Änderung des Tarifvertrages für die Lohnempfänger der Staatlichen Forstverwaltung des Landes Hessen — HSFT — vom 24. 1. 1953 Tarifvertragsparteien:

- Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Landesbezirk Hessen —.
2. Nr. 400/60 — Tarifvertrag vom 18. 3. 1959 zur Ergänzung des Tarifvertrages vom 14. 10. 1958 über die Gewährung von Kinderzulagen und des gesetzlichen Kindergeldes sowie die Errichtung einer Familienausgleichsstelle für die Arbeitnehmer der Industrie Steine und Erden im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Steine und Erden für das Land Hessen e. V. und Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen sowie Industriegewerkschaft Bergbau.
3. Nr. 409f/30 — Lohntarifvertrag vom 16. 12. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer in den Betrieben zur Herstellung von „Glasknöpfen“ im Gebiet der Bundesrepublik.
4. Nr. 409f/31 — Zusatzvereinbarung vom 16. 12. 1958 zu vorstehend genanntem Lohntarifvertrag.
Zu 3 u. 4) Tarifvertragsparteien:
Verband der Gablonzer Industrie e. V., Bonn, Zeppelinstraße 60 und Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Hauptverband, Hannover, Königsworther Pl. 6.
5. Nr. 804b/47 — Manteltarifvertrag vom 23. 2. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer einschließlich Lehrlinge.
6. Nr. 804b/48 — Tarifvertrag vom 23. 2. 1959 über die Auslösungssätze gemäß § 14 des vorstehenden Manteltarifvertrages.
7. Nr. 804b/49 — Lohntarifvertrag vom 23. 2. 1959. Zu 5—7 abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
8. Nr. 804b/50 — Manteltarifvertrag vom 23. 2. 1959 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
9. Nr. 804b/51 — Gehaltstarifvertrag vom 23. 2. 1959.
Zu 8 u. 9) abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Frankfurt/Main und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen. Zu 5—9) betr. Arbeitnehmer des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks sowie der Wärme-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik in Hessen.
Zu 5—9) Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks, Wiesbaden, sowie Landesverband Wärme-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik Hessen e. V., Frankfurt/Main und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
10. Nr. 1200/87 — Manteltarifvertrag vom 8. 1. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Bettfedernindustrie im Bundesgebiet.
11. Nr. 1200/87 — Tarifvertrag vom 8. 1. 1959 zur Ergänzung des vorstehend genannten Manteltarifvertrages.
Zu 10 und 11) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der deutschen Bettfedernindustrie e. V., Frankfurt/Main und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
12. Nr. 1304/15 — Lohntarifvertrag vom 23. 2. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Tapetenindustrie in der Bundesrepublik Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Deutschen Tapetenindustrie, Frankfurt/Main, und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Stuttgart.
13. Nr. 1400/77 — Manteltarifvertrag vom 15. 12. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer und die gewerblichen Lehrlinge des graphischen Gewerbes in der Bundesrepublik Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Graphischen Verbände des Deutschen Bundesgebietes e. V. und Industriegewerkschaft Druck und Papier
14. Nr. 1401a/25 — Tarifvertrag vom 9. 3. 1959 zur Änderung des Manteltarifvertrages für das Schriftgießergewerbe in der Bundesrepublik vom 23. 11. 1956.
15. Nr. 1401a/26 — Lohntarifvertrag vom 9. 3. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer des Schriftgießergewerbes in der Bundesrepublik.
- Zu 15 und 16) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Schriftgießereien, Offenbach/Main und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Stuttgart.
16. Nr. 1502/20 — Manteltarifvertrag vom 17. 12. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Heimarbeiter der Lederwaren- und Kofferindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.
17. Nr. 1502/21 — Tarifvertrag vom 17. 12. 1958 über die Ausbildung der gewerblichen Lehrlinge.
Zu 16 und 17) Tarifvertragsparteien:
Verband der Deutschen Lederwaren- und Kofferindustrie e. V., Offenbach/Main und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
18. Nr. 1900/17 — Tarifvertrag vom 14. 4. 1959 über die Entgelte für gewerbliche Lehrlinge.
19. Nr. 1900/18 — Tarifvertrag vom 14. 4. 1959 über die Entgelte für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge. Zu 18 und 19) betr. Lehrlinge in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Lande Hessen.
20. Nr. 1904b/25 — Lohntarifvertrag vom 23. 2. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Süßwarenindustrie im Lande Hessen.
21. Nr. 1904b/26 — Gehaltstarifvertrag vom 23. 2. 1959 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Süßwarenindustrie im Lande Hessen.
22. Nr. 1913/54 — Lohntarifvertrag vom 16. 3. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Weinbrennereien und Spirituosenhersteller in Hessen.
23. Nr. 1913/55 — Gehaltstarifvertrag vom 16. 3. 1959 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Weinbrennereien und Spirituosenhersteller in Hessen.
24. Nr. 1913/56 — Manteltarifvertrag vom 13. 3. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Weinkellereien und Weinhandlungen, Sektellereien, Weinbrennereien, Spirituosenhersteller, Essig- und Senffabriken im Lande Hessen. Zu 18—24) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen-Rheinland-Pfalz-Saar, Frankfurt/Main.
25. Nr. 1902/17 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 9. 3. 1959 für die Arbeitnehmer der Brot- und Backwarenindustrie in Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Brot- und Backwarenindustrie Hessen e. V. und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen-Rheinland-Pfalz-Saar.
26. Nr. 1912/90 — Gehaltstarifvertrag vom 9. 9. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Kronenbrauerei Heinrich Haubach KG., Dillenburg, Herborner Bärenbräu Adolf Schramm KG., Herborn, Oranienbrauerei GmbH, Dillenburg.
Tarifvertragsparteien:
Siegener Brauereiverband e. V., Siegen und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen-Rheinland-Pfalz-Saar.
27. Nr. 1904b/27 — Gehaltstarifvertrag vom 23. 2. 1959 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Süßwarenindustrie im Lande Hessen.
28. Nr. 1910b/24 — Gehaltstarifvertrag vom 13. 1. 1959 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Teigwarenindustrie im Lande Hessen.
29. Nr. 1913/57 — Gehaltstarifvertrag vom 16. 3. 1959 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Weinbrennereien und Spirituosenhersteller im Lande Hessen.
Zu 27—29) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
30. Nr. 1907b/70 — Gehaltstarifvertrag vom 9. 2. 1959 für die kaufmännischen Angestellten der Molkereien im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V. sowie Arbeitgeberverband der Molkereien und Käseereien in Hessen e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.

31. **Nr. 2007a/25** — Tarifvertrag vom 14. 4. 1959 zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 1. 4. 1958 für das Kalenderjahr 1959
32. **Nr. 2007a/26** — Tarifvertrag vom 14. 4. 1959 zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 1. 4. 1958 für die Zeit ab 1. 1. 1960 bzw. 1. 4. 1960
33. **Nr. 2007a/27** — Tarifvertrag vom 14. 4. 1959 zur Änderung des Lohn tarifvertrages vom 1. 4. 1958
Zu 31—33) betr. gewerbliche Arbeitnehmer in der Schuhindustrie im Bundesgebiet.
Zu 31—33) Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der Deutschen Schuhindustrie e. V., Bonn, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
34. **Nr. 2100/236** — Protokollarische Erklärung vom 4. 2. 1959 zum Rahmentarifvertrag für Poliere und Schachtmeister des Baugewerbes in der Bundesrepublik Deutschland vom 20. 12. 1958
35. **Nr. 2100/237** — Vertrag vom 4. 4. 1959 über eine ganzjährige Beschäftigung in der Bauwirtschaft.
36. **Nr. 2100/238** — Tarifvertrag vom 4. 4. 1959 zur Neuregelung der Löhne, Ausbildungsbeihilfen und Ortsklassenspannen für die im Baugewerbe im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer, Lehrlinge und Anlernlinge.
37. **Nr. 2100/239** — Protokollarische Erklärung vom 4. 4. 1959 zu vorstehend genanntem Lohn tarifvertrag.
Zu 34—37) Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, Koblenzer Straße 93 sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Frankfurt/Main, Friedrich-Ebert-Anlage 38 und Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main, Goetheplatz 5
38. **Nr. 2203/41** — Tarifvertrag vom 18. 3. 1959 zur Änderung des Lohn tarifvertrages Nr. 3 vom 9. 11. 1956 für die Betriebe, die dem Arbeitgeberverband von Gas-, Wasser- und Elektrizitätsunternehmungen in Nordrhein-Westfalen e. V. angeschlossen sind.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband von Gas-, Wasser- und Elektrizitätsunternehmungen in Nordrhein-Westfalen e. V., Essen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Nordrhein-Westfalen I und II, Düsseldorf und Bochum.
39. **Nr. 2601/45** — Manteltarifvertrag vom 6. 2. 1959 für die Arbeitnehmer der United Press International, Filiale Deutschland.
40. **Nr. 2601/46** — Gehaltstarifvertrag vom 6. 2. 1959.
Zu 39 und 40) Tarifvertragsparteien:
United Press International Filiale Deutschland, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, Deutscher Journalisten-Verband, Bonn sowie Industriegewerkschaft Druck und Papier, Zentralvorstand Stuttgart.
41. **Nr. 2702c-1/131** — Tarifvertrag vom 29. 1. 1959 über die Gewährung von Ortszuschlag und Kinderzuschlag an die Tarifangestellten der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände.
42. **Nr. 2702c-1/132** — Tarifvertrag vom 29. 1. 1959 über die Erhöhung der Lehrlingsvergütungen.
Zu 41 und 42) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand —.
43. **Nr. 2702c-2/70** — Tarifvertrag vom 16. 3. 1959 zur Neuregelung der Vergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge der Innungskrankenkassen und ihrer Verbände.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Innungskrankenkassen, Köln, und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und Angestellten e. V., Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand —.
44. **Nr. 2702c-5/68** — Tarifvertrag vom 1. 2. 1959 über eine Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit der Tarifangestellten.
45. **Nr. 2702c-5/69** — Tarifvertrag vom 1. 2. 1959 über eine Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit der Lehrlinge und Anlernlinge.
46. **Nr. 2702c-5/70** — Tarifvertrag vom 1. 2. 1959 über die Gewährung von Erholungsurlaub an die Tarifangestellten. Zu 44—46) betr. Tarifangestellte und Lehrlinge der Verwaltungen und Betriebe der Knappschaften und der Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften.
Zu 44—46) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften der Bundesrepublik Deutschland und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und Angestellten e. V.
47. **Nr. 2702c-9/51** — Tarifvertrag vom 12. 1. 1959 über die Neuregelung der Vergütungen und des Kindergeldes für die Angestellten nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
48. **Nr. 2702c-9/52** — Tarifvertrag vom 12. 1. 1959 über die Fortzahlung der Dienstbezüge an Hinterbliebene.
49. **Nr. 2702c-9/53** — Tarifvertrag vom 12. 1. 1959 über die Neuregelung der Lehrlingsvergütungen.
Zu 47—49) betr. Angestellte und Lehrlinge der Beufskrankenkassen der Techniker, Hamburg-Wandsbek.
Zu 47—49) Tarifvertragsparteien:
Berufskrankenkasse der Techniker, Hamburg-Wandsbek, Schloßstr. 12 und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
50. **Nr. 2804/115** — Tarifvertrag Nr. 134 vom 12. 3. 1959 über die Eingruppierung der bei der Bundespost-Betriebskrankenkasse beschäftigten Angestellten.
Tarifvertragsparteien:
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und Deutsche Postgewerkschaft — Hauptvorstand — Frankfurt/Main.
51. **Nr. 2805/172** — Tarifvertrag Nr. 5/59 vom 12. 3. 1959 über das Prämienverfahren im Lochkartendienst bei der Deutschen Bundesbahn.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Bundesbahn und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands — Hauptvorstand —.
52. **Nr. 3000 A/52** — Änderungsvereinbarung Nr. 18 vom 25. 2. 1959 über die Herabsetzung der Arbeitszeit für Drucker, Vervielfältigungspersonal und Betriebshandwerker in Druckereibetrieben, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Industriegewerkschaft Druck und Papier — Zentralvorstand —.
53. **Nr. 3000 A/53** — Änderungsvereinbarung Nr. 20 vom 31. 3. 1959 über die Neufassung einzelner Mantel- und Sonderbestimmungen, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.
54. **Nr. 3000 A/54** — Änderungsvereinbarung Nr. 20 a vom 31. 3. 1959 über die Neufassung einzelner Mantel- und Sonderbestimmungen, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.
Zu 52—54) betr. Änderung des Tarifvertrages vom 28. 1. 1955 (TV AL) für die Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften.
Zu 52—54) Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister der Finanzen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
55. **Nr. 3001/525** — Tarifvertrag vom 9. 3. 1959 über den Erholungsurlaub 1959 für Angestellte, Angestelltenlehrlinge und -anlernlinge in den kommunalen Verwaltungen und Betrieben im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, mit Ausnahme der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Saarland.
Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Köln-Marienburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand - Hamburg.
56. **Nr. 3001/526** — Tarifvertrag Nr. 101 vom 30. 9. 1958 für Angestelltenlehrlinge und -anlernlinge bei den gemeindlichen Verwaltungen und Betrieben im Lande Hessen.
57. **Nr. 3001/527** — Tarifvertrag vom 10. 3. 1959 zur Ergänzung des vorstehend genannten Tarifvertrages.
Zu 56 und 57) Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kom-

- munalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
58. Nr. 3002a/69 — Tarifvertrag vom 20. 3. 1959 für die Bediensteten des Bürger-Hospitals e. V., Frankfurt/Main, nebst Sondervereinbarung für Medizinalassistenten vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Bürgerhospital e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
59. Nr. 3003/22 — Zusatztarifvertrag Nr. 1 vom 15. 4. 1959 Zum Gehaltsabkommen vom 22. 4. 1958.
60. Nr. 3003/23 — Zusatztarifvertrag Nr. 2 vom 15. 4. 1959 zum Bundesmanteltarifvertrag vom 18. 4. 1956.
61. Nr. 3003/24 — Zusatztarifvertrag Nr. 3 vom 15. 4. 1959 Zum Bundesmanteltarifvertrag vom 18. 4. 1956.

Zu 59—61) Tarifvertragsparteien:
Arbeiterwohlfahrt — Hauptausschuß — Bonn und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand —.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 20. 5. 1959

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
I b 3 — 2607

St.Anz. 24/1959 S. 623

543

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Alsberg, Krs. Gelnhausen

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemeinde Alsberg — Gemarkung Hausen —, Kreis Gelnhausen, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die Gemarkung Hausen einschließlich der Ortslage Hausen und des Waldes der Gemarkung Hausen festgestellt. Es hat eine Größe von 146 Hektar, worin eine Fläche von 22 ha Wald enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Alsberg — Ortsteil Hausen —, Kreis Gelnhausen“, mit dem Sitz in Alsberg-Hausen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Kulturamt in Hanau, Freiheitsplatz 4 (Behördenhaus), anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Feststellungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören, b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen, c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden, d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen (§ 85 Ziff. 5 FlurbG.). Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben. Das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt auf Kosten der Beteiligten Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den

Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat (§ 85 Ziff. 6 Flurb. G.).

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Alsberg und der angrenzenden Gemeinde Salmünster, Kreis Schlüchtern, öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Alsberg und der angrenzenden Gemeinde Salmünster zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 5. 5. 1959

Landeskulturamt
WF 234 — 13028/59

St.Anz. 24/1959 S. 626

544

Flurbereinigung Ffm.-Untertliederbach

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 — wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung in der Gemarkung Untertliederbach und Teilen der Gemarkungen Höchst, Sindlingen und Zeilsheim wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die aus der Anlage 1 ersichtlichen Flurstücke festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet ist auf der Gebietskarte durch orange Farbstreifen gekennzeichnet und hat eine Größe von 388 ha. Die Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Untertliederbach“ mit dem Sitz in Untertliederbach. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt Wiesbaden, Schützenhofstraße 3, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist zur Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt wer-

den sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden. Sind entgegen den Vorschriften der Absätze a) und b) Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt bzw. beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen der Vorschrift des Absatzes c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in Unterliederbach sowie in Höchst, Sindlingen, Zeisheim, Oberliederbach und Sulzbach und im Amtsblatt der Stadt Frankfurt a. M. öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte sowie der Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bezirksvorstehern bzw. Bürgermeistern dieser Stadtbezirke bzw. Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 21. 1. 1959

Landeskulturamt
WF — 222 — 7274/59
St.Anz. 24/1959 S. 626

545

Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Worfelden, Kreis Groß-Gerau.

Zusammenlegungsbeschluß

Auf Grund des § 91 in Verbindung mit den §§ 93 (2) und § 86 Abs. 1 Nr. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung eines Teiles der Gemarkungen Worfelden, Kreis Groß-Gerau, und Braunshardt, Kreis Darmstadt, wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet werden bestimmte Teile dieser Gemarkungen mit den in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücken festgestellt. Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von 796,2825 ha. Die Grenzen sind auf der Gebietskarte, die ebenfalls einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen gekennzeichnet.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Worfelden, Kreis Groß-Gerau“, mit dem Sitz in Worfelden, Kreis Groß-Gerau. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Nach § 14 des FlurbG. werden die Beteiligten aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 102, Block C, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

4. Nach den §§ 34 und 85 des FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Eindriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölz beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen worden, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn

dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzung anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällte, die abgeholzte und verlichtete Fläche nach den Anweisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Stand zu bringen hat.

5. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Worfelden, Kreis Groß-Gerau, und Braunshardt, Kreis Darmstadt, sowie in den Nachbargemeinden von Worfelden öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit der Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Worfelden, Kreis Groß-Gerau, und Braunshardt, Kreis Darmstadt, sowie in den Nachbargemeinden von Worfelden 2 Wochen lang ausgelegt.

Frankfurt (Main), 9. 4. 1959

Kulturamt Darmstadt — Büro Frankfurt (Main) —
St.Anz. 24/1959 S. 627
Anlage 1

Betr.: Verfahrensgebiet (Ziffer 2); hier: Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der beschleunigten Zusammenlegung von Worfelden, Kreis Groß-Gerau.

Gemarkung Worfelden

Flur 2 Nr. 220—252, 281, 287, 288, 307—309, 311	7,8285 ha
Flur 3 ganz im Verfahren	80,6440 ha
Flur 4 ganz im Verfahren	70,7443 ha
Flur 5 ganz im Verfahren	60,0302 ha
Flur 6 Nr. 1—130, 156—188, 189—197, 200—205, 209—211	56,2302 ha
Flur 7 ganz im Verfahren	57,0471 ha
Flur 8 Nr. 1—12, 14—297, 341, 343—374, 377, 382—399, 400	84,8746 ha
Flur 9 Nr. 30—172, 228—244, 246—249, 251—256	48,4507 ha
Flur 10 Nr. 24—55, 65—194, 195, 197—200, 203—230, 231—240	48,1159 ha
Flur 11 ganz im Verfahren	67,9889 ha
Flur 12 ganz im Verfahren	102,0077 ha
Flur 13 ganz im Verfahren	56,4767 ha
	<hr/> 740,4388 ha

Gemarkung Braunshardt:

Flur 3 Nr. 65—121, 127, 130, 132/2, 133, 134, 135/1—2, 136, 137	20,7231 ha
Flur 4 Nr. 1/1—66, 109—113	28,5190 ha
Flur 5 Nr. 10—19, 219, 220	6,6016 ha
	<hr/> 55,8437 ha
Gemarkung Worfelden:	740,4388 ha
Gemarkung Braunshardt:	55,8437 ha
	<hr/> 796,2825 ha

546

Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Rendel, Kreis Friedberg.

Zusammenlegungsbeschluß

Auf Grund des § 91 in Verbindung mit den §§ 93 (2) und § 86 Abs. 1 Nr. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Rendel wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die Gemarkung Rendel mit den in der Anlage aufgeführten Flurstücken festgestellt. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von 789,8859 ha. Der ausgeschlossene Teil der Gemarkung ist durch einen orange Streifen gekennzeichnet. Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Rendel, mit dem Sitz in Rendel“. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen,

innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Friedberg, Burg 13, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsgebiet gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Rendel, Kreis Friedberg, und Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Anlage und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeisteramt Rendel zwei Wochen lang ausgelegt.

Friedberg, 14. 3. 1959

Kulturamt Friedberg
DF 281 Z

St.Anz. 24/1959 S. 627

Anlage

Betr.: Verfahrensgebiet (Ziff. 2); hier: Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der beschleunigten Zusammenlegung Rendel, Kreis Friedberg.

Flur 1 Nr. 1—28, 438—443	5,4059 ha
Flur 2 ganz im Verfahren	63,0888 ha
Flur 3 Nr. 1—199, 205—247	39,4256 ha
Flur 4 ganz im Verfahren	28,7102 ha
Flur 5 Nr. 1—17, 28—167/2, 169/1—184	43,4465 ha
Flur 6 ganz im Verfahren	45,8285 ha
Flur 7 ganz im Verfahren	71,8044 ha
Flur 8 Nr. 1—163, 219—239, 281—297, 302—305	44,3756 ha
Flur 9 ganz im Verfahren	64,0954 ha
Flur 10 ganz im Verfahren	74,1037 ha
Flur 11 ganz im Verfahren	63,8968 ha
Flur 12 ganz im Verfahren	38,8161 ha
Flur 13 ganz im Verfahren	79,1500 ha
Flur 14 ganz im Verfahren	64,8216 ha
Flur 15 ganz im Verfahren	62,9168 ha
Verfahrensgebiet	789,8859 ha

Ausgeschlossene Fläche 26,8338 ha
Gemarkungsfläche von Rendel 816,7197 ha

547

Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Ranstadt, Kreis Büdingen

Zusammenlegungsbeschluss

Auf Grund des § 91 in Verbindung mit den §§ 93 (2) und § 86 Abs. 1 Nr. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Ranstadt, Kreis Büdingen, wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die Gemarkung Ranstadt, Kreis Büdingen, mit den in der Anlage aufgeführten Flurstücken festgelegt. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von 958,2953 ha. Der ausgeschlossene Teil der Gemarkung ist durch einen orange Streifen gekennzeichnet

Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Ranstadt, Kreis Büdingen“, mit dem Sitz in Ranstadt, Kreis Büdingen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigt, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Friedberg, Burg 13, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsgebiet gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Ranstadt, Kreis Büdingen und Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Anlage und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeisteramt Ranstadt, Kreis Büdingen zwei Wochen lang ausgelegt.

Friedberg, 13. 3. 1959

Kulturamt Friedberg DF 279 Z
St.Anz. 24/1959 S 628

Anlage

Betr.: Verfahrensgebiet (Ziff. 2); hier: Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der beschl. Zusammenlegung Ranstadt, Kreis Büdingen.

Flur 1, Nr. 316/4, 317—19, 365/2, 366/1, 367, 372 1, 374, 375/1, 379—408, 477, 502/1, 503, 508—511, 512/1, 512/2, 529	10,6369 ha
Flur 2, Nr. 1/1—189, 191—218, 219/2—280	71,8287 ha
Flur 3, ganz im Verfahren	51,2918 ha
Flur 4, Nr. 1—29/2, 30—79, 81—95	38,2090 ha
Flur 5, Nr. 1—123, 136—149, 151, 152, 154—180/1, 184—193	45,6973 ha
Flur 6, ganz im Verfahren	35,6111 ha
Flur 7, ganz im Verfahren	64,3951 ha
Flur 8, ganz im Verfahren	31,8217 ha
Flur 9, ganz im Verfahren	46,6425 ha
Flur 10, ganz im Verfahren	60,5108 ha
Flur 11, ganz im Verfahren	60,3128 ha
Flur 12, ganz im Verfahren	32,8682 ha
Flur 13, ganz im Verfahren	65,9072 ha
Flur 14, ganz im Verfahren	61,2663 ha
Flur 15, ganz im Verfahren	35,5731 ha
Flur 16, ganz im Verfahren	52,2374 ha
Flur 17, ganz im Verfahren	22,0994 ha
Flur 18, ganz im Verfahren	42,6195 ha
Flur 19, ganz im Verfahren	42,0766 ha
Flur 20, ganz im Verfahren	47,6483 ha
Flur 21, ganz im Verfahren	39,0416 ha

Verfahrensgebiet: 958,2953 ha

Ausgeschlossen Fläche 32,8860 ha
Gemarkungsfläche von Ranstadt 991,1813 ha

548

Führen der Jagdbezirkslisten sowie der Abschluß- und Streckenlisten.

Bezug: Mein Erlaß vom 23. 10. 1951, L IIIe — I/2868 — 709.01.

Anlg.: — 4 Vordrucke — *)

Auf Grund § 23 Abs. 2 und 6, § 41, § 43 Hess. AusfG z. BJG; § 14 Abs. 7 DurchfVO; § 4 WVO in der jetzt geltenden Fassung bestimme ich unter Aufhebung meines Erlasses vom 23. 10. 1951 — L IIIe — I/2868 — 709.01 folgendes:

I.

In den Kreisen sind bei den unteren Jagdbehörden und bei den Jagdberatern „Jagdbezirkslisten“ nach anliegendem Muster anzulegen und auf dem laufenden zu halten. Die Angaben auf Seite 1 des Vordruckes sind den oberen Jagdbehörden nach dem Stand vom 1. April 1959 bis zum 1. Juli 1959 mitzuteilen und von diesen in Form einer Gesamtübersicht mir bis zum 1. Oktober 1959 weiterzugeben.

II.

Die bei den unteren Jagdbehörden und von den Jagdausübungsberechtigten (Eigenjagdbesitzer und Jagdpächter) zu führenden Abschlußlisten für Schalenwild sind nach anliegendem Muster „Abschlußliste A“ anzufertigen.

III.

Die von den Jagdausübungsberechtigten für alles sonstige Wild zu führende Abschlußliste ist nach anliegendem Muster „Abschlußliste B“ anzufertigen.

IV.

Die von den Jagdausübungsberechtigten für alle Wildarten am Schluß des Jagdjahres anzufertigende und bis zum 20. April eines jeden Jahres an die untere Jagdbehörde

einzureichende Streckenliste ist nach anliegendem Muster „Wildnachweisung und Streckenliste C“ aufzustellen.

V.

Die unteren Jagdbehörden haben bis zum 1. Juni eines jeden Jahres eine Kreisübersicht der Wildnachweisungen und Streckenlisten C den oberen Jagdbehörden auf gleichem Vordruck mitzuteilen.

VI.

Die oberen Jagdbehörden fertigen aus den zu V. genannten Kreisübersichten auf gleichem Vordruck eine Gesamtübersicht des Regierungsbezirks, die mir bis zum 10. Juli eines jeden Jahres vorzulegen ist.

VII.

Mit der Anlegung der Jagdbezirkslisten sowie der Abschlußlisten A und B bitte ich unverzüglich zu beginnen. Alle Vordrucke können von den Jagdbehörden und den Jagdausübungsberechtigten bei der Firma Druckerei und Verlag Gutenberg (16) Melsungen (Bezirk Kassel) auf eigene Kosten bezogen werden.

VIII.

Jagdausübungsberechtigte, die die in Ziff. II. bis IV. vorgeschriebenen Abschlußlisten und Streckenlisten nicht oder nicht vollständig führen, oder in den Listen unrichtige Angaben machen, oder die Listen auf Verlangen der Jagdbehörde (Ziff. II. und III.) nicht oder nicht fristgemäß (Ziff. IV.) vorlegen, können gemäß § 38 Abs. 1 Nr. 7 und Abs. 2 Hess. AusfG z. BJG mit einer Geldbuße belegt werden (§ 25 DurchfVO).

Wiesbaden, 11. 5. 1959

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
IIIe — II/485 — 709.01 *St.Anz. 24/1959 S. 629*

*) Hier nicht veröffentlicht.
Die genannten Vordrucke können bei der unter VII. genannten Druckerei bezogen werden.

549

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**b) Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt

zum Polizeihauptkommissar:
Polizeioberkommissar (BaL) Georg Gebhardt, PK Darmstadt (26. 3. 59)

in den Ruhestand versetzt

Polizeioberkommissar (BaL) Walter Kroll, PK Lauterbach (1. 4. 59)

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum Polizeioberkommissar: Polizeikommissar (BaL) Wilhelm Knobloch, PVB Wiesbaden (26. 3. 59)

in den Ruhestand versetzt

Polizeikommissar (BaL) Kurt Schattauer, PK Bad Homburg (1. 4. 59)

e) Bereitschaftspolizei

ernannt

zum Polizeikommissar:
Polizeihauptwachmeister (BaL) Bodo Winkelmann (3. 3. 59);
Polizeihauptwachmeister (BaK) Helmut Hohenberger (3. 3. 1959)

zum Polizeiobermeister: Polizeimeister (BaL) Alfred Schäfflein, (30. 4. 59)

zum Polizeihauptwachmeister: die Polizeioberwachmeister (BaK) Klaus Käding (17. 3. 59); Edgar Schmidt (17. 3. 59)

zum Polizeihauptwachmeister (BaL): Polizeihauptwachmeister der Stadt Frankfurt/M. (BaL) Franz Uhrhan (30. 4. 1959)

zum Polizeioberwachmeister: die Polizeiwachmeister (BaK) Eckhard Schielke (17. 3. 59); Friedrich Hanstein (18. 3. 59); Heinrich Hölzle (18. 3. 59); Ernst Löwer (18. 3. 59); Erwin

Merkel (18. 3. 59); Werner Lenz (21. 3. 59); Edwin Rink (21. 3. 59); Manfred Strauch (23. 3. 59); Ludwig Waider (23. 3. 59); Norbert Conrad (25. 3. 59); Hermann Konradi (2. 4. 59); Ernst Lißmann (2. 4. 59); Horst Nadler (2. 4. 59); Wilhelm Neveril (2. 4. 59); Hans Stüwe (2. 4. 59); Max Gockenbach (17. 4. 59); Klaus Millmann (17. 4. 59); Wolfgang Oha (17. 4. 59); Diether Spieß (18. 4. 59); Friedrich Christiner (29. 4. 59); Alwin Christoph (29. 4. 59)

zum Polizeiwachmeister (BaK):

der frühere Polizeiwachmeister Josef Ruh (15. 4. 59)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeihauptwachmeister (BaK) Ernst Wessel (6. 3. 59); Willi Döberitz (19. 3. 59); Georg Dreiling (21. 4. 59)

entlassen

die Polizeiwachmeister (BaK) Artur Atzert (1. 3. 59); Karl-Dieter Bornmann (1. 3. 59); Konrad Hinkel (1. 3. 59); Friedrich Niemeyer (1. 3. 59); Manfred Linke (13. 3. 59); Rudolf Böning (1. 4. 59)

Polizeischule

ernannt

zum Oberregierungsrat: Polizeischulrat (BaL) Georg Johann Winter (4. 3. 59)

zum Polizeikommissar (BaL): Polizeihauptwachmeister (BaK) Karl Schmengler (3. 3. 59);

zum Polizeioberwachmeister: Polizeiwachmeister (BaK) Werner Hussmann (21. 3. 59)

Landeskriminalamt

ernannt

zum Kriminalmeister (BaL): Polizeihauptwachmeister (BaK) Hermann Ihring (15. 4. 59)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsmedizinalrat (BaK) Dr. Dr. Gerhard Vogel (13. 4. 1959)

Wasserschutzpolizeiamt

ernannt

zum Polizeihauptwachmeister:
Polizeioberwachmeister (BaK) Dieter Leonhard (21. 4. 59)

in den Ruhestand versetzt

Polizeiobermeister (BaL) Wilhelm Hörle (1. 4. 59)

Polizeileitfunkstelle

ernannt

zum Polizeihauptwachmeister (BaK): Polizeihauptwachmeister der Stadt Wiesbaden (BaK) Helmut Beutel (1. 4. 59)

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hess. Polizei

ernannt

zum Regierungsamtmann:
Regierungsoberinspektor (BaL) Hans-Werner Hamann (21. 4. 1959)zum Regierungsobersekretär (BaK):
der Angestellte Ernst Hayn (1. 4. 59)

zum Regierungssekretär (BaK): der Angestellte Gerhard Buchholz (30. 4. 59)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeikommissar (BaK) Walter Voß (12. 3. 59)

Wiesbaden, 19. 5. 1959

Der Hessische Minister des Innern
III c 4 — 8 b 06

St.Anz. 24/1959 S. 629

c. Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Regierungssekretär (BaW)
Büroangestellter Willi Hanck (17. 4. 59)
zum Polizeimeister

Polizeihauptwachmeister Ernst Becker (30. 4. 59)

in den Ruhestand versetzt

Oberamtsgehilfe Josef Meyer (1. 5. 59)

bei der staatlichen Polizei RP. Kassel

ernannt

zum Polizeiobermeister
der Polizeimeister (BaL) Otto Dux, Landrat — PK — Fritzlar-Homburg (1. 4. 59)zu Polizeimeistern
die Polizeihauptwachmeister (BaL) Walter Meyer, Landrat — PK — Eschwege (10. 4. 59); Heinrich Höhmann, Landrat — PK — Fritzlar-Homburg (1. 4. 59); Konrad Brandau, Landrat — PK — Fulda (7. 4. 59); Clemens Zerbs, Landrat — PK — Hünfeld (2. 4. 59); Helmut Wolf, Landrat — PK — Melsungen (25. 3. 59); Stanislaus Prudlak, Landrat — PK — Rotenburg (2. 4. 59); Heinrich Goßmann, Landrat — PK — Witzenhausen (1. 4. 59); Karl Schütz, PVB Bad Hersfeld (2. 4. 59); Walter Winkler, PVB Kassel (15. 4. 59); Hellmuth Witt, Landrat — PK — Kassel (16. 4. 59)zum Polizeihauptwachmeister (BaK)
der ehemalige Hauptwachmeister der Schutzpolizei Walter Mießen, Landrat — PK — Ziegenhain (1. 4. 59)zu Polizeihauptwachmeistern
die Polizeioberwachmeister (BaK) Franz Herold, Landrat — PK — Rotenburg (30. 4. 59); Horst Keller, PVB Bad Hersfeld (30. 4. 59); Botho Krajnak, PVB Bad Hersfeld (29. 4. 59); Reinhold Westermann, PVB Bad Hersfeld (28. 4. 59)
der Polizeiwachmeister (BaK) Kurt Strack, PVB Bad Hersfeld (28. 4. 59)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeihauptwachmeister (BaK) Hans Joachim Koslowski, PVB Bad Hersfeld (9. 4. 59); Friedrich Knüttel, Landrat — PK — Hofgeismar (16. 4. 59); Ferdinand Schultheiß, Landrat — PK — Hofgeismar (16. 4. 59); Friedrich Behmel, Landrat — PK — Marburg (20. 4. 59)

in den Ruhestand versetzt

die Polizeiobermeister (BaL) Paul Ley, Landrat — PK — Eschwege (1. 4. 59); Kurt Richter, Landrat — PK — Hersfeld (1. 4. 59); Paul Klein, Landrat — PK — Marburg (1. 4. 59); Carl-Valentin Günther, Landrat — PK — Rotenburg (1. 4. 59); Erich Illigmann, PVB Bad Hersfeld (1. 4. 59); Wilhelm Tscharnatke, PVB Kassel (1. 4. 59)

der Polizeimeister (BaL) Walter Felter, Landrat — PK — Marburg (1. 4. 59)

Kassel, 14. 5. 1959

Der Regierungspräsident
P/1 Az.: 7 o 16/03 B**d) Regierungspräsident in Wiesbaden**

ernannt

zum Polizeiobermeister
die Polizeimeister Louis Jäger (BaL), Polizeikommissariat Limburg (8. 4. 59); Walter Kunz (BaL), Polizeikommissariat Dillenburg (8. 4. 59)zum Polizeimeister
die Polizeihauptwachmeister Max Daser (BaL), Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (8. 4. 59); Albert Grün (BaL), Polizeikommissariat Usingen (6. 4. 59); Karl Wolf (BaL), Polizeikommissariat Bad Schwalbach (10. 4. 59); August Becker (BaL), Polizeikommissariat Weilburg (17. 4. 59); Otto Litzinger (BaL), Polizeikommissariat Gelnhausen (13. 4. 59); Franz Recklies (BaL), Polizeikommissariat Gelnhausen (13. 4. 59)zum Polizeihauptwachmeister
die Polizeioberwachmeister Alois Fibicher (BaK), Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (14. 4. 59); Lorenz Stöhr (BaK), Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (7. 4. 59); Johannes Sondermann (BaK), Polizeikommissariat Gelnhausen (15. 4. 59)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeihauptwachmeister Heinz Hickmann, Polizeikommissariat Bad Homburg (30. 4. 59)

Polizeimeister Alfred Törner, Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (22. 4. 59)

Wiesbaden, 6. 5. 1959

Der Regierungspräsident
Dezernat I 3 Pol.

St.Anz. 24/1959 S. 630

g) Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt

ernannt

zum Regierungsamtmann
Regierungsoberinspektor (BaL) Christoph Herpel (11. 5. 59)

Darmstadt, 13. 5. 1959

Hessische Brandversicherungskammer
2b—36/1

St.Anz. 24/1959 S. 630

F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung**Regierungspräsident Darmstadt****Volksschulen**

in den Ruhestand versetzt:

Rektor aL. Ernst Thomas, Jügesheim (1. 2. 1959); Lehrerin aL. Margarete Schachner, Bürstadt (1. 1. 1959); Hauptlehrer aL. Wilhelm Eucken, Ruppertsburg (1. 3. 1959); Lehrerin aL. Hedwig Seht, Birkenau (1. 2. 1959); Hauptlehrer aL. Karl Balzer, Spachbrücken (1. 4. 1959).

Die Lehrer aL. Alois Bernbach, Urberach (1. 4. 1959); Waldemar Alles, Rüsselsheim (1. 4. 1959); Valentin Eidenmüller, Urberach (1. 4. 1959).

Hauptlehrer aL. Ferdinand Dotzert, Romrod (1. 4. 1959); Lehrer aL. Walter Steinert, Neu-Isenburg (1. 4. 1959); Lehrerin aL. Käthe Lein, Heuchelheim (1. 4. 1959); Rektor aL. Philipp Horn, Darmstadt (1. 4. 1959); Hauptlehrer aL. Ludwig Sauerwein, Messel (1. 4. 1959).

Die Lehrer aL. Walter Steinert, Neu-Isenburg (1. 4. 1959); Heinrich Muth, Bad Nauheim (1. 4. 1959); Karl Moxter, Neu-Isenburg (1. 4. 1959); Ludwig Marsteller, Watzenborn-Steinberg (1. 4. 1959); Karl Ohl, Jügesheim (1. 4. 1959); Richard Seidel, Darmstadt (1. 4. 1959); Anton Wurtinger, Brauerschwend (1. 4. 1959).

Rektorin aL. Elisabeth Page, Reinheim (1. 4. 1959); Lehrer aL. Heinrich Perschbacher, Alheim (1. 4. 1959); Lehrerin aL. Anna Müller, Dieburg (1. 4. 1959).

Die Lehrer aL. Ferdinand Küssel, Rüsselsheim (1. 3. 1959); Werner Breitsprecher, Mittel-Gründau (1. 4. 1959); Wilhelm Reuhl, Gambach (1. 4. 1959).

Hauptlehrer aL. Heinrich Meininger, Rödgen (1. 4. 1959); Konrektor aL. Heinrich Kolb, Walldorf (1. 4. 1959); Hauptlehrer aL. Adolf Schnierle, Düdelsheim (1. 4. 1959); Hauptlehrer aL. Friedrich Klar, Ndr.-Weisel (1. 4. 1959); Lehrer aL. Ernst Simon, Gießen (1. 4. 1959); Konrektor aL. Hermann Hofmann, Gießen (1. 4. 1959).

Die Lehrer aL. Hermann Eckel, Friedberg (1. 4. 1959); Peter Kadel, Ob.-Mumbach (1. 4. 1959); Johannes Keller, Offenbach (1. 4. 1959).

Hauptlehrer aL. Georg Knecht, Offenbach-Rumpenheim (1. 4. 1959); Lehrerin aL. Josefine Schallowetz, Groß-Gerau (1. 4. 1959).

Die Lehrer aL. Adolf Rudlof, Rüsselsheim (1. 4. 1959); Adam Kohl, Kirschhausen (1. 4. 1959); Johann Hildebrand, Biblis (1. 4. 1959).

Die Direktoren aL. Franz Tschiedel, Einhausen (1. 4. 1959); Friedrich Feuerbach, Heppenheim (1. 4. 1959).

Die Lehrer aL. Erich Weissert, Darmstadt (1. 4. 1959); Oskar Achard, Reichelsheim (1. 4. 1959); Gustav Schuchard, Butzbach (1. 4. 1959).

Rektor aL. Adam Winkler, Bad Nauheim (1. 4. 1959); Lehrer aL. Otto Oestreich, Frischborn (1. 4. 1959) Lehrerin aL. Lena Roth, Offenbach (1. 4. 1959); Rektorin aL. Eva Hofmann, Viernheim (1. 4. 1959).

Die Lehrer aL. Heinrich Zulauf, Storndorf (1. 4. 1959); Wilhelm Mühl, Reichelsheim (1. 5. 1959); Adam Kreis, Offenbach (1. 4. 1959).

Rektor aL. Heinrich Kimmel, Großen-Buseck (1. 4. 1959); Lehrerin aL. Elisabeth Regenfuß, Groß-Felda (1. 8. 1958); Lehrer aL. Wilhelm Bardonner, Reichelsheim (1. 4. 1959); Lehrerin aL. Maria Winter, Lorsch (1. 4. 1959).

Die Lehrer aL. Alfred Koch, Neu-Isenburg (1. 4. 1959); Arthur Trost, Lich (1. 4. 1959); Friedrich Schöne, Alledorf (1. 4. 1959).

Lehrerin aL. Käthe Haunschild, Griesheim (1. 4. 1959). die Lehrer aL. Valentin Gräff, Hähnlein (1. 6. 1959);

Paul Joseph, Rimbach (1. 4. 1959); Heinrich Monat, Roßdorf (1. 4. 1959); Friedrich Assmus, Stockheim (1. 4. 1959). Hilfsschullehrer aL. Jakob Mang, Bürstadt (1. 4. 1959).

Lehrerin aL. Luise Hanika, Offenbach (1. 4. 1959); techn. Lehrerin aL. Elisabeth Kopp, Bischofsheim (1. 4. 1959);

Rektor aL. Arnold Süßmuth, Trebur (1. 4. 1959); Lehrerin aL. Caroline Breitwieser, Ober-Ramstadt (1. 4. 1959);

Lehrer aL. Ernst Entian, Groß-Zimmern (1. 4. 1959); Lehrerin aL. Marianne Frank, Kirschhausen (1. 4. 1959);

Lehrer aL. Josef Frank, Lauterbach (1. 4. 1959).

entlassen:

apl. Lehrerin aW. Erna Thiel, Lämmerspiel (1. 12. 1958); Lehrerin iA. Johanna Kraft, Gr.-Umstadt (1. 4. 1959);

Lehrerin aL. Ingeborg Höhnel, Bad Nauheim (1. 4. 1959); apl. Lehrerin aW. Ilse Biedermann, Roßdorf (1. 4. 1959);

apl. techn. Lehrerin aW. Ilse Haase, Gießen (1. 4. 1959); Lehrerin aL. Edith Jaeger, Bürstadt (1. 4. 1959); Hilfs-

schullehrerin aL. Gertrude Lukas, Bad Vilbel (1. 4. 1959); techn. Lehrerin aK. Anita Jung, Gießen (30. 4. 1959);

apl. Lehrer aW. Dr. Heinrich Jäger, Weiterstadt (1. 4. 1959). Die Lehrerinnen aL. Irene Hemberger, Griesheim (1. 4. 1959);

Elfriede Schnuchel, Bad Nauheim (1. 4. 1959); Erika Hirncke, Gießen (31. 12. 1958); Annemarie Kirschnik, Mainzlar (31. 3. 1959).

apl. Lehrer aW. Heinz Füg, Gedern (31. 3. 1959); Lehrerin aK. Elisabeth Scheich, Sandbach (1. 4. 1959); Lehrerin aK. Christa Mahr, Dietzenbach (1. 4. 1958).

ernannt zum Rektor:

Die Lehrkräfte Peter Ansel, Gernsheim (19. 12. 1958); Hans Risse, Roßdorf (2. 1. 1959); Rudolf Kießling, Echzell (19. 12. 1958);

Eduard Luh, Heldenbergen (8. 1. 1959); Georg Stang, Rüsselsheim (22. 1. 1959); Gerhard Schmidt, Watzenborn-Steinberg (31. 1. 1959);

Friedrich Putschögl, Gräfenhausen (14. 2. 1959); Wilhelm Döringer, Ober-Mörlen (20. 2. 1959);

Heinrich Klingmann, Höchst (2. 3. 1959); Franz Christof Ehatt, Mühlheim (25. 3. 1959).

ernannt zum Schulrat:

Rektor aL. Wilhelm Jude, Lauterbach, jetzt Friedberg (21. 11. 1958).

ernannt zur apl. techn. Lehrerin (BaW)

techn. Lehrerin aW. Elfriede Sparwasser, Rüsselsheim (21. 3. 1959).

ernannt zur techn. Lehrerin aK.

techn. Lehrerin iA. Charlotte Lietzau, Offenbach (12. 3. 1959).

ernannt zum Hauptlehrer:

die Lehrer (BaL) Josef Rubin, Groß-Eichen (1. 12. 1958); Ernst Pie, Dorheim (23. 12. 1958);

Hans-Joachim Weber, Kaichen (23. 12. 1958); Siegfried Genz, Groß-Felda (20. 12. 1958); Erich Kuntzsch, Schwalheim (24. 12. 1958);

Günther Franz, Lengfeld (14. 2. 1959); Ernst Degreif, Braunshardt (23. 3. 1959);

Rudolf Höche, R.-Königstädten (2. 3. 1959); Friedrich Bock, Kirtorf (6. 3. 1959);

Heinrich Uhl, Ilbeshausen (28. 2. 1959); Paul Pietsch, Rockenberg (26. 3. 1959).

ernannt zum Konrektor:

die Lehrer aL. Lothar Domes, Sprendlingen (23. 1. 1959); Günther Dähn, Schuldorf a. d. B. (3. 2. 1959);

Hans Sattler, Bensheim (26. 2. 1959); Johannes Zarn, Kelsterbach (3. 3. 1959);

Edwin Eisenbraun, Rüsselsheim (3. 3. 1959); Walter Scherer, Offenbach (14. 3. 1959);

Volker Schmidt, Offenbach-Bürgel (14. 3. 1959); Kurt Dal Pra, Offenbach (14. 3. 1959);

Wilhelm Kühn, Offenbach (14. 3. 1959); Fritz Keil, Offenbach (16. 3. 1959).

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Lehrkräfte Rudolf Engel, Darsberg (15. 10. 1958);

Ursula Beitsch, Sprendlingen (1. 12. 1958); Werner Mandel, Viernheim (27. 11. 1958);

Albert Winkler, Viernheim (9. 12. 1958); Ludwig Herbold, Hebstahl (9. 12. 1958);

Hildegard Merker, Egelsbach (11. 12. 1958); Erich Scheerer, Groß-Rohrheim (3. 12. 1958);

Alma Huse, Mörfelden (11. 12. 1958); Ruth Spielmann, Klein-Auheim (19. 12. 1958);

Willfried Marsch, Ober-Eschbach (23. 12. 1958); Karl Weiß, Watzenborn-Steinberg (21. 12. 1958);

Otto Knüttel, Klein-Auheim (19. 12. 1958); Magdalena Krug, Sprendlingen (11. 12. 1958);

Herbert Disser, Jügesheim (2. 1. 1959); Edith Jaeger, Bürstadt (19. 12. 1958);

Johannes Hoffmann, Bürstadt (19. 12. 1958); Anna Elisabeth Beisler, Nieder-Roden (16. 12. 1958);

Mathilde Spieß, Bürstadt (19. 12. 1958); Rudolf Borbonus, Münster (16. 12. 1958);

Peter Blum, Dietzenbach (9. 1. 1959); Bernhard Itzel, Dieburg (16. 12. 1958);

Herta Mertens, Neu-Isenburg (9. 1. 1959); Elfriede Kummer, Neu-Isenburg (13. 1. 1959);

Heinrich Dirlam, Langen (13. 1. 1959); Maria Fesenmaier, Dudenhofen (15. 1. 1959);

Eva Walter, Egelsbach (13. 1. 1959); Helene Pfannkuch, Schaaheim (13. 1. 1959);

Charlotte Daus, Ilbenstadt (13. 1. 1959); Hildegard Pfeiffer, Seligenstadt (20. 1. 1959);

Gerlinde Burghardt, Groß-Umstadt (20. 1. 1959); Anna Ganz, Bürstadt (17. 1. 1959);

Heinrich Kipper, Daubringen (15. 12. 1958); Hans Beutel, Bensheim-Zell (15. 1. 1959);

Lieselotte Haubner, Lorsch (20. 1. 1959); Gerold Fahrenberger, Neu-Isenburg (26. 1. 1959);

Arnold Kürten, Mühlheim (28. 1. 1959); Alma Dekant, Offenbach (3. 2. 1959);

Gertrud Klug, Babenhausen (2. 2. 1959); Fritz Eberhard, Steinheim-Nord (12. 2. 1959);

Hubert Schubert, Dreieichenhain (16. 2. 1959); Willi Magel, Bischofsheim (17. 2. 1959);

Ernst-Ludwig Kist, Reinheim (24. 2. 1959); Klaus Barczaitis, Sprendlingen (20. 1. 1959);

Günter Frost, Ober-Mockstadt (21. 2. 1959); Dr. Rose Marie Gleinig, Birkenau (24. 2. 1959);

Walter Decker, Alsfeld (26. 2. 1959); Norbert Thomczek, Rüsselsheim (23. 2. 1959);

Herta Kolb, Trebur (26. 2. 1959); Elisabeth Fischer, Gedern (18. 3. 1959);

Hildegard Schretz, Schaaheim (24. 3. 1959); Karl-Heinz Schmidt, Reinheim (24. 3. 1959);

Aloisia Heinrich, Eckartshausen (25. 3. 1959); Else Merlau, Offenbach (19. 3. 1959);

Hedwig Reith, Gustavsburg (17. 3. 1959); Dr. Hugo Keller, Lich (25. 3. 1959);

Irene Heinrich, Fürth (9. 4. 1959); Johann Sylvester, Burkkardsfelsen (20. 4. 1959);

Heinrich Rhein, Wald-Michelbach (31. 3. 1959); Herbert Hedrich, Büdingen (14. 2. 1959);

Georg Wabnitz, Lauter (17. 4. 1959).

ernannt zum/zur Lehrer (in) (BaK) Luise Hagn, Münster (25. 11. 1958);

Magdalena Arnspurger, Offenbach (17. 11. 1958); Helmut Graf, Homberg (18. 12. 1958);

Ruth Hänsgen, Dudenhofen (16. 12. 1958); Manfred Welke, Ginsheim (11. 12. 1958);

Friedrich Bayerer, Rodenbach (5. 12. 1958); Hans Kiekeben, Friedberg (19. 12. 1958);

Idma Petriconi, Klein-Welzheim (1. 12. 1958); Heinz Berck, Dreieichenhain (17. 12. 1958);

Norbert Reith, Jügesheim (8. 1. 1959); Helmut Appelt, Ober-Roden (11. 12. 1958);

Friedrich Kretschmer, Melbach (20. 12. 1958); Heinz-Günther Vogt, Trebur (19. 12. 1958);

Fritz Bartusch, Trebur (10. 12. 1958); Theodor Löffler, Rendel (15. 1. 1959);

Franz Wondrejz, Sonderbach (5. 1. 1959); Gisela Zimmermann, Nrd.-Erlenbach (14. 1. 1959);

Sonja Seibert, Einhausen (19. 1. 1959); Kurt Elfert, Kelsterbach (24. 12. 1958);

Hildegard Deringer, Offenbach (8. 1. 1959); Alois Hortig, Gießen (9. 1. 1959);

Ursula Swoth, Rüsselsheim (22. 12. 1958); Jürgen Mohr, Gießen (14. 1. 1959);

Immo Petrenz, Kleestadt (28. 1. 1959); Hildegard Runkel, Groß-Gerau (30. 1. 1959);

Jakob Simonis, Ober-Klingen (4. 1. 1959); Ina-Maria Stolp, Langen (20. 1. 1959);

Günther Hofmann, Griesheim (30. 1. 1959); Heinrich Hardt, Rüsselsheim (29. 1. 1959);

Walter Maier, Mörfelden (29. 1. 1959); Maria König, Steinfurth (4. 2. 1952);

Marianne

- Schulz, Griesheim (2. 2. 1959); Raimund Korn, Münster (20. 1. 1959); Dorothea Hoppe, Wixhausen (13. 2. 1959); Ilse Bräuer, Griesheim (30. 1. 1959); Werner Gäbler, Mühlheim (17. 2. 1959); Paul Klumb, Hammelbach (7. 2. 1959); Hedwig Meister, Heppenheim (27. 1. 1959); Sophie Scholz, Watenborn-Steinberg (10. 2. 1959); Wolfgang Schmidt, Bobstadt (10. 2. 1959); Rudolf Weyrich, Büttelborn (3. 2. 1959); Margarete Malchow, Griesheim (19. 2. 1959); Gerhard Hillert, Traisa (25. 2. 1959); Gertrud Häcker, Traisa (25. 2. 1959); Wilhelm Diehl, Lorsch (14. 2. 1959); Hans Arnold, Aschbach (14. 2. 1959); Heinrich Molthan, Nauheim (20. 2. 1959); Elfriede Dürr, Göbelrod (22. 1. 1959); Berta Johanna Fischer, Wallerstädten (11. 3. 1959); Lotte Gade, Gedern (27. 2. 1959); Otto Hermann, Gronau (11. 3. 1959); Irmgard Körber, Sprendlingen (23. 3. 1959); Gertrud Walenda, Steinfurth (6. 3. 1959); Franz Rohr, Jügesheim (20. 3. 1959); Maria Dussa, Astheim (24. 3. 1959); Heinz Scholz, Lich (7. 3. 1959); Horst Flemming, Kefenrod (20. 4. 1959); Dorothea Hänsgen, Seligenstadt (27. 4. 1959); Günther Gröbel, Raunheim (17. 3. 1959).
- ernannt zum apl. Lehrer (in) (BaW)**
 der/die apl. Lehrer(in) — im befr. Beamtenverhältnis
 Horst-Erich Pohl, Rüsselsheim (26. 11. 1958); Katharina Wachtel, Mühlheim (27. 9. 1958); Christiana Kruchen, Wahlen i. O. (3. 12. 1958); Elisabeth Zahn, Offenbach (5. 12. 1958); Roswitha Schütz, Ellenbach i. O. (3. 12. 1958); Wolfgang Bäßler, Steinheim-Süd (10. 12. 1958); Hildegard Schmitt, Bürstadt (28. 11. 1958); Klaus Sochatzky, Ernsthofen (15. 12. 1958); Anita Wendel, Lampertheim (10. 12. 1958); Gottfried König, Friedberg (17. 12. 1958); Herbert Harnisch, Nidda (13. 12. 1958); Wolfgang Mücke, Okarben (22. 12. 1958); Johannes Winkler, Lützel-Wiebelsbach (5. 12. 1958); Walter Kretschmar, Gras-Ellenbach (30. 11. 1958); Armin Kleinedam, Ober-Mörlen (19. 12. 1958); Irene Göbel, Bensheim (19. 12. 1958); Martin Hesse, Dietzenbach (19. 12. 1958); Kurt Thasler, Hausen (22. 12. 1958); Georg Roßmann, Elmshausen (20. 11. 1958); Ilse Kühne, Bad Vilbel (19. 12. 1958); Herbert Müller, Höchst i. O. (11. 12. 1958); Jochen Peters, Beerfelden (17. 12. 1958); Erich Mirz, Roßdorf (18. 12. 1958); Helga Rudolpf, Bad Vilbel (19. 12. 1958); Johannes Grimmer, Obertshausen (30. 12. 1958); Erna-Luise Haibach, Münzenberg (19. 12. 1958); Edith Schneider, Offenbach (17. 12. 1958); Alfred Reisinger, Lorbach (29. 12. 1958); Johannes Zink, Lampertheim (12. 12. 1958); Hildegard Schneider, Alsbach (15. 12. 1958); Adelheid Emrich, Büdesheim (7. 1. 1959); Rudolf Faecke, Hofheim (21. 12. 1958); Alois Lehmann, Hainstadt (13. 12. 1958); Margot Hoss, Gießen (17. 12. 1958); Hannelore Bohl, Bensheim-Zell (17. 12. 1958); Rudolf Heil, Bad König (12. 1. 1959); Helga Raschke, Langen (13. 1. 1959); Ursula Lindmar, Bickenbach (16. 1. 1959); Maria Reitz, Gießen (10. 1. 1959); Erwin Kuhn, Sprendlingen (16. 1. 1959); Josef-Franz Zingler, Seligenstadt (13. 1. 1959); Leonhard Rittau, Sprendlingen (16. 1. 1959); Gisela Reiners, Laubach (21. 1. 1959); Charlotte Jeschke, Allertshausen (15. 1. 1959); Hermann Viereckle, Reisen i. O. (13. 1. 1959); Wolfram Heydecker, Pfungstadt (23. 1. 1959); Hans Richter, Groß-Zimmern (13. 1. 1959); Gustav-Adolf Kruse, Kelsterbach (13. 1. 1959); Georg Speicher, Rüsselsheim (10. 1. 1959); Marianne Feuerbach, Bürstadt (21. 1. 1959); Gerhard Brandl, Gießen (15. 1. 1959); Erwin Nowak, Offenbach (26. 1. 1959); Bernhard Kropp, Darmstadt (20. 1. 1959); Christian Freitag Lich (31. 1. 1959); Günther Naumann, Homberg (7. 1. 1959); Gerd Josef Dengel, Worfelden (5. 2. 1959); Werner Rückriem, Gernsheim (4. 2. 1959); Ilse Helms, Wallernhausen (30. 1. 1959); Ellen Lindner, Groß-Eichen (7. 2. 1959); Martin Heinzel, Rüsselsheim-Königstädten (6. 2. 1959); Karlheinz Klocksin, Bannerod (1. 2. 1959); Otto Ebert, Lorsch (10. 2. 1959); Christa-Maria Asmus, Lehnheim (9. 2. 1959); Hartmut Wolf, Odenhausen (14. 1. 1959); Waltraut v. Petersdorff, Homberg (9. 2. 1959); Sabine Walther, Rüsselsheim-Haßloch (6. 2. 1959); Hans Joachim Schwär, Rüsselsheim (7. 2. 1959); Maria-Elisabeth Schwamborn, Giessen (5. 2. 1959); Irmgard Kleinicke, Gießen (4. 2. 1959); Heinz Gebert, Röhthges (13. 2. 1959); Liese Haarhaus, Gernsheim (9. 2. 1959); Johannes Regenbogen, Hofheim (30. 1. 1959); Dr. Gertrud Otterbein, Lauterbach (18. 2. 1959); Roland Lippmann, Stockstadt (18. 2. 1959); Heinz-Albrecht Caspar, Darmstadt (20. 2. 1959); Gerhard Thurn, Hessenaue (20. 2. 1959); Peter Heinz Rathenow, Raunheim (3. 3. 1959); Margot Else Scherer, Seligenstadt (10. 3. 1959); Erich Bodenstein, Arnshain (5. 3. 1959); Rose-Marie Brylla, Darmstadt (20. 2. 1959); Bodo Rademann, Herbstein (4. 2. 1959); Ursula Christian, Brauerschwend (9. 3. 1959); Werner Laist, Raunheim (13. 3. 1959); Karin Sochatzky, Darmstadt (10. 3. 1959); Hans Peter Viemann, Kirtorf (21. 3. 1959); Gisela Lokay, Rimbach (14. 3. 1959); Dorothea Hofmann, Rüsselsheim (19. 3. 1959); Theresia Guder, Viernheim (20. 3. 1959); Annemarie Frey, Groß-Zimmern (14. 3. 1959); Maria-Elisabeth Fuchs, Homberg (8. 4. 1959); Ingeborg Feick, Lorsch (14. 4. 1959); Hildegard Schütz, Sprendlingen (10. 4. 1959); Annemarie Seeger, Offenbach (3. 2. 1959); Irmgard Kaminski, Schlitz (20. 4. 1959); Jürgen Meyer, Wallerstädten (24. 4. 1959).
- ernannt zur techn. Leiterin a. L.**
 die techn. Lehrerin i. A. Wilhelmine Charwat, Hofheim/Rh. (8. 12. 1958)
- ernannt zum/zur apl. Lehrer (in) (BaW)**
 Lehrerin i. A. Elisabeth Richter, Mörfelden (27. 11. 1958); Lehrer i. A. Hans Herrmann Adam, Drudenhofen (9. 1. 1959); Lehrerin i. A. Katharina Maase, Bad Vilbel (29. 1. 1959); fr. Lehrerin Annemarie Enderle, Darmstadt (5. 2. 1959).
- ernannt zum Lehrer (BaW)**
 Lehrer i. A. Herbert Paris, Offenbach (28. 11. 1958); Lehrerin i. A. Irene Hertsch, Stockstadt (6. 3. 1959).
- ernannt zum/zur Lehrer (in) aL.**
 apl. Lehrer a. W. Lothar Müller, Radmühl (25. 10. 1958); apl. Lehrerin a. W. Gertrude Hohenleithner, Bürstadt (19. 2. 1959); apl. Lehrer a. W. Erich Hahn, Gleimenhain (4. 12. 1958); apl. Lehrerin a. W. Edith Aha, Lauterbach (11. 6. 1958); Lehrer a. D. Gustav Matzke, Grünberg (9. 2. 1959); Lehrer i. A. Walter Laas, Offenbach (24. 2. 1959); Lehrer i. A. Paul Mackrodt, Offenbach (28. 1. 1959); Lehrer a.K. Dr. Franz Halva, Ndr.-Ramstadt (11. 3. 1959); Lehrer i. A. Otto Barsekow, Bischofsheim (11. 3. 1959); Lehrer z. Wv. Kurt Hoffmann, Schlierbach (25. 10. 1958).
- ernannt zum Hilfsschullehrer (—)**
 die Lehrer (BaL) Edmund Budny, Offenbach (8. 1. 1959); Paul Ulrich, Mühlheim (27. 2. 1958);
- Berufs-, Berufsfach-, Fach- und Ingenieurschulen**
- ernannt zum apl. Gewerbeoberlehrer (BaW)**
 der LAA im Berufsschuldienst Manfred Führer, Friedberg (11. 11. 1958);
 die LAA in dem Berufsschuldienst Hildegard Küllmar, Friedberg (22. 1. 1959).
- ernannt zum/zur Gewerbeoberlehrer (in) (BaK)**
 apl. Gew.-Oberlehrerin a. W. Marianne Seil, Groß-Gerau (30. 4. 1959).
 die apl. Gewerbeoberlehrer (BaW) Otto Vogel, Gießen (9. 12. 1958); Paul Gerhard, Gießen (1. 12. 1958); Theodor Kockisch, Darmstadt (3. 3. 1959); Karl Schmauß, Offenbach (2. 3. 1959); Joachim Lux, Offenbach (9. 3. 1959); Corvinus Gottwald, Offenbach (10. 3. 1959)
- ernannt zum/zur apl. Handelsoberlehrer (in) (BaW)**
 LAA(in) im Berufsschuldienst Helene Heß, Darmstadt (8. 12. 1958); Hermann Jahn, Alsfeld (9. 12. 1958); Theresia Schmitt, Darmstadt (15. 12. 1958); Rudolf Messer, Groß-Gerau (11. 12. 1958); Gudrun Daubefeld, Darmstadt (15. 12. 1958); Horst Müller, Gießen (8. 12. 1958); Georg Wagner, Groß-Gerau (30. 12. 1958); Eberhard Leuer, Gießen (21. 1. 1959); Dr. Karl Seifert, Bad Nauheim (17. 1. 1959)
- ernannt zum Handelsoberlehrer (BaK)**
 die apl. Handelsoberlehrer (BaW) Dipl.-Handelsl. Gerold Krumholz, Bad Nauheim (12. 6. 1958); Gerhard Rudolph, Gießen (21. 8. 1958); Horst Kiel, Offenbach (22. 1. 1959); Helmut Allgaier, Offenbach (27. 2. 1959)
- ernannt zum Berufsschuldirektor:**
 die Gew.-Oberlehrer (BaL.) Karl Billau, Darmstadt (21. 10. 1958); Walther Barth, Friedberg (25. 10. 1958);
- ernannt zum Gewerbeoberlehrer (BaL)**
 Gew.-Oberlehrer i. A. Rudolf Schaarschmidt, Darmstadt (10. 3. 1959)
- berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**
 Gew.-Oberlehrerin Maria Riedel, Lauterbach (9. 12. 1958); Handelsoberl. Hermann Bauer, Darmstadt (19. 12. 1958); Gew.-Oberl. Walter Buckpesch, Offenbach M. (9. 1. 1959); Gew.-Oberlehrerin Gertraude Pribik, Nidda (8. 1. 1959);

Handelsoberlehrerin Irmgard Daumann, Bensheim (29. 10. 1958); Gew.-Oberlehrer August Wolbert, Offenbach/M. (12. 1. 1959); Gew.-Oberlehrerin Hilde Weprek-Schikora, Darmstadt (7. 1. 1959); Landw.-Oberlehrer Ernst Hebermehl, Alsfeld (13. 1. 1959);

die Gew.-Oberlehrerinnen Else Steul, Offenbach, (14. 1. 1959); Georg Schulmeyer, Groß-Gerau (23. 1. 1959)

Gew.-Oberlehrer Ludwig Thome, Gießen (24. 1. 1959); Gew.-Oberlehrerin Ingeborg Hantke, Groß-Gerau (17. 1. 1959); Landw.-Oberlehrerin Annemarie Schneider, Lauterbach (24. 1. 1959); Landw.-Oberlehrer Wolfgang Scriba, Lauterbach (23. 1. 1959); Gew.-Oberlehrerin Edeltraute Klimesch, Groß-Gerau (23. 1. 1959); Landw.-Oberlehrerin Hanna Schinkel, Offenbach (4. 2. 1959);

die Gew.-Oberlehrer Fritz Röding, Dieburg (11. 2. 1959); Paul Reinhold Frölich, Dieburg (11. 2. 1959)

Landw.-Oberlehrerin Gisela Fritzing, Nidda (12. 2. 1959); Landw.-Oberlehrer Hans-Werner Todtenhaupt, Büdingen (13. 2. 1959); Landw.-Oberlehrerin Margot v. Klitzing, Lauterbach (24. 1. 1959); Handelsoberlehrer Heinrich Lange, Offenbach (10. 2. 1959); Gew.-Oberlehrer Wolfgang Rühl, Rüsselsheim (17. 2. 1959); Landw.-Oberlehrerin Elisabeth Manz, Lauterbach (12. 2. 1959); Landw.-Oberlehrerin Ursula Geißler, Büdingen (27. 2. 1959); Gew.-Oberlehrer Helmut Gallert, Darmstadt (5. 3. 1959); Gew.-Oberlehrerin Gunda Niessner, Offenbach (2. 3. 1959); Baurat i. t. S. Georg Korner, Friedberg (16. 3. 1959); Fachlehrer Karl Dingeldein, Erbach/O. (28. 2. 1959); Gew.-Oberlehrerin Friederike Winkler, Offenbach (13. 3. 1959); Baurat i. t. S. Wilhelm Wiesmann, Friedberg (26. 3. 1959); Landw.-Oberlehrerin Irma Neeb, Gießen (25. 3. 1959); Landw.-Oberlehrerin Elisabeth Prillwitz, Gießen (25. 3. 1959); Fachschullehrer Ludwig Keller, Darmstadt (13. 4. 1959)

in den Ruhestand versetzt:

Schulrat (HOL) Josef Raaz, Darmstadt (1. 1. 1959); Handelsoberlehrer Otto Möller, Offenbach (1. 2. 1959); Gew.-Oberlehrer (BaL) Rudolf Schneider, Butzbach (1. 4. 1959); Landw.-Oberlehrer (BaL) Philipp Schmitt, Dieburg (1. 4. 1959); Berufsschuldirektor (BaL) Hermann Schmidt, Gießen (1. 4. 1959); Fachschuloberlehrer (BaL) Franz Schmidt, Gießen (1. 4. 1959); Landw.-Oberlehrer (BaL) Wilhelm Hotz, Groß-Gerau (1. 4. 1959); Gew.-Oberlehrer a. L.) Friedrich Neumann, Alsfeld (1. 4. 1959); Fachlehrer a. L.) Philipp Bürger, Dieburg (1. 12. 1957); Gew.-Oberlehrer a. L. August Pabst, Alsfeld (1. 4. 1959); Gew.-Oberlehrer a. L. Fritz Grosch, Darmstadt (1. 5. 1959); Berufsschuldirektor a. L. Wilhelm Horst, Darmstadt (1. 4. 1959); Fachlehrerin a. L. Maria Hasselbaum, Gießen (1. 5. 1959)

entlassen

Gew.-Oberlehrerin a. L. Ruth Schmertmann, Groß-Gerau (1. 3. 1959); apl. Handelsoberlehrerin a. W. Hannedore Potyka, Dieburg (1. 4. 1959); Gew.-Oberlehrerin a. K. Sigrid Zahn, Offenbach (1. 4. 1959)

Gymnasien

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Studienrat (BaK) Dieter Carl, Schotten (12. 12. 1958); Studienrätin (BaK) Hannelore Horst, Offenbach (11. 12. 1958); Studienrat (BaK) Kurth Thomas, Darmstadt (9. 1. 1959); Helmut Eitel, Darmstadt (22. 1. 1959); Herbert Kociemba, Darmstadt (30. 10. 1958); Kurt Funk, Grünberg (24. 1. 1959); Joseph Hagn, Dieburg (24. 1. 1959); Werner Kiesche, Darmstadt (11. 12. 1958); Dr. Wilhelm Fischer, Gießen, (10. 2. 1959); Karl Friedrich, Darmstadt (10. 2. 1959); Hermann Reuber, Bad Nauheim (7. 2. 1959); Otto Schlander, Offenbach (11. 2. 1959); Horst Ahbe, Offenbach (10. 2. 1959); Karl Seubert, Offenbach (10. 2. 1959); Dr. Alfred Kurt, Offenbach (4. 2. 1959); Dr. Wolfgang Tichy, Gießen (24. 1. 1959); Dr. Ernst Vix, Darmstadt (5. 2. 1959); Volker Weirich, Lauterbach (13. 2. 1959); Heinrich Gerstung, Darmstadt (5. 2. 1959); Karl Kurtz, Lauterbach (17. 2. 1959); Wilhelm Franz, Groß-Gerau (13. 2. 1959); Theo Wade, Offenbach (18. 2. 1959)

Studienrätin (BaK) Anneliese Kräuter, Nidda (25. 2. 1959) die Studienräte (BaK) Klaus Kramer, Offenbach (2. 3. 1959); Ernst Ockel, Neu-Isenburg (6. 3. 1959); Günther Neliba, Rüsselsheim (2. 3. 1959); Norbert Peter, Grünberg (13. 3. 1959); Kurt Theiss, Grünberg (11. 3. 1959); Karl Holler,

Gießen (15. 3. 1959); Werner Fischer, Alsfeld (4. 3. 1959); Robert Mattis, Gießen (17. 3. 1959); Dietrich Tauscher, Alsfeld (4. 3. 1959)

Studienrätin (BaK) Barbara Winkler, Gießen (17. 3. 1959) Studienrat (BaK) Dieter Niedecken, Gießen (20. 3. 1959); die Studienrätinnen (BaK) Marie Koch; Gießen (18. 3. 1959); Katharina Peuker, Offenbach (20. 3. 1959); Leopold Wieland Friedberg (19. 3. 1959)

die Studienräte (BaK) Willi Luh, Büdingen (17. 3. 1959); Günther Heil, Offenbach (18. 2. 1959); Gerhard Schäfer, Friedberg (11. 4. 1959); Albrecht Kaul, Gießen (11. 4. 1959); Carl Vogel, Offenbach (11. 4. 1959)

Studienrätin (BaK) Dr. Elisabeth Kleberger, Darmstadt (16. 4. 1959)

ernannt zum/zur Studienrat/Studienrätin (BaK)

der/die Studienassessor(in) (BaW) Helmut Keil, Darmstadt (6. 11. 1958); Helmut Koch, Schuldorf Bergstraße (13. 11. 1958); Otto Schlander, Offenbach/M. (7. 11. 1958); Alfred Winkler, Offenbach/M. (10. 11. 1958); Hanswerner Ebling, Darmstadt (7. 11. 1958); Helmut Bechthold, Darmstadt (3. 11. 1958); Ernst Ockel, Neu-Isenburg (7. 11. 1958); Christian Mayer, Dieburg (7. 11. 1958); Dr. Ingeborg Brüning, Bensheim (3. 12. 1958); Theo Wade, Offenbach/M. (15. 1. 1959); Hans-Jörg Jungblut, Friedberg (23. 1. 1959); Albrecht Kaul, Gießen (8. 1. 1959); Dr. Andreas Hillgruber Darmstadt (22. 1. 1959); Werner Brand, Michelstadt (2. 2. 1959); Dr. Otto Brüggemann, Gießen (12. 2. 1959) Elmar Krautkrämer, Rüsselsheim (2. 2. 1959); Dr. Sunhilt Stephani, z. Z. Athen (20. 2. 1959); Manfred König, z. Z. Valparaiso (Chile) (25. 2. 1959); Katharina Peuker, Offenbach/M. (23. 1. 1959); Dr. Karl Fischer-Neumann, Gießen (23. 3. 1959); Helmut Edelmann, Waldmichelbach (19. 3. 1959); Karl-Wilhelm Lebert, Beerfelden (19. 3. 1959); Erhard Allendörfer, Friedberg (25. 3. 1959); Klaus-Eberhard Lange, Dieburg (20. 1. 1959); Gerhard Plass, Gießen (6. 4. 1959); Wolfgang Singer, Bensheim (2. 4. 1959); Werner Jordan, Bad Nauheim (21. 3. 1959)

ernannt zum/zur Studienassessor(in) (BaW)

der/die Assessor(in) im Lehramt Hans Satzinger, Lauterbach (22. 11. 1958); Gerda Ehm, Darmstadt (26. 11. 1958); Karl Rettig, Viernheim (12. 11. 1958); Werner Aßmuth, Darmstadt (4. 12. 1958); Hildegard Eidenmüller, Gr.-Umstadt (5. 11. 1958); Joachim Schulte, Laubach (30. 11. 1958); Walter Guckes, Gernsheim (24. 11. 1958); Ilse Gerlach, Echzell (6. 11. 1958); Anneliese Knapp, Büdingen (6. 11. 1958); Dr. Herbert Jäkel, Darmstadt (2. 12. 1958); Dr. Hans-Wilhelm Dechert, Alsfeld (5. 12. 1958); Bernd Wenzel, Gießen (17. 4. 1958); Volker Hamann, Gießen (19. 3. 1959); Herbert Lang Gießen (19. 3. 1959); Günther Kühnlenz, Offenbach (20. 3. 1959); Johann Wernld, Darmstadt (20. 3. 1959); Ruth Zein, Büdingen (25. 3. 1959); Dr. Karl Hess, Hungen (7. 4. 1959); Klaus Kötting, Echzell (28. 3. 1959); Werner Stoy, Friedberg (25. 3. 1959); Christine Kallhardt, Friedberg (9. 4. 1959); Hans Walter Köhler, Gießen (9. 4. 1959); Dr. Wolfgang Haseloff, Gießen (2. 4. 1959); Dr. Karl Heinz Langstroff, Groß-Umstadt (20. 3. 1959); Brigitte Trapp, Babenhäuser (25. 3. 1959); Marianne Lebrecht, Langen (9. 4. 1959); Gerda Mengler, Darmstadt (10. 4. 1959); Bruno Krüger, Groß-Umstadt (1. 4. 1959); Bruno Eckert, Friedberg (7. 4. 1959); Johanna Reiniger, Offenbach/M. (10. 4. 1959); Elfriede Stefanov, Bensheim (20. 4. 1959); Eugen Pohl, Bad Nauheim (9. 4. 1959); Rudolf Eckerscham, Darmstadt (9. 4. 1959); Franz Bommaris, Darmstadt (9. 4. 1959); Wilhelm Kühn, Seligenstadt (9. 4. 1959); Erich Protz, Büdingen (9. 4. 1959)

ernannt zum Studienrat (—)

Oberschullehrer Hans Köhler (BaL), Michelstadt (15. 11. 1958)

ernannt zum Studienrat (BaL)

Stud.-Assessor (BaW) Dr. Friedrich W. Kohnke, Gießen, (4. 12. 1958); Stud.-Assessorin aW. Lucia Schütz-Bergen, Offenbach (19. 3. 1959); Stud.-Assessor aW. Wilhelm Milch, Gernsheim (9. 4. 1959); Stud.-Assessorin aW. Dr. Elisabeth Rings, Schuldorf, Bergstraße (9. 4. 1959)

ernannt zur Oberstudienrätin/zum Oberstudienrat (—)

Studienrätin aL. Dr. Karla Born, Darmstadt (29. 12. 1958);
Studienrat aL. Dr. Günter Schönbrunn, Gießen (2. 2. 1959);
Studienrat aL. Dr. Volker Niebergall, Darmstadt (8. 4. 1959)

versetzt in andere Dienstaufsichtsbereiche:

Studienrat Bernhard Gertkemper, Viernheim zum 1. 4. 1959 in den Dienstaufsichtsbereich des Kultusministeriums Niedersachsen.

in den Ruhestand versetzt

Studienrat aL. Dr. Ludwig Grebert, Darmstadt (1. 4. 1959);
Oberschullehrerin aL. Mathilde Marx, Bensheim (1. 4. 1959);
Studienrat aL. Friedrich Bernhardt, Dieburg (1. 4. 1959);
Oberstud.-Rat aL. Hans Werbter, Darmstadt (1. 4. 1959);
Oberstud.-Direktor aL. Dr. Heinrich Klenk, Gießen (1. 4. 1959);
Studienrat aL. Dr. Bernhard Jäger, Grünberg (1. 4. 1959);
Studienrat aL. Dr. Friedrich Appel, Gießen (1. 4. 1959);
Studienrat aL. Dr. Jakob Möll, Michelstadt (1. 4. 1959);
Oberstud.-Direktor aL. Dr. Max Schulz, Alsfeld (1. 4. 1959);
Studienrat aL. Ludwig Breitwieser, Offenbach (1. 4. 1959);
Studienrätin aL. Maria Fischer, Darmstadt (1. 4. 1959);
Oberstud.-Direktor aL. Dr. Paul Hänsele, Offenbach (1. 4. 1959)

entlassen

Studienrätin aK. Erika Schmitt, Schuldorf, Bergstraße (1. 4. 1959);
Stud.-Ass. (BaW) Gunhild Koschig, Darmstadt (1. 4. 1959);
Stud.-Ass. (BaW) Käthe Rudigier, Darmstadt (1. 4. 1959);
Stud.-Rätin aK. Ursula Allendorfer, Friedberg (16. 3. 1959);
Stud.-Rätin aK. Hannelore Mayer, Groß-Bieberau (1. 4. 1959);
Stud.-Ass. (BaW) Helmut Segler, Oberhambach (23. 12. 1958);
Stud.-Ass. (BaW) Dr. Irmgard Diemann, Gießen (1. 5. 1959)

Darmstadt, 15. 5. 1959

Der Regierungspräsident
II/1 — 7 1 08 (1)
St.Anz. 24/1959 S. 630

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

d) Regierungspräsident Wiesbaden

ernannt

zum Regierungsveterinärassessor (BaW), Regierungsveterinärassessor Dr. Siegfried Kuwilsky (18. 3. 1959) beim Regierungsveterinärassessor Frankfurt/Main — Staatl. tierärztliche Lebensmittelüberwachung Bezirk II Ost —

zum Regierungsveterinärassessor (BaW), Tierarzt Dr. Kurt Laux (1. 1. 1959) beim Regierungsveterinärassessor Frankfurt/Main — Staatl. tierärztliche Lebensmittelüberwachung Bezirk I West —

in den Ruhestand versetzt

Regierungsveterinärassessor Dr. Robert Wehn (1. 4. 1959) beim Regierungsveterinärassessor Gelnhausen

Regierungsveterinärassessor Dr. Willi Heydrich (1. 5. 1959) beim Regierungsveterinärassessor Schlüchtern

Regierungsveterinärassessor Dr. Ernst Fleischhauer (1. 5. 1959) beim Regierungsveterinärassessor Wiesbaden — Staatl. tierärztliche Lebensmittelüberwachung —

Regierungsveterinärassessor Dr. Heinrich Hildebrandt (1. 6. 1959) beim Regierungsveterinärassessor Wetzlar —

Wiesbaden, 14. 5. 1959

Der Regierungspräsident
I 8 — Az.: PA
St.Anz. 24/1959 S. 634

Regierungspräsident Wiesbaden (Gewerbeaufsichtsamt u. Technische Überwachung)

ernannt

zum Gewerbeoberinspektor
Gewerbeinspektor Ludwig Will, Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt/Main (6. 3. 1959) (BaL)

Gewerbeinspektorin Thea Schreck, Gewerbeaufsichtsamt Wiesbaden (23. 3. 1959) (BaL)

zum Gewerbereferendar

Dipl.-Ing. Ludwig Kordges, Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt/Main (1. 3. 1959) (BaW)

zum Gewerbeobersekretär

Gewerbesekretär Hermann Belzer, Gewerbeaufsichtsamt Limburg/Lahn (3. 3. 1959) (BaL)

Gewerbesekretärin Gertrud Geilen, Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt/Main (3. 3. 1959) (BaK)

zum Gew.-Insp.-Anwärter

Heinz Schmidt, Gewerbeaufsichtsamt Limburg Lahn (1. 2. 1959) (BaW)

in den Ruhestand versetzt

Obergewerbeberater Fritz Armbruster, Techn. Überwachungsamt Frankfurt/Main (23. 3. 1959)

Wiesbaden, 8. 5. 1959

Der Regierungspräsident
— III 1 d —
St.Anz. 24/1959 S. 634

Auflösung der Zweiten Viehversicherungsanstalt für Erbach i. Odw. und Umgebung

Auf Grund des § 43 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bauspar-Kassen vom 6. 6. 1931 in der Fassung der Änderungsgesetze vom 5. 3. 1937 (RGBl. I S. 269) und 28. 2. 1955 (BGBl. I S. 85) erteile ich hiermit zu der in der Mitgliederversammlung vom 1. 3. 1959 beschlossenen Auflösung der Zweiten Viehversicherungsanstalt für Erbach i. Odw. und Umgebung die aufsichtsbehördliche Genehmigung.

Darmstadt, 20. 5. 1959

Der Regierungspräsident
I/12 — 39i 02/01
St.Anz. 24/1959 S. 634

Buchbesprechungen

Lohnpfändungstabelle zum Ablesen des pfändbaren Arbeitseinkommens bei monatlicher, wöchentlicher und täglicher Auszahlung. Format DIN A 1, 12 Seiten mit cellophanisiertem Umschlag. 2,20 DM. Deutscher Gemeindeverlag Köln — Kiel — Hannover — Mainz — München — Wiesbaden.

Das Tabellenwerk ist in übersichtlicher Form gegliedert. Es trägt der Neuregelung zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen Rechnung und enthält die pfändbaren Beträge bei einer Unterhaltspflicht bis zu sechs Personen und einen Nettoarbeitslohn von monatlich bis 1499,99 DM, wöchentlich bis 279,99 DM und täglich bis 44,99 DM. Im Anhang ist der Text der gesetzlichen Vorschriften über die Pfändbarkeit von Arbeitseinkommen (§§ 850—850 I ZPO und § 360 der Reichsabgabenordnung) abgedruckt. Auf die Neuerscheinung der oben bezeichneten Lohnpfändungstabelle wird hingewiesen.

Ministerialrat Maneck

Arbeitsrecht, 5. Auflage Arbeitsrechtliche Textsammlung — Einzelbroschüren im Sammelordner, Ergänzungslieferung, Stand 15. 4. 1959, 88 Seiten, 6,15 DM. Herausgegeben von Prof. Dr. W. Siebert, Heidelberg, und Dr. M. L. Hilger, Heidelberg. Gesamtwerk 554 S., 28,50 DM, Plastikordner 5,20 DM. Verlagsgesellschaft „Recht und Wirtschaft“ m. b. H., Heidelberg.

Die 2. Ergänzungslieferung zu der im StAnz. 1956 S. 1275 besprochenen Neubearbeitung der Siebert-Hilgerschen Gesetzessammlung zum Arbeitsrecht (vgl. StAnz. 1951 S. 58; 1952 S. 734) bringt die Textausgabe auf den Stand vom 15. 4. 1959. Sie verwertet die Gesetze, die in den letzten einundzwanzig Jahren seit Erscheinen der ersten Ergänzungslieferung (StAnz. 1957 S. 1255) ergangen sind, insbesondere die neuen Lohnpfändungsbestimmungen mit der gesetzlichen Tabelle (Heft 4 Nr. 4, S. 14 ff.), die Vorschriften über Mitarbeit im Luftschutzdienst (Heft 15 Nr. 5, S. 14 ff.) und die Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen (Heft 10a Nr. 1a, S. 12).

Das Einordnen der Ergänzungslieferung ist besonders bequem. Man braucht keine losen Blätter auszutauschen, sondern nur 3 Hefte (4: Allgemeines Arbeitsvertragsrecht; 10a: Allgemeiner Arbeitsschutz — Ladenschluß; 15: Arbeitsverhältnis und Wehrdienst) und das Register. Damit ist die Sammlung wieder auf neuestem Stand.

Staatssekretär Dr. Reuß

Apotheken-Vorschriften in Bayern. Von Kurt Paintner, Ergänzungslieferung 1 (1959) Stuttgart — Jahr: 1959, 35 Blatt DIN A 5 Einband-Lose-Blatt-Ausgabe, 8,— DM. Deutscher Apotheker Verlag.

Regierungspharmazierat Paintner hat die in Bayern geltenden Apotheken-Vorschriften in Lose-Blatt-Form in einem Nachschlagewerk zusammengestellt. Es ist in der Nummer 45 des Staats-Anzeigers von 1958 besprochen worden.

Mit der nunmehr erschienen 1. Ergänzungslieferung ist das Nachschlagewerk über die in Bayern für Apotheken geltenden Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften auf den Stand vom 1. April 1959 gebracht worden.

Oberregierungsrat Dr. Seeger

Baupreisverordnung. Kommentar zur VO PR Nr. 8/55 und zur neuen Stundenlohnabrechnungs-VO PR Nr. 12/58 mit ausführlichem Textteil. Von Carl-Artur R h ö s a und Helmut P a n t k e, 240 Seiten, DIN A 5, kartoniert, 16,80 DM Forkel-Verlag in Stuttgart-Degerloch.

Die Vorschriften der Verdingungsordnung für Bauleistungen, welche die Grundlage für das öffentliche Auftragswesen auf dem Gebiet der Bauleistungen darstellen, werden wesentlich durch die VO PR Nr. 8/55 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen für Bauleistungen sowie durch die VO PR Nr. 12/58 über die Abrechnung von Bauleistungen im Stundenlohn auf Grund öffentlicher oder mit öffentlichen Mitteln finanzierter Aufträge ergänzt. Beide Verordnungen beziehen sich auf Bauleistungen, die auf Grund öffentlicher oder mit öffentlichen Mitteln finanzierter Aufträge erbracht werden.

Unter öffentlichen Aufträgen sind nicht nur Aufträge des Bundes und der Länder zu verstehen, sondern auch Aufträge der Gemeinden und Gemeindeverbände und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Mit öffentlichen Mitteln finanzierte Aufträge sind die Aufträge nicht öffentlicher Auftraggeber, bei denen der Bund, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände oder sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts überwiegend Mittel zur Durchführung des Bauvorhabens zur Verfügung stellen oder die Finanzierung durch Übernahme von Bürgschaft überwiegend fördern. Der Geltungsbereich der Verordnungen ist somit sehr weit gesteckt und die Kenntnis ihrer Bestimmungen und deren Bedeutung ist für weite Kreise nicht nur der öffentlichen Verwaltung, sondern auch der Wirtschaft erforderlich, zumal die Verordnungen wesentlich auf die Preis- und Angebotsgestaltung der Bauunternehmen einwirken.

Es ist daher zu begrüßen, daß der Forkel-Verlag im Rahmen seiner Buchfolge „Die aktuelle Reihe“ einen handlichen, gründlich durchgearbeiteten Kommentar herausbringt, der geeignet ist, mit dem Inhalt und der Bedeutung der Preisverordnungen weitgehend vertraut zu machen. Die Kommentatoren sind Bedienstete im Bundesministerium der Finanzen und im Bundesministerium für Wirtschaft und gehören zu den besten Kennern des Baupreisrechts, was die Verlässlichkeit des Kommentars gewährleistet.

Dem Kommentar ist ein umfangreicher Anhang angefügt, in dem neben dem Text der beiden Baupreisverordnungen u. a. auch der Text der Verordnung über die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten bei Bauleistungen für öffentliche Auftraggeber vom 25. 5. 1940 mit den Leitsätzen vom 25. 5. 1940 in der Fassung vom 12. 2. 1943 und den Leitsätzen vom 12. 2. 1942 sowie der Verordnung PR Nr. 18/52 über die Verrechnung der Lehrlingsarbeit bei Durchführung öffentlicher oder mit öffentlichen Mitteln finanzierter Bauaufträge vom 8. 2. 1952 aufgenommen ist. Auch die Richtlinien zu § 5 Abs. 1 VO PR Nr. 8/55 haben in dem Werk Aufnahme gefunden und sind ebenfalls eingehend erläutert. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden der Vorschriften und der einzelnen Kommentartellen.

Alle Dienststellen, die mit der Vergabe von Bauleistungen befaßt sind, aber auch alle Unternehmen, welche öffentliche Bauaufträge zu übernehmen beabsichtigen, sollten im Besitz des Kommentars sein.

Regierungsrat Müller

Handbuch für Sozialrichter Lose-Blatt-Ausgabe, von Dr. Friedrich E t m e r, Sozialgerichtsdirektor, Frankfurt/M. — 14,80 DM. Verlag R. S. Schulz, München.

Die 2. Ergänzungslieferung bringt den im StAnz. 1956 S. 753 besprochenen Band auf den Stand vom 31. 12. 1958. Eingefügt sind ein Abschnitt „Unfall-Versicherung und Sozialreform“ (S. 42a—d) und eine Darstellung der Grundzüge der Regelung der Altershilfe für eine Landwirte (S. 55—55 I). Umgearbeitet wurden die Seiten 71—82 wegen der Änderung der Kindergeldgesetze und das Literaturverzeichnis (S. 297—302c). Die Änderungen, die das Gesetz zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften vom 26. 7. 1957 (BGBl. I S. 851) brachten, sind überall berücksichtigt (vgl. insbesondere S. 155—155d zur Entschädigung der Sozialrichter für ihre ehrenamtliche Tätigkeit; S. 243—244a zur Entschädigung der Zeugen und Sachverständigen; S. 288 ff. betr. Kosten). Die einschlägigen Vorschriften des Gesetzes sind im Anhang abgedruckt. Der Text des Sozialgerichtsgesetzes ist jetzt in der Neufassung vom 23. 8. 1958 (BGBl. I S. 613) abgedruckt.

Jetzt hat der Verfasser auch einige Urteile zitiert (vgl. S. 108; 233). Die Seitenangaben im Inhaltsverzeichnis sind durchgehend berichtigt (vgl. StAnz. 1956 S. 753; 1957 S. 835). Der Band ist vor allem den ehrenamtlichen Sozialrichtern von Nutzen. Regierungsrat Dr. Reuss

Sozialgerichtsgesetz mit einschlägigen Vorschriften anderer Gesetze einschließlich Landesrecht. Textausgabe mit Verweisungen und Sachverzeichnis. 2., neubearbeitete und erweiterte Auflage. 370 S. Taschenformat. Kart. 6,80 DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Diese rote Textausgabe bringt ein besonders umfangreiches Material. Neben dem Sozialgerichtsgesetz i. d. F. v. 23. 8. 1958 sind 9 Gesetze und eine Verordnung — 2. T. im Auszug — abgedruckt, die für das Verfahren vor den Sozialgerichten bedeutsam sind. 30 ergänzende Vorschriften der Länder und das Sachregister folgen. Damit dürfte der Band die sozialgerichtlichen Verfahrensregeln vollständig wiedergeben.

Trotz ihrer VIII und 351 Seiten ist die Sammlung so klein, schmal und handlich, daß man sie bequem in der Tasche mit zur Verhandlung nehmen kann. Das Dünndruckpapier ist fest genug. Auch dieser Band bestätigt die Zuverlässigkeit und den Nutzen der vielfach bewährten Beck'schen Textausgaben.

Regierungsrat Dr. Reuss

Sozialversicherungsrecht. Grundwerk zum 2. Ordner: Krankenversicherung. Kommentar zum 2. Buch der Reichsversicherungsordnung von J. E c k e r t, Ministerialdirektor a. D. Stand vom 1. März 1959, Lose-Blatt-Ausgabe. 1480 Seiten. 45,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Im Zuge der groß angelegten Umgestaltung der von Eckert besorgten Sammlung der „Sozialversicherungsgesetze“ (vgl. StAnz. 1957 S. 581) erschien soeben als 3. Ergänzungslieferung) das Grundwerk für den 2. Ordner, in dem alle Vorschriften abgedruckt sind, die für die Krankenversicherung eine Rolle spielen. Der Band kann allein für sich bezogen werden. Daher mußten um der Vollständigkeit halber in ihm Gesetze abgedruckt werden, die schon in den anderen Bänden enthalten sind, die aber für mehrere Versicherungszweige, also auch für die Krankenversicherung, bedeutsam sind, z. B. Auszüge aus dem Grundgesetz, dem Besatzungsrecht, dem Internationalen Recht (Gruppe I) und aus mehreren Nebengesetzen sowie die ausführliche Gegenüberstellung des Rechts über die Aufbringung der Mittel und die Verteilung der Ausgaben in den Versicherungszweigen (Gruppe VII). Diesem höheren Aufwand steht ein höherer Nutzen darin gegenüber, daß der Benutzer die für ein Sachgebiet wichtigen Vorschriften in einem Band beisammen hat. Dem Praktiker erleichtert das die Arbeit, zumal er, der oft nur für ein Gebiet zuständig ist, meist nur die seinen Zweig betreffenden allgemeinen und besonderen Vorschriften benötigt.

Der Band enthält zunächst den mit Anmerkungen versehenen Text des zweiten Buches der RVO (S. 62. 2ff.). Es folgen Übersichten über das in Auszügen abgedruckte Grundgesetz (S. 64a. 2 ff.), das Besatzungsrecht (S. 64a. 21 ff.) und das Internationale Recht (S. 64a. 32 ff.) mit einer Darstellung aller supranationalen Behörden (S. 64a. 34 ff.). Hier sind z. B. auch die Sozialversicherungsdirektiven abgedruckt, die noch gelten (S. 64a. 28 ff.), und die Abkommen über Soziale Sicherheit (S. 64a. 39 ff.). Als Gruppe II folgen die allgemeinen Bestimmungen der RVO und als Gruppe III die Gesetze, aus denen sich der Kreis der zu betreuenden Personen ergibt. Entsprechend der Gliederung des 2. Buches der RVO findet man in den Gruppen IV bis X eine Fülle weiterer Vorschriften — von den Gesetzen mit ihren Durchführungsverordnungen bis zu Richtlinien, Verwaltungsvorschriften und wichtigen Erlassen. Eingehende Verzeichnisse, Tafeln und Register schließen den ungeheuren Stoff auf.

Die Vollständigkeit und Sorgfalt, mit der der Verfasser alle für das Recht der Krankenversicherung interessanten Rechtsquellen zusammengetragen hat, ist bewundernswürdig. So ist z. B. auch das Allgem. Kriegsfolgengesetz mit ausführlicher Vorbemerkung im Auszug abgedruckt. Als typisches Beispiel für die Vollständigkeit sei noch auf folgendes hingewiesen: Zu § 13 des Arbeitsplatzschutzgesetzes (S. 64c. 523) bringt der Verfasser nicht nur die amtliche Begründung, sondern auch eine ausführlich begründete Anfrage des Ministers für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein an den Bundesminister für Verteidigung und dessen Antwort. Als Beispiel für die Sorgfalt nenne ich den Umstand, daß der Verfasser den Text vieler Paragraphen der RVO je doppelt gebracht hat, da unklar ist, welche Fassung gilt. Darüber hinaus hat er immer wieder auf etwaige indirekte Auswirkungen aufmerksam gemacht, die neue Vorschriften auf alte äußerten. Es ist kein gutes Zeichen für den Wert unserer Gesetzgebung, wenn der Verfasser sagen muß (Vorwort S. V. vgl. auch S. 62. 1): „Es war nicht leicht für jede einzelne Vorschrift den geltenden Wortlaut zu ermitteln; die dabei gebotene möglichst hohe Zuverlässigkeit und Genauigkeit wurde angestrebt.“ Dies und Vollständigkeit dazu hat der Verfasser erreicht.

Staatssekretär Dr. Reuß

¹⁾ Die früheren Lieferungen sind im StAnz. 1957 S. 581, 1958, S. 437 und 968 besprochen.

Veröffentlichungen

1718

Baulandumlegung „Vorderweid“ in der Gemarkung Nieder-Weisel

Die Verhandlung über den Verteilungsplan im Umlegungsverfahren „Vorderweid“ in Nieder-Weisel findet am Montag, dem 6. Juli 1959, vormittags 9 Uhr auf der Bürgermeisterei in Nieder-Weisel statt.

Es wird darauf hingewiesen, daß beim Ausbleiben der Beteiligten ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Der Verteilungsplan und die dazugehörige Karte können auf der Bürgermeisterei in Nieder-Weisel vormittags während der Dienststunden von 8—12 Uhr vom 15. 6. 1959 ab eingesehen werden.

Friedberg (Hessen), 3. 6. 1959

Der Kreisaußschuß des
Landkreises Friedberg (Hessen)
Umlegungsbehörde

Milius, Landrat

1719

Teilweise Einziehung von öffentlichen Wegen in Melsungen

Die teilweise Einziehung folgender Wege in der Gemarkung Melsungen ist beabsichtigt: 1. Vorstadt, Ktbl. 13, Parz. 54/1, 2. Vorstadt, Ktbl. 13, Parz. 94/53.

Die teilweise Einziehung der Wege wird durch Begrädigung notwendig. Der Plan, in dem die Flächen, die dem öffentlichen Verkehr entzogen werden sollen, eingezeichnet sind, liegt im Rathaus, Zimmer 7 aus.

Einsprüche gegen das Vorhaben sind gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 zur Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, bei dem Unterzeichneten geltend zu machen.

Melsungen, 29. 5. 1959

Der Bürgermeister
als Wegepolizeibehörde

1720

Einziehung eines öffentlichen Weges in der Gemarkung Wehren

Der in der Gemarkung Wehren gelegene Weg in Flur 6, Flurstück 46, soll in seiner gesamten Länge eingezogen werden, da ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung des Weges nicht vorliegt.

Gemäß § 57 des preußischen Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (Preuß. Gesetzsammlung Seite 237) wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der Plan liegt in der Zeit vom 1.—30. Juni 1959 bei der unterzeichneten Behörde zu jedermanns Einsicht offen.

Wehren, 26. 5. 1959

Kreis Fritzlar-Homberg

Der Bürgermeister
als Wegeaufsichtsbehörde

Gerichtsangelegenheiten

1721

Aufgebote

Ausschlußurteil

6 F 8:58: Der Brief über die im Grundbuch von Bensheim, Band 34, Blatt 2511, in Abt. III Nr. 1 und 3 eingetragene Hypothek von 5000,— Goldmark mit Zinsen bis 12 v. H. für eine Darlehnsforderung der Bezirkssparkasse Bensheim wird für kraftlos erklärt.

Bensheim, 2. 6. 1959

Amtsgericht

1722

F 4/59: Die Stadt Frankenberg (Eder), vertreten durch den Magistrat, dieser vertreten durch den Bürgermeister, vertreten durch Rechtsanwalt Schmidt, Frankenberg (Eder), hat das Aufgebot zur Ausschließung der Miteigentümerin für das folgende im Grundbuch von Frankenberg, Band 52, Blatt 2337 unter

lfd. Nr. 1, Flur 19, Flurstück 23, Hutung, Winterstrauch, 7,05 Ar,

eingetragene Grundstück beantragt, als dessen Miteigentümerin Daube, Katharina Emilie, verehelichte Bäcker Heinrich Schade, in Portland (Oregon) zu $\frac{1}{3}$ eingetragen ist. Die Miteigentümerin und ihre Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 29. September 1959, 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankenberg (Eder), Zimmer 8 anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Frankenberg (Eder), 27. 5. 1959

Amtsgericht

1723

3 b F 12/59: Der Metzger August Müller aus Fulda, Am Rinnweg 13 und die Ehefrau Mathilde Kirschhöfer, geb. Dalmus, aus Fulda, Am Rinnweg 13, Antragsteller, vertreten durch Rechtsanwalt Fleischer in Fulda, haben das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Gläubiger der im Grundbuch von Fulda, Band 151, Blatt 6181 unter Nr. 13 in Abt. III für die geschiedene Ehefrau Berta Weidenhausen, geb. Oppenheimer in Frankfurt (Main) eingetragenen Darlehnsforderung von 1000,— GM beantragt.

Der Inhaber des Rechts wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 29. September 1959 um 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Fulda, Königstraße 38, II. Stock, Zimmer 30, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls er mit seinen Rechten ausgeschlossen werden wird.

Fulda, 2. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 3 b

1724

3 a F 9 59: Die Frau Anneliese Mager, geborene Wiegand, aus Köln-Dunnwald, Odenthaler Straße 12, hat das Aufgebot der im Grundbuch von Giesel, Band IV, Artikel 142 für a) Franz Flach in Giesel, b) Bauunternehmer Johann Anton Flach in Borbeck, c) Ehefrau des Bergmanns Peter Kolb, Maria Katharina, geb. Flach, in Bedingrade, d) Gregor Flach, ledig, in Borbeck, eingetragenen Grundbesitz, nämlich

Kartenblatt E. Flur 52 27 (Teilacker), Ackerland, 52,28 Ar groß, Holzung, 7,00 ar groß,

Kartenblatt E. Flur 53 27 (Teilacker), Ackerland, 17,00 Ar groß, Holzung, 12,43 Ar groß, beantragt.

Die Eigentümer der Grundstücke werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 22. September 1959 um 9 Uhr, Zimmer 34, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Fulda, 22. 5. 1959

Amtsgericht, Abt. 3

1725

53 F 13 59: Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH., Kassel, Wildemannsgasse 14, vertreten durch ihre Geschäftsführer, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Tolkmitt, in Kassel, hat beantragt, die Gläubigerin der Restkaufgeldhypothek von 600,— GM, Witwe Else Geis, geb. Levy, früher in Frankfurt (Main) wohnhaft, eingetragen im Grundbuch von Kassel, Band 8, Blatt 144, in Abteilung III Nr. 6, im Wege des Aufgebotsverfahrens mit ihren Rechten auszuschließen.

Die Gläubigerin wird aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin, am Montag, dem 14. September 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 112, ihre Rechte anzumelden und eventuell noch vorhandene Urkunden pp. vorzulegen.

Kassel, 1. 6. 1959

Amtsgericht

1726

2 F 7 59: Die Witwe, Frau Amanda Rau, geb. Henrich, Neustadt, Kreis Marburg (Lahn), hat das Aufgebot zur Ausschließung der im Grundbuch von Neustadt Blatt 3204 eingetragenen Eigentümer Hilfsbahnwärter Pius Helfenbein und Ehefrau Georgine, geb. Ruhl, zu je $\frac{1}{2}$ Anteil, des Grundstücks Gemarkung Neustadt, Flur 24, Flurstück 72, Grünland, am Anspann, 6,44 Ar groß, beantragt.

Die Genannten sowie deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 17. September 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls diese ausgeschlossen werden.

Kirchhain (Bez. Kassel), den 26. 5. 1959

Amtsgericht

1727**Ausschlußurteil**

54 F 10/59 — (10 F 44/58): Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Oberkaufungen, Band 36, Blatt 1560 in Abt. III Nr. 3 für den Oberkaufunger Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Oberkaufungen eingetragene mit 6 v. H. verzinsliche Briefgrundschuld von 535,— Reichsmark ist kraftlos. Kassel, 27. 5. 1959 **Amtsgericht, Abt. 54**

1728

3 F 1/59: Die Witwe Margaretha Zöller, geb. Roßbach, in Villmar (Oberlahnkreis), Grabenstraße 60, vertreten durch Rechtsanwalt Hübler, Villmar (Oberlahnkreis), hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümerin des Grundstückes

Flur 3, Flurstück 209, Acker Arfurterberg, 2. Gewinn, beantragt.

Die im Grundbuch von Villmar Band 1 Blatt 9 eingetragene bisherige Eigentümerin Anna Maria Beichert I., geb. Müller, in Villmar, ist am 30. Mai 1918 verstorben.

Es ergeht an alle Berechtigten die Anforderung, Rechte an dem Grundstück bis spätestens in dem auf Freitag, den 14. August 1959, 10 Uhr, vor dem Amtsgericht in Runkel (Lahn), Zimmer 15, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden. Runkel (Lahn), 21. 5. 1959 **Amtsgericht**

1729

F 4/59: Der Landwirt Friedrich Becker in Wächtersbach, Herzgrabenstraße, vertreten durch Rechtsanwalt Nagel, Wächtersbach, hat das Aufgebot beantragt zur Ausschließung der für die Helene Weisgerber in Wächtersbach im Grundbuch von Wächtersbach, Band 28, Blatt 660 eingetragenen Grundstücke:

I. d. Nr. 1, Flur B, Flurstück 433/2, Gartenland im Bangarten, 1,13 Ar,

I. d. Nr. 2, Flur D, Flurstück 133, Ackerland auf der Herrenweide, 6,76 Ar,

I. d. Nr. 3, Flur B, Flurstück 582, Gartenland auf der großen Hohl, 0,66 Ar,

I. d. Nr. 4, Flur B, Flurstück 617, Gartenland auf der großen Hohl, 1,75 Ar.

Die bisherigen bzw. jetzigen Eigentümer der Grundstücke werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem auf den 27. August 1959, 9.30 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Wächtersbach, 2. 6. 1959 **Amtsgericht**

1730

F 5/59: Der Landwirt Emil Ahlbrand in Salz, vertreten durch Rechtsanwalt Seitz, Herbstein, hat das Aufgebot beantragt zur Ausschließung des für Witwe Melchior Heinrich Oechler Margaretha, geb. Sill in Salz, im Grundbuch von Lichenroth, Band 13, Blatt 478 eingetragenen Grundstücks:

I. d. Nr. 1, Flur 6, Flurstück 115, Ackerland das alte Gartenfeld, 38,24 Ar.

Die bisherigen bzw. jetzigen Eigentümer des Grundstücks werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem auf

den 11. August 1959, 9.30 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden. Wächtersbach, 26. 5. 1959 **Amtsgericht**

1731

2 F 2/59: Die Briefe über die im Grundbuch von Hausen, Band X, Blatt 285 in Abt. III unter I. d. Nrn. 6 und 7 für den Autoschlossermeister August Winkelmann in Hausen, früher in Leinefelde, eingetragenen Hypotheken von 3000,— FGM nebst 7% Zinsen und von 1000,— RM nebst 6% Zinsen sind durch Ausschlußurteil vom 21. 5. 1959 für kraftlos erklärt worden. **Amtsgericht Witzenhausen**

1732**Güterrechtsregister****Neueintragungen**

GR 974 — 6. 5. 1959: Arthur Bemeleit und Elly Bemeleit, geb. Mayer. Bad Homburg v. d. H.

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957 BGBl. I S. 609).

GR 975 — 6. 5. 1959: Rudi Wenkhaus und Rosa Agathe Wenkhaus, verw. Epple, geb. Wendel. Oberstedten/Ts.

Durch notariellen Vertrag vom 14. 1. 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 976 — 22. 5. 1959: Kaufmann Otto Zimmermann und Johanna Zimmermann, geb. Lindemann. Oberursel/Ts.

Durch notariellen Vertrag vom 25. April ist Gütertrennung vereinbart.

GR 977 — 27. 5. 1959: Bauschlosser Theo Andreas Fend und Margarete Fend, geb. Tittmann. Oberursel/Ts.

Durch notariellen Vertrag vom 23. April 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Bad Homburg v. d. H.

1733

GR II 160 A: Die Eheleute Albert Scholz und Emma, geb. Ebert, verw. Linker, aus Harheim, Kr. Friedberg/H., haben mit notariellem Vertrag vom 7. 3. 1959 Gütertrennung vereinbart.

Bad Vilbel, 2. 6. 1959 **Amtsgericht**

1734**Neueintragungen**

GR 837 — 13. Mai 1959: Die Eheleute Kaufmann Ludwig Adam Ruckelshausen und Hildegund Margarete, geb. Richter, beide in Pfungstadt, haben durch Vertrag vom 19. 12. 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 838 — 13. Mai 1959: Die Eheleute Ton-Ingenieur Walter Polte und Hella, geb. Barran, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 5. März 1959 Gütertrennung vereinbart.

GR 839 — 13. Mai 1959: Die Eheleute Gerhard Herbert Neumann u. Elise Maria Hertha, geb. Kempfert, beide in Griesheim (Darmstadt), haben durch Vertrag vom 5. März 1959 Gütertrennung vereinbart.

GR 840 — 13. Mai 1959: Die Eheleute kaufm. Angestellter Ludwig Wilhelm Ahlheim und Else, geb. Schadt, beide in Pfungstadt, haben durch Vertrag vom 16. 3. 1959 Gütertrennung vereinbart.

Aufhebung

GR 232 — 13. Mai 1959: Die Eheleute Koch Georg Fritz Christ und Liesel Christ, geb. Danner, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 24. 3. 1959 die vereinbarte Gütertrennung aufgehoben.

Amtsgericht Darmstadt

1735**Neueintragung**

GR 131a: Rödling, Willi, Kraftfahrer und Marianne, geb. Kreuder in Friedberg (Hessen).

Auf Grund des notariellen Vertrages vom 5. März 1959 ist allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart.

Friedberg (Hessen), 12. 5. 1959

Amtsgericht

Neueintragung

GR 133a: Rieß, Ernst, Landwirt und Hermine, geb. Klein in Wohnbach.

Durch Ehevertrag vom 18. April 1959 ist allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart.

Friedberg (Hessen), 21. 5. 1959

Amtsgericht

1736

GR 740 — 2. 4. 59: Wolf, Rudolf, Rohrweber, Kassel, und Marie, geb. Weigel.

GR 740 A — 2. 4. 59: Schäfer, Gerhard, Kaufmann, Kassel, und Hannelore, geb. Pabst.

GR 741 A — 2. 4. 59: Beume, Hans Martin, Buchhändler, Kassel, und Traute, geb. Werner.

GR 742 — 2. 4. 59: Stöhr, Heinrich, Installationsmeister, Kassel, und Dorothea, geb. Tröbner.

GR 742 A — 2. 4. 59: Baum, Christel, Kaufmann, Kassel, und Frieda, geb. Feldner.

GR 743 — 2. 4. 59: Bartelt, Eduard, Rechtsanwalt und Notar, Kassel, und Elli, geb. Inholze.

GR 743 A — 2. 4. 59: Gropengiesser, Egon, Klempner- und Installateurmeister, Kassel, und Lieselotte, geb. Bähr.

GR 744 — 2. 4. 59: Eidmann, Ernst, Vermessungs-Ing., Kassel, und Anneliese, geb. Reinhardt.

GR 744 A — 2. 4. 59: Dülfer, Hans, Bäckermeister, Kassel, und Mathilde, geb. Rudolph.

GR 745 — 2. 4. 59: Henrich, Alfred, Kaufmann, Kassel, und Alma, geb. Thiede,

GR 745 A — 2. 4. 59: Heinzerling, Karl, Kaufmann, Kassel, und Frieda, geb. Heyn.

GR 746 — 2. 4. 59: Boguth, Karl, Kaufmann, Kassel, und Hildegard, geb. Soporowski.

GR 746 A — 2. 4. 59: Gries, Wilhelm, Heizer, Bergshausen, und Maria, geb. Herzog.

GR 747 — 2. 4. 59: Hartmann, Georg, Ing., Kassel, und Herta, geb. Feist.

GR 747 A — 2. 4. 59: Arnold, Fritz, techn. Bundesbahninspektor, Kassel, und Hildegard, geb. Schadt.

GR 748 — 2. 4. 59: Bernhardt, Christian, kaufm. Angestellter, Kassel, und Irmgard, geb. Demme.

GR 748 A — 2. 4. 59: Schäfer, Karl, Apotheker, Kassel, und Anneliese, geb. Frenzel.

GR 749 A — 2. 4. 59: Dubbert, Wilhelm, Elektromeister, Kassel, und Anna Erika, geb. Christine, geb. Iske.

GR 750 A — 2. 4. 59: Dehnert, Karl, Kaufmann, Kassel, und Dora, geb. Körner.

GR 751 A — 2. 4. 59: Schröder, Wilhelm, Polier, Kassel, und Anna, geb. Baberuxki.

GR 752 A — 2. 4. 59: Dr. Dörge, Carl, Rechtsanwalt, Kassel, und Ruth, geb. Froehlich.

GR 753 A — 2. 4. 59: Stobbe, Heinz, Fahrlehrer, Kassel, und Eva, geb. Gedenk.

GR 754 A — 2. 4. 59: Brethauer, August, Landwirt, Lohfelden-C., und Else, geb. Schluckebier.

GR 755 A — 2. 4. 59: Sippel, Albert, Spediteur, Kassel, und Klara, geb. Ritz.

GR 756 A — 2. 4. 59: Franzke, Erich, Werbeberater, Kassel, und Ursula, geb. Krause.

GR 757 A — 6. 4. 59: Dr. Schrot, Bert-ram, Rechtsanwalt, Kassel, und Anni, geb. Knott.

GR 758 A — 6. 4. 59: Schalles, Konrad, Bundesbahnrat, Kassel, und Käthe, geb. Stoy.

GR 759 A — 6. 4. 59: Falckenberg, Horst, Fahrlehrer, Kassel, und Elfriede, geb. Gaumer.

GR 760 A — 6. 4. 59: Schmidt, Walter, Maler und Graphiker, Kassel, und An-
marie, geb. Bornschier.

GR 761 A — 6. 4. 59: Bierwirt, Paul, Verwaltungsangestellter, Kassel, und Marie Luise, geb. Döring.

GR 762 A — 6. 4. 59: Becker, Johannes, Schildermaler, Kassel, und Margarete, geb. Hentschel.

GR 763 A — 6. 4. 59: Horn, Ferdinand, Sparkassendirektor i. R., Kassel, und Minna, geb. Auel.

GR 764 A — 6. 4. 59: Barth, Herbert, Franz, Kaufmann, Kassel, und Hildegard, geb. Böttcher.

GR 765 A — 6. 4. 59: Banschenbach, Leo, Kaufmann, Kassel, und Margarete, geb. Pfeffer.

GR 766 A — 6. 4. 59: Gerber, Viktor, Angestellter, Kassel, und Ursula, geb. Barth.

GR 767 A — 6. 4. 59: Döring, Herbert, Kaufmann, Kassel, und Käthe, geb. Klin-
nert.

GR 768 A — 6. 4. 59: Heinemann, Gerhard, Bau-Ing., Kassel, und Waltraud, geb. Breunlich.

GR 769 A — 6. 4. 59: Baar, Karl, Kaufmann, Kassel, und Else, geb. Mues.

GR 770 A — 6. 4. 59: Schlarbaum, Martin, Steueramtmann i. R., Kassel, und Elisa-
beth, geb. Salzmann.

GR 771 A — 6. 4. 59: Dr. Bödicker, Heinz, Rechtsanwalt und Notar, Kassel, und Christa, geb. Funck.

GR 772 A — 6. 4. 59: Dötenbier, Rudolf, Kaufmann, Kassel, und Johanne, geb. Schulze.

GR 762 A — 6. 4. 59: Frankfurth, Eduard, Kaufmann, Kassel, und Luise, geb. Ponndorf.

GR 763 A — 6. 4. 59: Fischer, Willi Otto, Kaufmann, Kassel, und Margarethe Maria, geb. Nonnenmacher.

GR 764 A — 6. 4. 59: Dux, Josef, Geschäftsführer, Kassel, und Anneliese, geb. Albert.

GR 765 A — 6. 4. 59: Heiwig, Heinrich, Postfacharbeiter, Kassel, und Elisabeth, geb. Lichau.

GR 766 A — 6. 4. 59: Sonntag, Georg, Fleischermeister, Kassel, und Anna, geb. Hieke.

GR 767 A — 6. 4. 59: Dr. Fietz, Kurt, Regierungsrat, Kassel, und Irmgard, geb. Degelmann.

GR 768 A — 11. 4. 59: Staral, Alfred, Architekt, Kassel, und Margarethe, geb. v. Kutschera.

GR 769 A — 11. 4. 59: Pflüger, Hermann, Kaufmann, Kassel, und Anna, geb. Löwer.

GR 770 A — 11. 4. 59: Danz, Heinrich, Kaufmann, Kassel, und Stephanie, geb. Markgraf.

GR 771 A — 11. 4. 59: Koch, Friedrich, Kaufmann, Kassel, und Margarete, geb. Fennel.

GR 772 A — 11. 4. 59: Maas, Horst, Kaufmann, Kassel, und Gisela, geb. Struck.

GR 773 A — 11. 4. 59: Bärtges, Herbert, Bankdirektor, Kassel, und Irma, geb. Felgenträger.

GR 774 A — 11. 4. 59: Dr. Dr. Oestreich, Carl, Facharzt, Kassel, und Dr. Leonie, geb. Siegler.

GR 775 A — 11. 4. 59: v. Einem, Wil-
helm, kaufm. Angestellter, Kassel, und Ingeborg, geb. Rieck.

GR 776 A — 11. 4. 59: Fuselbach, Fried-
rich-Wilhelm, Kaufmann, Kassel, und Lieselotte, geb. Grundmann.

GR 777 A — 11. 4. 59: Lehn, sen., Hans, Kaufmann, Kassel, und Helene, geb. Starke.

GR 778 A — 11. 4. 59: Siebert, Georg, Kaufmann, Kassel, und Julia, geb. Har-
ges.

GR 779 A — 11. 4. 59: Becker, Heinrich, Bauunternehmer, Kassel, und Auguste, geb. Ochs.

GR 780 A — 11. 4. 59: Heise, Hans, Joachim, Kaufmann, Kassel, und Carla, geb. Trapp.

GR 781 A — 11. 4. 59: Dzielk, Bruno, Dipl.-Ing., Kassel, und Hildegard, geb. Cleff.

GR 782 A — 11. 4. 59: Tätzsch, Helmuth, Amtsleiter, Kassel, und Liselotte, geb. Maas.

GR 783 A — 11. 4. 59: Haberland, Karl, Friedrich, Kaufmann, Kassel, und Erika, geb. Martin.

GR 784 A — 11. 4. 59: Waldeck, Hans-Otto, Bäcker, Rothwesten, und Irmtraud, geb. Brede.

GR 785 A — 11. 4. 59: Hesse, Adolf, Fleischermeister, Kassel, und Anna, geb. Schäfer.

Die vorstehend genannten Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 738 — 2. 4. 59: Gerland, Christian, Behördenangestellter, Ihringshausen, und Ilse, geb. Stein. Vertrag vom 22. 12. 1958. Gütertrennung.

GR 738 A — 2. 4. 59: Raith, Josef, Fabrikant, Kassel, und Helga, geb. Spange. Vertrag vom 12. 1. 59. Gütertrennung.

GR 739 — 2. 4. 59: Jungk, Wilhelm, Schneidermeister, Kassel, und Irmgard, geb. Berger. Vertrag vom 9. 2. 1959. Gütertrennung.

GR 739 A — 2. 4. 59: Jankowsky, Ernst, Sattlermeister, Kassel, und Frieda, geb. Bilgmann. Vertrag vom 25. 2. 1959. Güter-
trennung.

GR 741 — 2. 4. 59: Schultheis, Hermann, Kaufmann, Kassel, und Elisabeth, geb. Graf. Vertrag vom 19. 12. 1958. Güter-
trennung.

GR 753 — 2. 4. 59: Müller, Herbert, Kaufmann, Kassel, und Ursula, geb. Fischer. Vertrag vom 31. 1. 1959. Güter-
trennung.

GR 753 A — 2. 4. 59: Walter, Günther, Prokurist, Kassel, und Gertrud, geb. Höh-
mann. Vertrag vom 10. 2. 1959. Güter-
trennung.

GR 754 — 6. 4. 59: Schmidt, Heinrich, Bundesbahnobersekretär, Kassel, und Johanna, geb. Bamberger. Durch Vertrag vom 22. 7. 1958/18. 3. 1959 ist Güter-
gemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird von dem Ehemann verwaltet. Nach dem Tode eines Ehegatten wird die Gütergemeinschaft zwischen dem über-
lebenden Ehegatten und den gemein-
schaftlichen Abkömmlingen fortgesetzt.

GR 766 — 11. 4. 59: Bakker, Johann, Rentner, Niedervellmar, und Inge, geb. Damm. Vertrag vom 12. 3. 1959. Güter-
trennung.

1737

3 GR 268 — 15. 5. 1959: Eheleute Land-
wirt Hubertus Bodo Horst Graf von Ber-
lepsch und Ilse Christa Helene, geb. Gro-
becker in Witzenhausen, Schloß Ber-
lepsch.

Die Eheleute haben durch notariellen Vertrag vom 6. März 1959 Gütertrennung vereinbart.

3 GR 269 — 15. 5. 1959: Eheleute Fabrikant Josef Raith und Helga, geb. Spange, beide in Kassel wohnhaft, mit Handels-
niederlassung in Witzenhausen.

Die Eheleute haben durch notariellen Vertrag vom 12. Januar 1959 Gütertrennung vereinbart.

3 GR 270 — 15. 5. 1959: Eheleute Fabrikarbeiter Max Hinz und Elli Helene, geb. Lein, beide in Eichenberg, Kreis Witzenhausen.

Die Eheleute haben durch notariellen Vertrag vom 7. Juli 1958 Gütertrennung vereinbart.

3 GR 271 — 23. 5. 1959: Eheleute Fabrikant Georg Steinfeld und Anna, geb. Schultheis, beide in Witzenhausen wohnhaft.

Durch notariellen Vertrag wurde Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Witzenhausen

1738

GR 352 — 2. 6. 1959: Kaufmann Heribert Hermann Josef Sprey in Seligenstadt (Hessen) und dessen Ehefrau Rosemarie, geb. Pfeiffer, daselbst.

Durch Vertrag vom 10. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Seligenstadt

1739

GR 128 — 2. Juni 1959: Die Eheleute Steinarbeiter Karl Ewig, Heinrichs Sohn und Käthen, geb. Noll in Breitenborn AW. Nr. 109 haben durch notariellen Vertrag vom 26. April 1959 Gütergemeinschaft gemäß §§ 1415 ff BGB vereinbart.

Amtsgericht Wächtersbach

1740**Nachlaßsachen**

10 VI 1116/59: Über den Nachlaß des am 10. April 1959 in Kassel gestorbenen, zuletzt daselbst, Struthbachweg 27/29 wohnhaft gewesenen Kaufmanns Georg Joseph Schupmann ist die Nachlaßverwaltung angeordnet worden. Nachlaßverwalter ist der Anwaltsassessor Herbert Spenner, Kassel, Kölnische Str. 20. Kassel, 2. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 10

1741**Vereinsregister****Neueintragung**

VR 209 — 26. 5. 1959: Deutsche Gesellschaft für Elektro-Neuraldiagnostik und -Therapie e. V. Bad Homburg v. d. H.

Amtsgericht Bad Homburg v. d. H.

1742**Neueintragung**

VR 76 — 2. 6. 1959: Reiterkreis Bad Nauheim. Die Satzung ist am 21. April 1959 errichtet. Der Verein wird gemäß § 26 BGB durch den Vorsitzenden, in seinem Behinderungsfall durch den stellvertretenden Vorsitzenden einerseits und durch den Kassenwart, in dessen Behinderungsfall durch den stellvertretenden Vorsitzenden gemeinschaftlich vertreten. Bei Behinderung von 2 dieser Personen ist eine Vertretungsbefugnis im Sinne des § 29 BGB nicht gegeben.

Amtsgericht Bad Nauheim

1743**Neueintragung**

VR 402 — 22. Mai 1959 — Verein: Athletik-Club „Siegfried“ Darmstadt e.V. Sitz: Darmstadt.

Auflösung

VR 53 — 12. Mai 1959 — Verein: Sport- und Kulturgemeinschaft. Sitz: Weiterstadt. Der Verein ist ohne Liquidation aufgelöst.

Amtsgericht Darmstadt

1744

VR 46 — 6. 5. 1959: Unterstützungseinrichtung der Firma Kurt Knierim, Sitz: Kassel. Durch Beschluß des Amtsgerichts Kassel v. 28. 2. 1959 ist dem Verein die Rechtsfähigkeit entzogen worden.

Amtsgericht Kassel

1745**Neueintragung**

VR 26: Schützenverein 1954 Reinheim e. V., Sitz Reinheim.

Reinheim (Odenwald), 2. 6. 1959

Amtsgericht

1746**Veränderung**

3 VR 41 — 15. 5. 1959: Verband Alter Herren der Deutschen Kolonialschule Witzzenhausen.

Der Name des Vereins ist geändert in „Verband Alter Herren vom Wilhelmshof, Witzzenhausen“.

*

Neueintragung

3 VR 95 — 25. 5. 1959: Gesellschaft zur Förderung des Deutschen Instituts für tropische und subtropische Landwirtschaft — Freundeskreis Wilhelmshof — Witzzenhausen.

Die Satzung ist am 14. September 1958 errichtet.

Amtsgericht Witzzenhausen

1747**Liquidationen**

Die Rohleder-Pelzvertriebsgesellschaft mbH in Wiesbaden ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei mir zu melden.

Wiesbaden, 26. 5. 1959

Rohleder-Pelzvertriebsgesellschaft mbH
in Liquidation (Rolepe)

Der Liquidator:

Dr. Fetzer

Wsbd.-Biebrich, Biebricher Allee 89

1748

Die Ein- und Verkaufsgesellschaft mbH (Eiver) in Wiesbaden ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei mir zu melden.

Wiesbaden-Biebrich, 26. 5. 1959

Ein- und Verkaufsgesellschaft für
Lederfabrikation mbH i. L. (Eiver)

Der Liquidator:

Dr. Fetzer

Wsbd.-Biebrich, Biebricher Allee 89

1749**Vergleiche — Konkurse****Beschluß**

6 N 50/58: In dem Nachlaßkonkursverfahren des am 10. 11. 1958 mit letztem Wohnsitz in Darmstadt, Niederstraße 12, verstorbenen Zimmermeisters Ludwig Adolf Wolf. Schlußtermin wird anberaumt auf Montag, den 13. Juli 1959, um 9 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Zimmer 510.

Als Tagesordnung wird bestimmt: 1. Abnahme der Schlußrechnung, 2. Festsetzung der Vergütung des Verwalters, 3. Einstellung des Verfahrens nach Befriedigung der bevorrechtigten Gläubiger gem. § 170 KO.

Darmstadt, 4. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 6

1750**Beschluß**

6 N 13/58: In dem Konkursverfahren des Transportunternehmers Ernst Kompenhans in Darmstadt, Dieburger Str. 86. Die Gläubigerversammlung wird einberufen. Termin wird anberaumt auf Montag, den 14. September 1959, um 9 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Zimmer 510.

Als Tagesordnung wird bestimmt: 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, 2. Beendigung des Verfahrens nach Befriedigung der bevorrechtigten Gläubiger gemäß § 170 KO.

Darmstadt, 4. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 6

1751**Beschluß**

6 N 54/56: In dem Nachlaßkonkursverfahren des Ludwig Debus in Darmstadt (Inhaber des Steinholzwurkes Darmstadt, Hauptgüterbahnhof). Das Verfahren wird auf Antrag des Konkursverwalters nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Darmstadt, 26. 5. 1959

Amtsgericht, Abt. 6

1752**Beschluß**

6 N 24/59 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Automobilkaufmanns Hans Joachim Hoffmann, Darmstadt, Kirchstraße 3, wird heute, am 4. Juni 1959, 10.45 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig und nicht auffindbar ist. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Gerhard Mittelstädt, Darmstadt, Hängelstraße 47, Telefon 2340.

Konkursforderungen sind bis zum 29. Juni 1959 beim Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Montag, den 13. Juli 1959, 10 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen Montag, den 13. Juli 1959, 10 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Zimmer 510.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 1. Juli 1959 anzeigen.

Darmstadt, 4. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 6

1753**Beschluß**

2 N 1/52: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Maschinenfabrik Wolfhagen vom Baur u. Co. KG wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf den 1. Juli 1959 um 15 Uhr vor dem Amtsgericht hier, Zimmer 13, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.

Wolfhagen, 1. 6. 1959

Amtsgericht

1753 a

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma August Huth & Co. KG, Obst- und Gemüseimport, Frankfurt/M., Großmarkthalle, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 2785,49 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 29 998,74 DM bevorrechtigte und 200 888,77 DM nicht-bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abteilung 81, auf.

Frankfurt (Main), 3. 6. 1959

Der Konkursverwalter
Werner Berndt

1754

In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Schreiners Heinrich Fuhr in Frankfurt (Main), In der Römerstadt 264 wohnhaft, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der verfügbare Massebestand beträgt 2681,94 DM. Davon gehen ab: Das Honorar des Nachlaßkonkursverwalters, sowie die noch anfallenden restlichen Gerichtskosten. Zu berücksichtigen sind 22 779,32 DM bevorrechtigte und 13 459,51 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Es kommt nur eine Teilausschüttung für die Vorrechtsgläubiger der Klasse I/I in Frage; alle anderen Forderungen bleiben ohne Quote. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Abt. 81 auf.

Frankfurt (Main), 5. 6. 1959

Der Nachlaßkonkursverwalter
Böhler
Rechtsbeistand

1755

81 VN 13/59 — Vergleichsverfahren: Der Kaufmann Emil Siegler, alleiniger Inhaber der Firma Jacobi und Siegler, Frankfurt (Main), Mittelweg 10, hat durch einen am 29. Mai 1959 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Helmut Engelmann, Frankfurt (Main), Gr. Eschenheimer Straße 1, Tel. 2 60 54, zum vorläufigen Verwalter bestellt

Frankfurt (Main), 29. 5. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

1756

Beschluss

81 N 289/58: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 13. 10. 1958 verstorbenen Schreibers Heinrich Fuhr, Frankfurt (Main)-Römerstadt, Im Burgfeld 159, wird zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis Termin auf den 3. Juli 1959, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Geb. B, Zimmer 337, anberaumt. Für den Konkursverwalter sind 625,— DM Vergütung und 100,65 DM Auslagen festgesetzt.

Frankfurt (Main), 2. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

1757

Beschluss

81 N 396/55: Das Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft M. und M. Kettel, Kraftfahrzeuge, Spezialfahrzeuge, Kraftfahrzeugbedarf, Frankfurt (Main), Forsthausstraße 50, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Frankfurt (Main), 25. 5. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

1758

5 N 12/57: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 18. Juni 1957 verstorbenen Kaufmanns Otto Jahn in Fulda, Inhaber der im Handelsregister Abt. A — 5 HRA 1040 — eingetragenen Firma

Jahn & Geiling in Fulda, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Fulda, 4. 6. 1959 Amtsgericht, Abt. 5

1759

Beschluss

7 N 1/52: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Kattwinkel und Damerow, Schuh- und Lederwaren, OHG, in Bürstadt, Nibelungenstraße 79, wird aufgehoben, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 23. 12. 1955 angenommene durch rechtskräftigen Beschluss vom 31. 12. 1955 bestätigte Zwangsvergleich erfüllt ist.

Lampertheim, 14. 5. 1959 Amtsgericht

1760

7 N 27/54: Das Konkursverfahren über das Vermögen bzw. den Nachlaß der am 28. 1. 1959 verstorbenen Johanna Maria Luise Bertha Krebs, geb. Schmidt, Alleininhaberin der Fa. Geka-Werke, Offenbach (Main), zuletzt wohnhaft gewesen in Offenbach (Main), Hermannstraße 30, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Offenbach (Main), 27. 5. 1959

Amtsgericht, Abt. 7

1761

7 N 26/55 — Konkursverfahren: Das am 25. 4. 1955 über das Vermögen des Lederwarenfabrikanten Franz Erkrath, Mühlheim a. M., Bahnhofstraße 52, eröffnete Konkursverfahren wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Offenbach (Main), 5. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 7

1762

7 N 11/58 — Konkursverfahren: Das am 6. März 1958 über das Vermögen des Holzhändlers Josef Lang in Offenbach (Main)-Waldheim, Wilhelm-Busch-Str. 22, eröffnete Konkursverfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins als durch Zwangsvergleich beendet aufgehoben.

Offenbach (Main), 5. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 7

1763

7 N 73/56: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 10. 9. 1956 verstorbenen Rudolf Jakob Huber in Mühlheim (Main)-Dietesheim wird Schlußtermin gem. § 162 KO. und Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Freitag, den 10. Juli 1959, 9 Uhr, Zimmer 34, I. Stock des Amtsgerichts Offenbach (Main), Kaiserstraße 16. Die Schlußrechnung und das Schlußverzeichnis sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, Zimmer 33, zur Einsicht offengelegt.

Infolge Deckung von Masseschulden gem. § 224 I KO steht nur ein Betrag von 76,13 DM zur Verfügung, was für die Gläubiger der Klasse I eine Quote von 1% ergibt. Alle nachfolgenden Gläubiger fallen aus. Festgesetzt sind für den Konkursverwalter: Vergütung 950,— DM; Auslagen 66,— DM.

Offenbach (Main), 6. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 7

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1764

Beschluss

K 10 58: Die im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 100, Blatt 3674 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Bad Hersfeld.

lfd. Nr. 2, Flur 14, Flurstück 111 3, Lieg.-Buch 2153, Geb.-B. 2958, Hof- und Gebäudefläche, Erfurter Straße 7, 5,00 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 14, Flurstück 111 2, Lieg.-Buch 2153, Geb.-B. 2958, Hof- und Gebäudefläche, Erfurter Straße 7, 5,00 Ar.

sollen am 2. September 1959, 9 Uhr im Gerichtsgebäude Bad Hersfeld, Dudenstraße 10, Zimmer 13 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 29. Juli 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauunternehmer Heinz Schott in Rohrbach.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 218 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Hersfeld, 25. 5. 1959 Amtsgericht

1765

K 5 8: Im Wege der Zwangsvollstreckung — Aufhebung der Gemeinschaft — soll das im Grundbuch von Bad Orb, Band 92 Blatt Nr. 4086 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1 Gemarkung Bad Orb, Parzelle Nr. 13822 2125, bebauter Hofraum, Haselstraße 11, 2,68 Ar

am 11. August 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Orb, Sauerbornstraße 2 — Sitzungssaal — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. Juli 1958 (Tag des Versteigerungsvermerkes)
1. Ehefrau Maria Veronika Hofacker, geb. Weisbecker, 2. Witwe Rosa Ehmer, geb. Weisbecker, 3. Bauingenieur Emil Weisbecker, 4. Schreiner Heinrich Weisbecker, alle Bad Orb, zu je 1/4.

Der Wert des zu versteigernden Grundstücks ist gem. § 74a ZVG auf 51 229,12 DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Orb, 22. 5. 1959

Amtsgericht

1766

Beschluß

8 K 49—51/55: Die im Grundbuch von Steinbrücken, Band 18, Blatt 692 A, Ewersbach-Straßenersbach, Band 29, Blatt 1142 A und Eibelshausen, Band 1, Blatt 4 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Steinbrücken,

Nr. 1, Flur 17, Flurstück 56/2, Lieg.-B. Nr. 652, Geb.-B. Nr. 42, Bebäuer Hofraum, Hauptstraße 42, 2,62 Ar,

Nr. 2, Flur 1, Flurstück 17, Ackerland das unterste Feld, II. Teil, 4. Gew., 4,50 Ar,

Nr. 3, Flur 1, Flurstück 113, Ackerland das unterste Feld, I. Teil, 10. Gew., 6,00 Ar,

Nr. 4, Flur 4, Flurstück 49, Grünland ober dem Weiher, 8. Gew., 9,16 Ar,

Nr. 5, Flur 21, Flurstück 206, Grünland Schoßseifen, 0,56 Ar,

Nr. 6, Flur 21, Flurstück 159, Ackerland im Schoßseifen, 16. Gew., 11,05 Ar.

Gemarkung Ewersbach-Straßenersbach, Nr. 1, Flur 9, Flurstück 288, Lieg.-B. Nr. 1691, Ackerland Zehntrain, 4,94 Ar,

Gemarkung Eibelshausen, Nr. 1, Flur 22, Flurstück 99, Lieg.-B. Nr. 18, Grünland im Schoßseifen, 6. Gew., 6,44 Ar,

soll am 27. Juli 1959, 10 Uhr im Gerichtsgebäude Untertor 8, Zimmer 31, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 30. Dezember 1955: Emaillierer Alfred Schaumann, Steinbrücken.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 11 342,— DM und zwar für Grundstücke in Steinbrücken: Nr. 1 auf 10 000,— Deutsche Mark, Nr. 2 auf 120,— DM, Nr. 3 auf 144,— DM, Nr. 4 auf 300,— DM, Nr. 5 auf 18,— DM, Nr. 6 auf 350,— DM, Grundstück in Straßenersbach auf 150,— DM, Grundstück in Eibelshausen auf 260,— Deutsche Mark. Gebote auf landwirtschaftlich genutzte Flächen in einer Gesamtgröße von über 25 Ar bedürfen der vorherigen Genehmigung des Landwirtschaftsamtes in Herborn.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 27. 5. 1959

Amtsgericht

1767

K 4/58: Die im Grundbuch von Eltville, Bezirk Eltville, Band 25, Blatt 897, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 18, Gemarkung Eltville, Flur 26, Flurstück 3/1, Hof- und Gebäudefläche Groß'sche Straße 3, Lieg.-B. 1316, Geb.-B. Nr. 258 teilw.

lfd. Nr. 24, Flur 26, Flurstück 2, Garten, Groß'sche Straße 3, 12,93 Ar, Kandelwiese, Tennisplatz, 10,76 Ar,

lfd. Nr. 25, Flur 26, Flurstück 6/2, Hofraum Groß'sche Straße 3, 0,22 Ar,

lfd. Nr. 26, Flur 26, Flurstück 6/3, Hofraum Groß'sche Straße 3, 1,06 Ar,

lfd. Nr. 27, Flur 26, Flurstück 7/3, Hofraum Groß'sche Straße 3, 6,04 Ar,

sollen am 29. Juli 1959, 9 Uhr im Gerichtsgebäude Eltville, Schwalbacher Str. Nr. 40, Zimmer 11 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 5. 58 bzw. 10. 7. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Witwe Paul Horaczek, geb. Kaufmann, 2. Frau Paula Christa Grzemski, geb. Horaczek, 3. Frau Katharina Möllmann, geb. Horaczek, 4. Frau Elfriede Garden, geb. Horaczek, zu 1.—4. in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Eltville (Rhein), 2. 6. 1959

Amtsgericht

1768

84 K 130/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die auf den Namen des Weißbinders Josef Friedrich in Ffm.-Schwanheim eingetragene ideelle Hälfte des im Erbbaugrundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Schwanheim, Band 104, Blatt 2606 eingetragenen Erbbaurechts auf dem

Grundstück der Gemarkung Schwanheim, Flur 8, Flurstück 1158/1469, Hofraum, Sauerackerweg 27, Größe 7,27 Ar am 22. 7. 1959 um 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock versteigert werden.

Eingetragener Miterbbauberechtigter der ideellen Hälfte am 3. September 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Weißbinder Josef Friedrich in Frankfurt (Main)-Schwanheim. Der Wert der ideellen Hälfte des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 13 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 26. 5. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

1769

84 K 143/58: Die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Praunheim, Band 17, Blatt 683 eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1 und 4, Gemarkung Praunheim, Flur 7, Flurstück 194/16, Hof- und Gebäudefläche Am alten Schloß 23, Größe 3,25 Ar und Flur 7, Flurstück 305/17, Hofraum Am alten Schloß 23, Größe 5,05 Ar,

sollen am 29. Juli 1959, 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 16. 9. 58 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Kaufmanns Karl Seitz, Dora, geb. Kühn, Friedberg (Hessen). Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 1. lfd. Nr. 1 gleich 28 725,— Deutsche Mark, 2. lfd. Nr. 4 auf 1515,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 25. 5. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

1770

84 K 21/59: Die im Grundbuch von Kriftel Band 20 Blatt 485 auf den Namen: a) der Ehefrau Susanne Moos, geb. Pfleger, in Ffm.-Sossenheim, b) der Witwe Gertrud Pfleger, geb. Freund, in Kriftel Ts., c) der Witwe Katharina Pfleger, geb. Zervas, daselbst, d) des Dieter Karl Wilhelm Pfleger, geb. 27. 7. 43, daselbst, e) des Udo Pfleger, geb. am 29. 11. 1946 daselbst in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragenen ideellen Hälfte des Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kriftel Flur 23, Flurst. 93, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Stall und Remise, Bahnhofstraße 1a, Größe 3,7 1Ar, soll am 28. Juli 1959, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Ffm.-Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, Zimmer 23, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 2. 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Die Ehefrau Susanne Moos, geb. Pfleger, in Ffm.-Sossenheim, zur einen ideellen Hälfte und die obengenannten Miteigentümer zur anderen ideellen Hälfte. Der Wert der ideellen Grundstückshälfte wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4727,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 29. 5. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

1771

K 2/59: Das im Grundbuch von Altenhasslau, Band 23, Blatt 809 eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung; Altenhasslau, Flur 19, Flurstück 21, Lieg.-B. 847, Geb.-Buch 358, Hof- und Gebäudefläche, Augustastraße 12, von 4,53 Ar, soll am 31. Juli 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 25. 2. 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Erna Kling, geb. Rinkenberger in Altenhasslau, Kreis Gelnhausen, Augustastr. 12.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Gelnhausen, 1. 6. 1959 **Amtsgericht**

1772

K 34/58: Von dem im Grundbuch von Somborn, Band 42, Blatt 122 eingetragenen Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Somborn, Flur 7, Flurstück 256, Lieg.-B. 1273, Geb.-B. 1, Hofraum, Altenmittlauerstraße 6, 0,87 Ar groß, soll am 7. August 1959, 9 Uhr im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11 durch Zwangsvollstreckung ein $\frac{1}{4}$ -Anteil versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer des Anteils am 8. 12. 1958, Tag des Versteigerungsvermerks: Uhrmacher Ernst Richard Wilhelm Zimmermann in Somborn zum ideellen $\frac{1}{4}$ -Anteil. Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 66,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Gelnhausen, 2. 6. 1959 **Amtsgericht**

1773**Beschluß**

4 K 6/59: Das im Grundbuch von Gießen Band 81 Blatt 4696 eingetragene Grundstück.

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Gießen, Flur 21, Flurstück 37, Lieg.-B. 3021, Gartenland, rechts des Wiesecker Wegs, 8,03 Ar.

soll am 11. August 1959, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. 1, Zimmer 101, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. April 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Balsler, Anna Luise in Friedberg, zu $\frac{1}{4}$, b) Balsler, Käthe Marie in Friedberg, zu

$\frac{1}{4}$, c) Balsler, Johannes, in Friedberg, zu $\frac{1}{4}$, d) Balsler, Friedrich Karl, in Friedberg, zu $\frac{1}{4}$.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3212,— DM (Dreitausendzweihundertundzweif Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 22. 5. 1959 **Amtsgericht**

1774

5 K 5/59: Das im Grundbuch von Burg/Dillkreis, Band 23, Blatt 811 eingetragene Grundstück.

Nr. 1, Gemarkung Burg, Flur 23, Flurstück 128/6,

soll am 3. August 1959, 10 Uhr im Gerichtsgebäude Herborn zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 20. März 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Former Johann Ams jun., b) Anton Ams, geb. am 8. 8. 1933, zu 1a) und b) wohnhaft in Bischoffen, als Miteigentümer je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Herborn, 2. 6. 1959 **Amtsgericht**

1775

2 K 6/58: Das im Grundbuch von Hohenkirchen, Band 12, Blatt 375 eingetragene Grundstück Nr. 1 Gemarkung Hohenkirchen.

Nr. 1, Flur 4, Flurstück 9/4, Acker auf der Lohbach, 52,89 Ar,

soll am 1. August 1959, 9 Uhr im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 26 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 10. 7. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Johanna Schulz, geb. Schröder in Sandershausen.

Zur Abgabe von Geboten ist die Genehmigung der Landwirtschaftsbehörde — Landwirtschaftsamt Hofgeismar — erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hofgeismar, 29. 5. 1959 **Amtsgericht**

1776

5 K 11/59: Das im Grundbuch von Buchschlag, Band 17 Blatt 725, eingetragene Grundstück.

Nr. 1, Gemarkung Buchschlag, Flur 3 Flurstück 5/14, Lieg.-B. 497, Bauplatz Bahnhofstraße, 10,12 Ar,

soll am 29. August 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 23. April 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Josef Schmidt, Kaufmann, in Frankfurt (Main).

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6578,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Langen, 4. 6. 1959 **Amtsgericht**

1777**Beschluß**

K 2/58: Das im Grundbuch von Limburg (Lahn) Band 64 Blatt 2001 eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Limburg (Lahn), Flur 34, Flurstück 171 34, Lieg.-B. 2379, Geb.-B. 2174, Hof- und Gebäudefläche Taunusstraße 25, 4,75 Ar.

soll am 17. August 1959, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede 14, Zimmer 14, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 2. Mai 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Lehrer Willi Stahl, dessen Ehefrau Ottilie Stahl, geb. Schneider, in Limburg (Lahn), je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 26. 5. 1959 **Amtsgericht**

1778

K 5/56: Das im Grundbuch von Nidda, Band 18 Blatt 1224, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Nidda, Flur 13, Flurstück 123 1, Hof- und Gebäudefläche Raun 110, 2,21 Ar.

soll am 8. Juli 1959, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 13. April 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heinrich Weber, Autoschlosser in Nidda, Raun.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Nidda, 5. 6. 1959 **Amtsgericht**

1779

7 K 35/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Mühlheim (Main), Band 64, Blatt 3026, Gemarkung Mühlheim Flur 2, Nr. 718 1, L.-B. 2183, Hof- und Gebäudefläche Im Heimgarten 46, 12,45 Ar, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (2. August 1958) auf den Namen der Ida Grün Witwe, geb. Schröder, eingetragene

Grundstück am Freitag, den 31. Juli 1959, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, I. Stock, Zimmer 34, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach (Main), 4. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 7

1780

Beschluß

3 K 1/58: Die im Grundbuch von Ennerich, Band 12, Blatt 425 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Ennerich,

lfd. Nr. 4, Flur 3, Flurstück 30/79, Lieg.-Buch 602, Grünland Ortsbering, 1,88 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 3, Flurstück 29/79, Wasserfläche (Graben) Ortsbering, 1,26 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 2, Flurstück 13/2111, Geb.-B. 66, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße, 1,10 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 3, Flurstück 34/79, Grünland Ortsbering, 3,33 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 3, Flurstück 77/2, Garten an der Limburger Straße, 9,41 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 3, Flurstück 44/1, Geb.-Buch 57, Hof- und Gebäudefläche Limburger Straße 57, 2,50 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 3, Flurstück 44/2, Geb.-Buch 57, Hof- und Gebäudefläche Limburger Straße, 4,75 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 3, Flurstück 44/3, Garten Limburger Straße, 0,13 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 3, Flurstück 44/4, Garten Limburger Straße, 3,29 Ar,

sollen am 10. September 1959, 9 Uhr im Gerichtsgebäude, Zimmer 12 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 5. März 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Rudolf Weyel, Ennerich.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 001,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Runkel (Lahn), 25. 5. 1959

Amtsgericht

1781

Beschluß

K 8/58: Die im Grundbuch von Klein-Krotzenburg Band 4, Blatt 284 eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Flur 10, Flurstück 722, Ackerland über den Schäfer-, Dachs- u. Flachsländerweg, 8,87 Ar, Wert 354,80 DM,

Nr. 2, Flur 10, Flurstück 723, Ackerland daselbst, 4,44 Ar, Wert 177,60 DM,

Nr. 3, Flur 10, Flurstück 727, Ackerland daselbst, 5,75 Ar, Wert 230,— DM,

Nr. 4, Flur 10, Flurstück 725, Ackerland daselbst, 3,94 Ar, Wert 157,60 DM,

Nr. 5, Flur 10, Flurstück 726, Ackerland daselbst, 1,87 Ar, Wert 74,80 DM

sollen am 23. September 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Klosterhof Nr. 2, Zimmer 3, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 11. März 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks) Werner Karl Jakob. Die Werte der Grundstücke wurden durch Beschluß vom 22. 10. 1958 gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt.

Kaufliebhaber haben zur wirksamen Abgabe von Geboten auf landwirtschaftliche Grundstücke eine Bietgenehmigung des Amtsgerichts — Landwirtschaftsgerichts in Seligenstadt vorzulegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt, 3. 6. 1959

Amtsgericht

1782

Beschluß

K 3/59: Die im Grundbuch von Klein Welzheim Band 16, Blatt 927 und Band 1, Blatt 58 eingetragenen Grundstücke

Band 16 Blatt 927 lfd. Nr. 1 Flur 1, Flurstück 31, Hof- und Gebäudefläche Hauptstraße 28, 7,56 Ar, lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 30, Gartenland Hauptstraße, 3,31 Ar.

Band 1 Blatt 58, lfd. Nr. 7 Flur 1, Flurstück 599/2, Ackerland die Herreneichgewann, 14,39 Ar, lfd. Nr. 8, Flur 1, Flurstück 599/3, Ackerland daselbst, 14,41 Ar, lfd. Nr. 9, Flur 1, Flurstück 599/4, Ackerland daselbst, 14,43 Ar, lfd. Nr. 10, Flur 1, Flurstück 747/1, Ackerland zwischen dem Ziegelweg und Backpfad, 17,18 Ar, lfd. Nr. 11, Flur 2, Flurstück 466, Ackerland Zwerchgewann auf die hohe Anwand, 11,94 Ar, lfd. Nr. 12, Flur 4, Flurstück 50, Ackerland rechts des Rehlingslachenwegs, 25,87 Ar, lfd. Nr. 13, Flur 1, Flurstück 653, Ackerland bei der Schleifbach, 14,13 Ar, lfd. Nr. 14, Flur 2, Flurstück 517, Ackerland neben dem Mainflinger Weg, 5,44 Ar, lfd. Nr. 15, Flur 2, Flurstück 338, Ackerland neben der Straße, 5,94 Ar, lfd. Nr. 16, Flur 3, Flurstück 225/2 Ackerland neben der neuen Weide, 12,44 Ar, lfd. Nr. 17, Flur 7, Flurstück 256, Grünland auf dem Hurstbruch, 12,13 Ar, lfd. Nr. 18, Flur 3, Flurstück 56, Grünland, Wasserfläche im Affelderchen, 5,23 und 0,15 Ar, lfd. Nr. 19, Flur 4, Flurstück 24, Ackerland links des Rehlingslachenwegs, 10,12 Ar,

sollen am 9. September 1959, 10 Uhr im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Klosterhof 2, Zimmer 3, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Februar bzw. 14. März 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks) Josef Wallrab.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt durch Beschluß vom 1. 4. 1959: lfd. Nr. 1 auf 11 503,50 DM, lfd. Nr. 2 auf 496,50 DM, lfd. Nr. 7 auf 431,70 DM, lfd. Nr. 8 auf 432,30 DM, lfd. Nr. 9 auf 432,90 DM, lfd. Nr. 10 auf 481,04 DM, lfd. Nr. 11 auf 334,32 DM, lfd. Nr. 12 auf 388,05 DM, lfd. Nr. 13 auf 353,25 DM, lfd. Nr. 14 auf 178,20 DM, lfd. Nr. 15 auf 178,20 DM, lfd. Nr. 16 auf 373,20 DM, lfd. Nr. 17 auf 363,90 DM, lfd. Nr. 18 auf 53,80 DM, lfd. Nr. 19 auf 151,80 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt (Hessen), 9. 5. 1959

Amtsgericht

1783

Beschluß

3 K 25/58: Die im Grundbuch von Lorch Band 21, Blatt 836, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 12, 13, 14, 15, 18, 19, 20, 21, 22, Gemarkung Lorch,

Flur 37, Flurst. 207, Weingarten untere Lehn, 1,05 Ar,

Flur 37, Flurst. 210, Weingarten im Steinberg, 7,55 Ar,

Flur 37, Flurst. 221, Weingarten im Steinberg, 1,34 Ar,

Flur 36, Flurst. 222, Weingarten Bodegrub, 4,70 Ar,

Flur 88, Flurst. 36, Weingarten Volmer, 7,46 Ar,

Flur 88, Flurst. 55, Weingarten obere Presentenberg, 6,30 Ar,

Flur 88, Flurst. 198, Weingarten untere Presentenberg, 3,21 Ar,

Flur 88, Flurst. 206, Weingarten Presentenberg, 3,92 Ar,

Flur 93, Flurst. 32/2, Weingarten Röder, 9,58 Ar,

sollen am 31. Juli 1959, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Rüdeshheim (Rhein), Feldstraße 9, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Januar 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Winzer Willi Jung in Trechtlinghausen.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: für Grundstück lfd. Nr. 12 auf 100,— DM; lfd. Nr. 13, 700,— DM; lfd. Nr. 14, 100,— DM; lfd. Nr. 15, 400 DM; lfd. Nr. 18, 1200,— DM; lfd. Nr. 19, 1000,— DM; lfd. Nr. 20, 250,— DM; lfd. Nr. 21, 300,— DM; lfd. Nr. 22, 1500,— DM.

Gebote können im Termin nur zugelassen werden, wenn Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes in Eltville (Rheingau) durch den Bieter vorgelegt wird.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Rüdeshheim (Rhein), 29. 5. 1959

Amtsgericht

1784**Beschluß**

3 K 11/59: Das im Grundbuch von Mittelheim, Band 19, Blatt 728 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mittelheim, Flur 9, Flurstück 382/107, Lieg.-B. 982, Geb.-B. 85, Hof- und Gebäudefläche Hauptstraße 23a, 7,24 Ar

soll am 28. August 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Rüdesheim (Rhein), Feldstraße 9, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 14. Mai 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Karl Rohr, Emmersweiler (Saar), Rosselstr. 62, 2. die minderjährigen a) Ursula Rohr, b) Lucia Rohr, c) Michael Rohr, d) Gabriele Rohr, e) Gisela Rohr, alle Winkel, gesetzlich vertreten durch Herrn Gottfried Rohr, Winkel (Rhg.), Hauptstr. 110, 3. Frau Lucie Schilling, geb. Rohr, Mittelheim (Rhg.), in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf 82 340,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Rüdesheim (Rhein), 29. 5. 1959

Amtsgericht

1785

61 K 32/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Kastel Band 44, Blatt 2098 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 3. August 1959, 9 Uhr, an der Gerichts-

stelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden.

Lfd. Nr. 1, Flur 16, Flurstück 124/11, Hof- und Gebäudefläche, Boelckestr. 29, 6,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 16, Flurstück 124/2, daselbst, 5,41 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. 8. 1958 / 23. 9. 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals a) der Tünchermeister Emil Lenz in Wiesbaden-Kastel, zu 1/3, b) dessen Ehefrau Else Maria, geb. Hoffmann, daselbst, zu 1/3, eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 6. 6. 1959

Amtsgericht

1786

61 K 5/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Band 173, Blatt 3393, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 3. August 1959, 9,45 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden.

Lfd. Nr. 1, Flur 49, Flurstück 103/29, Hof- und Gebäudefläche, Brunhildenstr. 7, 5,16 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. 3. 1959 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Lohnbuchhalter Karl Duhm in Wiesbaden eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 6. 6. 1959

Amtsgericht

1787

61 K 7/59: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen am 3. August 1959, 9.15 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden die im Grundbuch von Frauenstein, Band 5, Blatt 124 (eingetragener Eigentümer am 4. 3. 5. 5. 1959, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Tüncher Philipp Giebel zu Wiesbaden-Frauenstein) eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 188, Acker Mittelberg, 1. Gew., 2,97 Ar.

lfd. Nr. 3, Flur 9, Flurstück 148, Acker Salzloch, 3. Gew., 6,07 Ar.

lfd. Nr. 4, Flur 9, Flurstück 151, Acker Salzloch, 4. Gew., 3,16 Ar.

lfd. Nr. 10, Flur 16, Flurstück 456 2, beb. Hofraum und Hausgarten, Herrnbergstraße 11, 3,53 Ar.

lfd. Nr. 11, Flur 16, Flurstück 454 2, Acker, daselbst, 0,02 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 6. 6. 1959

Amtsgericht

Anzeigenschluß

Jeden Dienstag um
14 Uhr

für die am darauffolgenden
Samstag erscheinende
Ausgabe des Staats-Anzeiger

Sonderdruck 47/1958

mit den Erlassen aus St.-Anz. Nr. 47 v. 22.11.58:

Vereinfachung der Aufnahme und Bearbeitung von Verkehrsunfällen
Gebührenpflichtige Verwarnung nach § 22 StVG und § 33 HPolG

(Die zu vorstehendem RdErl. im St.Anz. 2/1959 S. 18 veröffentlichte Änderung und Berichtigung ist im vorliegenden Sonderdruck bereits berücksichtigt.)

Abfindung der Polizeibeamten bei geschlossenem Einsatz

mit Nachtrag

aus St.-Anz. Nr. 8 v. 21. 2. 1959:

Meldung von Straßenverkehrsunfällen an das Hessische
Statistische Landesamt

Sonderdruck-Stückpreis DM —,60 mit Nachtrag DM —,70 zuzüglich Versandkosten

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Frankfurt (Main)

Münchener Straße 54, Telefon 331214 u. 331196

Wiesbaden

Herrmühlgasse 11 A, Schließfach 109, Telefon 2 58 61

1788

In einer Großstadtverwaltung Norddeutschlands ist die Stelle eines

Oberverwaltungsrates

mit einem möglichst im kommunalen Dienst erfahrenen Bewerber zu besetzen.

Der Stelleninhaber soll als Hilfsdezernent zur persönlichen Unterstützung und laufenden Vertretung des Dezernenten für die Allgemeine Verwaltung (einschließlich Personalwesen, Gemeindeverfassung und Satzungsrecht) eingesetzt werden und besondere Probleme der übergeordneten und der zwischengemeindlichen Zusammenarbeit und des kommunalen Verbandswesens bearbeiten. Es handelt sich um eine entwicklungsfähige Stellung; Besoldung zunächst nach Besoldungsgruppe A 14. Soziales Verständnis, Aufgeschlossenheit gegenüber aktuellen Fragen des Arbeitslebens und Vertrautheit mit soziologischen Problemen sind Voraussetzung.

Verhandlungsgewandte Herren, die die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt haben oder in gleichwertigen Stellungen mit Erfolg tätig gewesen sind, werden gebeten, ihre Bewerbung zu richten unter Chiffre 24/59 an den Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Schließfach 109 (Herrnmühlgasse 11 A).

1789

Beim Kreisjugendamt des Landkreises Waldeck (85 561 Einwohner) — Ortsklasse B — ist alsbald die Stelle einer

Jugendfürsorgerin

zu besetzen. Vergütung nach Gruppe VI b der TO.A. Probefristzeit 6 Monate.

Bewerberinnen mit staatlicher Anerkennung, praktischer Erfahrung und möglichst Führerschein Klasse III werden gebeten, ihre Bewerbung mit den erforderlichen Unterlagen (handgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften) bis zum 5. Juli d. J. zu richten an den

**Kreisausschuß des Landkreises Waldeck
in Korbach**

Korbach, 4. 6. 1959

1790

Andere Behörden und Körperschaften

Änderung der Satzung der Hessischen Landesbank — Girozentrale — Frankfurt (Main)

Gemäß § 11 Abs. 1 Buchstabe e der Satzung der Hessischen Landesbank — Girozentrale — hat die Versammlung der Gewährträger beschlossen, mit Wirkung vom 29. 5. 1959 an den § 3 der Satzung wie folgt zu ändern:

Die Bank ist mit einem Stammkapital von dreißig Millionen DM ausgestattet, an dem das Land Hessen — im folgenden „Land“ genannt — und der Hessische Sparkassen- und Giroverband — im folgenden „Verband“ genannt — je zur Hälfte beteiligt sind.

1791

Aufforderung: Frau Hildegard Müller, Marburg a. d. L., Teichwiesenberg 3, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 400 030 beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Marburg (Lahn) 8. 6. 1959 **SPARKASSE DER STADT MARBURG**
Der Vorstand

1792

Aufforderung: Herr Ernst Schumacher, Korbach, hat die Kraftloserklärung des auf seinen Namen ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 23 395 beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Korbach, 3. 6. 1959 **KREISSPARKASSE WALDECK IN KORBACH**
Der Vorstand

1793

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 24. Februar 1959 sind folgende Sparkassenbücher gemäß § 14 Abs. 2 Ziff. 4 des Hessischen Sparkassengesetzes für kraftlos erklärt worden: 121382 Johannes Pfeifer, Knoden; 3477 Michael Mandel 12., Viernheim; 93 Adam Schwöbel, Siedelsbrunn und 1904 Anna Hartmann Wwe., Waldmichelbach.

Heppenheim (Bergstr.), 2. 6. 1959
Bezirkssparkasse Heppenheim (Bergstr.)
Vorstand

1794

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 5. Juni 1959 sind folgende Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden: Nr. 41 023 Gabriele Sauer, Neukirchen; Nr. 9158 B Lorenz Kunz, Neukirchen. Ziegenhain, 5. 6. 1959

Kreissparkasse Ziegenhain
Der Vorstand

1795

Öffentliche Ausschreibungen

WIESBADEN: Die Bauarbeiten für die Abstumpfung glatter Basaltplasterdecken auf Landstraße I. Ordnung im Bauamtsbereich Wiesbaden sollen vergeben werden. Es sind u. a. auszuführen:

55 000 qm fugenschließende und abstumpfende Überzüge.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, in Wiesbaden, Humboldtstraße 11, bis spätestens 18. 6. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post als portopflichtige Dienstsache übersandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 4,50 DM ist beizufügen. Die Einzahlung erfolgt auf Postscheckkonto Ffm. 6830 für die Staatskasse Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes „Abstumpfung glatter Pflasterstrecken auf LIO., Bauamt Wiesbaden“.

Für Selbstholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht und Quittung ab 18. Juni 1959 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Humboldtstraße 11, Zimmer 21, ausgegeben. **Eröffnungstermin:** 26. 6. 1959, 11.00 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Humboldtstraße 11, Zimmer 21.

Hessisches Straßenbauamt Wiesbaden

1796

MARBURG: Die Arbeiten für eine Pflasterabstumpfung an den Bundesstraßen 252 zwischen km 29,464 bis 29,500, km 29,560 bis 30,107 und Nr. 253 zwischen km 0,000 bis 0,900 und 2,754 bis 2,500 in der Ortslage Frankenberg und Dainrode im Kreis Frankenberg sind unter ausdrücklicher Beschränkung auf anerkannte Fachfirmen zu vergeben. Zur Ausführung gelangen:

ca. 10 000 qm Pflasterabstumpfung durch einen Teppichbelag.

Firmen, welche die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies bis zum 18. 6. 59 dem Hess. Straßenbauamt Marburg mitzuteilen. Die Selbstkosten für die 2. Ausfertigung in Höhe von 5.— DM sind an die Staatskasse Marburg, Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 6758, unter Angabe des Verwendungszweckes zu überweisen.

Angebotsvordrucke können ab sofort beim unterzeichneten Bauamt bezogen werden. Die Quittung über die eingezahlte Gebühr ist der Bestellung beizufügen. **Eröffnungstermin:** 26. 6. 1959, 11.00 Uhr.

Marburg (Lahn), 6. 6. 1959 **Hess. Straßenbauamt Marburg**

1797

AROLSEN: Im Bauamtsbezirk des Hessischen Straßenbauamtes Arolsen sollen folgende Arbeiten ausgeführt werden:

I. Oberflächennachbehandlungen

1. rd. 70 000 qm auf Bundesstraßen, getrennt nach Losen,
2. rd. 150 000 qm auf Landstr. I. Ordnung, getrennt in 9 Losen,
3. rd. 50 000 qm auf Landstraßen II. Ordnung, Landkreis Waldeck, getrennt in 6 Losen,
4. rd. 30 000 qm auf Landstr. II. Ordnung, Landkreis Wolfhagen, getrennt in 3 Losen.

II. Abstumpfung von glatten Basaltplasterdecken durch doppelte Oberflächennachbehandlung.

1. rd. 6000 qm auf Bundesstraßen, 1 Los.

Die vorstehenden Arbeiten werden getrennt nach einzelnen Losen (nicht nach Straßengattungen geschlossen) vergeben. Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hessischen Straßenbauamt Arolsen spätestens bis zum 19. 6. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post zugestellt werden sollen. Die Quittung für die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen für:

I. Oberflächennachbehandlungen

1. Bundesstraße in Höhe von 5,— DM,
2. Landstraße I. O. in Höhe von 6,— DM,
3. Landstraße II. O., Landkreis Waldeck, in Höhe von 4,— DM,
4. Landstr. II. O., Landkreis Wolfhagen, in Höhe von 3,— DM.

II. Abstumpfung von glatten Basaltplasterdecken

1. Bundesstraße in Höhe von 2,— DM

Ist beizufügen. (Einzahlung auf das Konto der Staatskasse Arolsen Konto Nr. 399 bei der Kreissparkasse in Arolsen unter Angabe der Ausschreibungsstrecke.) Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Quittung am 19. 6. 1959 in der Zeit von 8.00—12.00 Uhr im Hessischen Straßenbauamt Arolsen ausgegeben. Die Submission findet am 26. 6. 1959, vormittags 10.00 Uhr, im Büro des Hess. Straßenbauamtes Arolsen statt.

Arolsen, 6. 6. 1959

Hessisches Straßenbauamt

1798

SCHOTTEN: Die Arbeiten für den Ausbau der Bundesstraße 265 zwischen Ober-Mockstadt und Ranstadt, sollen im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Zur Ausführung gelangen neben anderen Arbeiten und Lieferungen:

- rd. 2500 cbm Erdarbeiten,
- rd. 4500 qm Straßenverbreiterung,
- rd. 3000 t Schotterlieferung und Einbau,
- rd. 6000 qm Mischmakadamdecke.

Firmen, welche die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies bis zum 18. 6. 1959 dem Hess. Straßenbauamt in Schotten mitzuteilen. Die Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 4,— DM sind an die Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Nr. 393 12, Frankfurt/M., unter Angabe des Verwendungszwecks zu überweisen. Angebotsvordrucke können ab sofort beim unterzeichneten Bauamt bezogen werden. Die Quittung über die eingezahlte Gebühr ist der Bestellung beizufügen. Submissionstermin: 24. 6. 1959, 11.15 Uhr.

Schotten, 9. 6. 1959

Hess. Straßenbauamt

1799

ESCHWEGE: Die Ausführung von Straßenbauarbeiten einschl. Materiallieferung auf der Landstraße I. Ord. Nr. 3240, km 0,000—1,400, zwischen Oberrieden und Hilgershausen (Ortslage), Kreis Witzhenhausen, soll im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Es handelt sich um

- ca. 5 800 m² Asphaltbetontepplch auf Streumakadam-Unterschicht einschl. Unterbauverstärkung sowie aller Nebenarbeiten.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Straße 52, bis spätestens 18. 6. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 5,— DM, die auf keinen Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 24. 6. 1959 im Hess. Straßenbauamt Eschwege abgegeben. Die Eröffnung der Angebote findet am 3. 7. 1959, 11.00 Uhr, statt.

Hess. Straßenbauamt Eschwege

1800

DILLENBURG: Für die Umpflasterung und Abstumpfung von Pflasterflächen auf Landstraßen I. Ordnung im Bereich des Hess. Straßenbauamtes Dillenburg in den Baubezirken Gladenbach, Rodheim-B., Wetzlar-West und Wetzlar-Ost sollen u. a. nachfolgende Arbeiten öffentlich vergeben werden:

- etwa 600 qm vorhandenes Pflaster aufnehmen und umpflastern und
- etwa 19.140 qm Pflaster abstumpfen.

Die Verdingungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei der Anforderung der Unterlagen durch Referenzen nachweisen, daß sie gleichwertige oder größere Arbeiten mit Erfolg ausgeführt haben. Bewerber, welche die Verdingungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Dillenburg, Friedrichstraße 2, Telefon 887 und 593, spätestens bis zum

26. Juni 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Dieser Betrag ist an die Staatskasse in Dillenburg, Wilhelmstraße 5, Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 6620, zu überweisen oder dort einzuzahlen.

Selbstabholer haben Gelegenheit, die bestellten Unterlagen ab 15. Juni 1959 in der Zeit von 8—17 Uhr gegen Vorlage der Einzahlungsquittung und einer Vollmacht im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Zimmer 7, abzuholen. Die Angebote sind zum Eröffnungstermin am 3. Juli 1959, 10.00 Uhr, im verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Pflasterabstumpfung auf der L.I.O. im Bauamtsbereich Dillenburg“ versehen, dem Hess. Straßenbauamt einzureichen.

Der Vorstand des Hessischen Straßenbauamtes Dillenburg

1801

KASSEL: Für den Landkreis Fritzlar—Homberg werden hiermit die Unterbau- und Deckenbauarbeiten für den Ausbau nachstehend aufgeführter Landstraßen II. Ordnung öffentlich ausgeschrieben:

- Los I** Ausbau der Landstraße II. O. Nr. 5, km 0,346—1,476 zwischen Haldorf und Wolfershausen (Kreisgrenze) ca. 5700 qm Streumakadamdecke herstellen.
- Los II** Ausbau der Landstraße II. O. Nr. 51, km 1,650—2,630 zwischen Pfaffenhausen und Dillich über Stolzenbach ca. 4600 qm Streumakadamdecke herstellen.
- Los III** Ausbau der Landstraße II. O. Nr. 68, km 0,0—1,000 zwischen Zimmersrode und Römersberg ca. 4300 qm Streumakadamdecke herstellen.
- Los IV** Ausbau der Landstraße II. O. Nr. 46, km 2,400—3,500 zwischen Mühlhausen und Lendorf ca. 5000 qm Streumakadamdecke herstellen.
- Los V** Ausbau der Landstraße II. O. Nr. 17, km 4,040—4,290 innerhalb der Ortsdurchfahrt Singlis ca. 1250 qm Streumakadamdecke herstellen.
- Los VI** Ausbau der Landstraße II. O. Nr. 14, km 3,700—3,800 innerhalb der Ortsdurchfahrt Udenborn ca. 250 qm Streumakadamdecke herstellen.

Außerdem fallen bei allen Baumaßnahmen noch umfangreiche Nebenarbeiten an. Sämtliche Basaltmaterialien werden durch den Auftraggeber bauseitig geliefert. Mit den Arbeiten soll im Monat Juli 1959 begonnen werden.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Kassel, Ständepark 3/a, bis spätestens Donnerstag, den 18. 6. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von zusammen acht DM ist beizufügen. (Einzahlung bei der Staatskasse Kassel, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6746). Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht und Quittung am Freitag, den 19. 6. 1959, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr im Hess. Straßenbauamt, Zim. 6, abgegeben. Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, den 20. Juni 1959, um 8.30 Uhr, statt.

Hessisches Straßenbauamt Kassel

1802

SCHOTTEN: Die Arbeiten für den Ausbau der L.I.O. 3195, Abt. Büches—Christenhof, sollen im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Zur Ausführung gelangen neben anderen Arbeiten und Lieferungen:

- rd. 1200 m³ Erdmassen
- rd. 2200 m³ Gestlick
- rd. 2500 t Schotter
- rd. 300 t Teersplitt
- rd. 300 t Asphaltbeton
- rd. 1100 m² Pflasterarbeiten.

Firmen, welche die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies bis zum 18. 6. 1959 dem Hess. Straßenbauamt in Schotten mitzuteilen. Die Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7,— DM sind an die Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Nr. 39 312 Frankfurt/M. unter Angabe des Verwendungszwecks zu überweisen. Angebotsvordrucke können ab sofort beim unterzeichneten Bauamt bezogen werden. Die Quittung über die eingezahlte Gebühr ist der Bestellung beizufügen. Submissionstermin: 24. 6. 1959, 11.00 Uhr.

Schotten, 8. 6. 1959

Hess. Straßenbauamt

1803

ESCHWEGE: Die Ausführung von Straßenbauarbeiten einschl. teilweiser Materiallieferung für den Ausbau der Landstr. I. O. Nr. 3242 zwischen Abzweig nach Bransrode und Friedrichstollen Richtung Schwabenthal soll im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Es handelt sich insgesamt um

- rd. 2 300 m³ Erdarbeiten, 5900 m³ Packlage setzen,
- rd. 10 000 m² Asphaltbetontepplch bzw. Rauhbelag auf Streumakadamunterschicht und sonstigen Nebenarbeiten.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Straße 52, bis spätestens 18. 6. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die auf keinen Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/M Nr. 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege. Für Selbstabholer, werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 23. 6. 1959 im Hess. Straßenbauamt Eschwege abgegeben. Die Eröffnung der Angebote findet am 3. 7. 1959, 10.00 Uhr, statt.

Hess. Straßenbauamt Eschwege

1804

DILLENBURG: Für die Wiederinstandsetzung beschädigter Fahrbahnflächen auf Landstraßen I. Ordnung im Bereich des Hess. Straßenbauamtes Dillenburg sollen u. a. folgende Arbeiten in vier Losen öffentlich vergeben werden:

- etwa 1 900 qm Schotterunterbau
- etwa 17 000 qm Verstärkungsdecke,
- etwa 20 700 qm Streumakadam-Unterschicht mit Asphaltfeinbeton-Teppichbelag herstellen, und
- etwa 6 230 qm Randstreifen regulieren.

Die Verdingungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei der Anforderung der Unterlagen durch Referenzen nachweisen, daß sie gleichwertige oder größere Arbeiten mit Erfolg ausgeführt haben. Bewerber, welche die Verdingungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Dillenburg, Friedrichstraße 2, Telefon 693 und 887, spätestens bis zum 29. Juni 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von DM 6,— je Los, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Dieser Betrag ist an die Staatskasse in Dillenburg, Wilhelmstraße 5, Postscheckkonto Frankfurt/Main, Nr. 6820, zu überweisen oder dort einzuzahlen.

Selbstabholer haben Gelegenheit, die bestellten Unterlagen ab 15. Juni 1959 in der Zeit von 8—17 Uhr gegen Vorlage der Einzahlungsquittung und einer Vollmacht im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Zimmer 7, abzuholen. Die Angebote sind zum **Eröffnungstermin**

am 7. Juli 1959 zu den am Kopf der Angebotsvordrucke angegebenen Uhrzeiten, im verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Wiederinstandsetzung beschädigter Fahrbahnflächen auf Landstraßen I. Ordnung“ und der Losnummer versehen, dem Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Friedrichstraße 2, einzureichen.

Der Vorstand des Hess. Straßenbauamtes

1805

Bad Hersfeld: Die Erd-, Beton-, Stahlbeton- und Isolierarbeiten für den Neubau nachstehender Brücken sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden, und zwar:

1. Buchenbachbrücke bei Neukirchen, Krs. Ziegenhain, L. I. O. Nr. 3158, km 0,5 und 90,5, Durchflußöffnung: 4,70 l. W., 1,30 l. H.
2. Urbachbrücke in Neukirchen, Krs. Ziegenhain, L. I. O. Nr. 3048, km 49,6 und 54, Durchflußöffnung: 3,10 l. W., 2,00 l. H.
3. Gudebachbrücke bei Niedergude, Krs. Rotenburg a. F., L. I. O. Nr. 3304, km 4,4 und 887, Durchflußöffnung: 5,00 l. W., 1,30 l. H.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hessischen Straßenbauamt Bad Hersfeld, Dudenstraße 17a, bis spätestens 15. Juni 1959 mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 4,— DM je Angebot, zusammen 12,— DM für je 2 Ausfertigungen, ist beizufügen (Einzahlung bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Nr. 6753).

Eröffnungstermin: 30. Juni 1959, zu 1. = 11 Uhr, zu 2. = 11.10 Uhr, zu 3. = 11.20 Uhr.
Hessisches Straßenbauamt Bad Hersfeld

Vcl1

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Energie-Vollstichhefter
Man kann die **GANZEN** Vorder- und Rückseiten der eingehellten Unterlagen lesen und umbältern wie in einem Buch. **Ohne Mehrpreis!**

Energie-Stahldeckleiste
Einhalten und Herausnahme von Schriftstücken an beliebig Stelle durch einen Handgriff!

SURANO
BÜROBEDARFS-G.M.B.H.
FRANKFURT/M. POSTFACH 9135
RUF 33 12 00

Druck-, Schreib-, Rotaprint- und Durchschlagpapiere
Kartei- und Aktendeckelkarton
Zeichen- und Transparentpapiere
feine Büttenspapiere

DRISLER & Co

Frankfurt am Main · Insterburger Straße 16
Industriehof · Telefon 77 43 15 · 77 45 15 · 77 32 11

STEMPEL SCHILDER GRAVIEREN

A. MOSTHAF

FRANKFURT/MAIN
HOCHSTR. 33 - TEL.-SA.-NR. 24454

CARL AUGUST **GROSSE** NACHFOLGER
Inhaber Martin Schepp

Das Bürobedarfsgeschäft mit der großen Auswahl!

Frankf. a. M. — Rathenauplatz 2-8 — Telefon 22466

Vereinigte Papierwarenfabriken GmbH.

Frankfurt/Main
Hauptgüterbahnhof, Ladestraße III, 9 11

... die Lieferanten für
Briefhüllen und Versandtaschen

WAFFEN Für Jagd, Sport und Verteidigung

Anfertigung und Reparatur in eig. Betrieb
Schießstände für Kugel und Schrot qm Platz

H. & H. ZEHNER

Frankf./M.-Niederrad, Tel. 67 11 61, Bürgerl. Schießstände

Büro-Werner

BÜROMASCHINEN
BÜROMÖBEL
BÜROBEDARF

OFFENBACH/MAIN · Frankfurter Straße 49 und 50-52
Ruf 83689 u. 83187

Wilhelm Forkel OHG

Frankf./Main-Süd, Diesterwegplatz 52, Fernspr. 63534/687264

Großhandel in sämtlichen technischen Gummi-Asbest-Kunststoff-Erzeugnissen, Treib- und Keilriemen, Feuerwehrschräume u. Armaturen, Schleifscheiben, Werkzeuge

Seit über 100 Jah.

Gardinen, Dekorationsstoffe, Teppiche

von
Rudolf Düll

Frankfurt a. M., Kaiserstr. 47, Tel. 332326

EMIL ECKHARDT JR. · FRANKFURT/MAIN

Büro-Einrichtungen · Münchener Straße 48 (frühere Kronprinzenstraße)
Fernruf 333738 und 332564

1806

Kassel: Im Bezirk des Hessischen Straßenbauamtes Kassel sollen folgende Bauarbeiten öffentlich ausgeschrieben werden:

- Beseitigung von Frostschäden auf Bundesstraßen.
 - Los I — Bauarbeiten an der Bundesstraße Nr. 254 zwischen Dissen und Niedervorschütz, km 2,000—5,800.
 - Los II — Bauarbeiten an der Bundesstraße Nr. 3 zwischen Oberurff und Kreisgrenze Ziegenhain, km 46,120—53,725.
- Beseitigung von Frostschäden auf Landstraßen I. Ordnung.
 - Los I — Bauarbeiten an der Landstraße I. O. Nr. 3153 zwischen Ellingshausen und Mühlbach, km 42,200—42,500.
 - Los II — Bauarbeiten an der Landstr. I. O. Nr. 3233 zwischen Immenhausen und Holzhausen, km 7,830—8,200.

Es werden u. a. folgende Arbeiten anfallen:

- Zu 1. Los I 370 cbm Boden bewegen
500 cbm steinigen Boden liefern
2100 qm Schotterunterbau herstellen
2100 qm Streumakadamdecke herstellen
- Los II 500 cbm Boden bewegen
1400 qm Schotterunterbau herstellen
1800 qm Streumakadamdecke herstellen

- Zu 2. Los I 300 cbm steinigen Boden liefern
1500 qm Schotterunterbau herstellen
1500 qm Streumakadamdecke herstellen
- Los II 420 cbm Boden bewegen
1300 qm Schotterunterbau herstellen
1850 qm Streumakadamdecke herstellen

Bewerber, die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Kassel, Ständeplatz Nr. 3/5, bis spätestens den 18. Juni 1959 (Eingangstag) mitzutreten und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für je 2 Ausfertigungen in Höhe von zusammen 8.— DM ist beizufügen. (Einzahlung bei der Staatskasse Kassel, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6745).

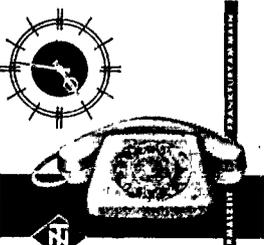
Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht und Quittung am Freitag, den 19. Juni 1959 in der Zeit von 10.00 bis 12.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt, Zimmer 6, abgegeben.

Der Eröffnungstermin findet am Freitag, den 26. Juni 1959 für 1. um 8.30 Uhr und für 2. um 9.00 Uhr statt.

Hessisches Straßenbauamt Kassel

Va/2

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



Dieses Zeichen ist Sinnbild für Qualität und Leistung eines führenden Spezialunternehmens der Fernmelde-technik.

Landkarten Atlanten Globen Reiseführer

R. EISENSCHMIDT G.m.b.H. FRANKFURT a. Main
Vertriebsstelle für amtliche Kartenwerke
Schwanthaler Straße 59 Telefon 689231

Wichtige technische Bücher

VDB 1958 — Gesamtausgabe 11.—
Wedler: Berechnungsgrundlagen f. Bauten 17.—
VDE 0100 Elektr. Anlagen unter 1000 V 5.80
VDE-Auswahlordner (mit den wichtigsten Installationsvorschriften) 12.—
Geb.-Ordnung für Architekten 1.80

Geb.-Ordnung für Ingenieure 2.40
Pauleistungsbücher: Maurer, Beton und Stahlbeton. Gas - Wasser - Abwasser, Klempner, Zimmerer, Anstrich, Putz und Stuck, Erdarbeiten, Preis je nach Umfang und sämtliche übrigen technischen Fachbücher aller Gebiete

Frankfurter Fachbuchhandlung Michael Kohl, Frankfurt am Main, Biebergasse 1



1897

FERDINAND FLINSCH
liefert alle Papiere und Kartons für den Behördenbedarf

Akademische Buchhandlung I. Wötzel
Frankfurt/Main S 10, Paul-Ehrlich-Straße 26, Telefon 61657
Fachbuchhandlung für Medizin
Naturwissenschaften, Grenzgebiete
Bewährter Lieferant, subtiler Berater
für Bibliotheksausstattungen und in Anschaffungsfragen
Erbitte Sie unsere Angebote!

Rolf Kerst
JURISTISCHE FACHBUCHHANDLUNG
Frankfurt/M., Klingerstr. 23 (am Gericht), Tel. 26870
Lieferung erfolgt portofrei und auch zur Ansicht

GLAS-, GEBÄUDE-, PARKETTREINIGUNG
Reinigen von Neubauten

WALTER DRESSLER Gegründet 1927

Wiesbaden - Frankenstraße 4 - Telefon 22664



● Verkauf
● Verleih
● Spez.-Werkstätte

Wiesbaden · Adelheidstraße 14 · Telefon 25360

Günter Nitschke
Offenbach a. M.
Telefon 84092

Bürobedarf für Großverbraucher
Olympia
Büromaschinen

HARTMANN & CIE
Frankfurt/Main · Weserstraße 4 · Telefon 334263 · 334475

Bürobedarf - Büromöbel - Büromaschinen
Lieferanten der Deutschen Bundespost · Bundesbahn
sowie vieler anderer Behörden

Josef Urbach — Seilerei
Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 61
Telefon 43561

Fachgroßhandlung in Hanf- und Drahtseilen, Verpackungsfäden
aller Art, Weiß- und Dichtungsstricken - Import von Dichtungshäfen

Biebricher Glas- u. Gebäudereinigung
INH. HERBERT G. HILGES · WIESBADEN-BIEBRICH · TELEFON 61471

Ausführung von allen Reinigungsarbeiten
Glas-, Dächer-, Büro- und Steinreinigung
Gebäude- und masch. Parkettreinigung und Versiegelung

Büromöbel, Büromaschinen, Birkenstock-Bürobedarf WIESBADEN, Moritzstraße 36
Ruf: 2 32 36 und 2 08 70